



Verraten und verkauft

Naturzerstörung durch Greenwashing
unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit

eine Analyse von Kathrin Hartmann

GREENPEACE

„Vielleicht lag es daran, dass wir gefährlich gut darin waren, schlechte Nachrichten in eine immer absurder werdende Vorstellung von ‚Normalität‘ einzubinden oder dass wir aus dem Fenster sahen und dort noch alles gut aussah.“

David Wallace-Wells, Die unbewohnbare Erde¹

Zusammenfassung

Die Biodiversität geht weltweit so rasant zurück, dass WissenschaftlerInnen mittlerweile von einem sechsten Massenaussterben sprechen. Zwar ist die Biodiversitätskrise im Vergleich zur Klimakrise deutlich weniger bekannt, aber ebenso alarmierend.

Ein Viertel der Landfläche der Erde ist degradiert und kann nicht mehr oder nur noch sehr schlecht genutzt werden. Von den heute bekannten acht Millionen Tier- und Pflanzenarten ist bereits eine Million vom Aussterben bedroht. 68 Prozent der Säugetiere, Vögel, Fische, Amphibien und Reptilien sind weltweit bereits verschwunden. Trotz Gesetzen, internationalen Abkommen und Programmen schreitet die Zerstörung weiter voran. Kein einziges der 20 "Aichi-Ziele" zum Schutz der Biodiversität bis 2020, auf die sich die CBD-Vertragsstaaten 2010 im japanischen Nagoya geeinigt hatten, wurde erfüllt. Der bisherige Weg, Biodiversität zu schützen, ist gescheitert.

Freiwillige Konzern-Initiativen sind gescheitert

Bisherige Maßnahmen beruhen größtenteils auf freiwilligen Marktmechanismen wie Zertifizierungen, Offsets und Naturschutz in anderen Teilen des Planeten als Kompensation für ein zerstörerisches Wirtschaftssystem. Anstatt weltweit konsequente, gesetzliche Regelungen festzusetzen, hat sich die Politik auf die Versprechen von Unternehmen verlassen: Multinationale Konzerne wie etwa Unilever, Nestle, Coca Cola, Shell oder Mondelez, die mit der Herstellung ihrer Waren Raubbau an der Natur betreiben und die Artenvielfalt bedrohen, haben sich

freiwillig verpflichtet, umweltfreundlicher zu produzieren. Mit diesen unverbindlichen Mechanismen wurde Ambition vorgetäuscht, ohne jedoch etwas am tatsächlichen Problem zu lösen. Im Gegenteil, die Unternehmen setzen den Raubbau fort, hängen sich ein grünes Mäntelchen um und verschleiern so wie stark sie die Natur zerstören. Die politische und gesellschaftliche Legitimation bekommen die multinationalen Konzerne, indem sie Partnerschaften mit global agierenden Naturschutzorganisationen eingehen. Das Resultat: gemeinsame Zertifizierungssysteme und Umweltprogramme mit schwachen Standards und laxen Kontrollen - oftmals zusätzlich beeinträchtigt durch finanzielle Abhängigkeiten und personelle Verflechtungen. Dadurch wurde erfolgreich suggeriert, dass unser auf Naturzerstörung basierendes Wirtschaftssystem einfach fortgeführt werden könnte - es brauche nur ein grünes Feigenblatt.

Während in Europa die Umweltstandards stiegen, begannen Unternehmen den Anbau von Rohstoffen, die Produktion von Gütern und die Ausbeutung von Arbeitskräften in andere Länder auszulagern, meist in den globalen Süden. Damit lagerten sie auch die Verschmutzung und Zerstörung von Ökosystemen aus: **Wer genug Geld, Macht und Einfluss hat, kann sich das Recht auf Dreck oder Zerstörung kaufen**, und ist nicht gezwungen an den zerstörerischen Praktiken etwas zu ändern.

Anhand von **drei Beispielen** zeigt die Analyse auf, wie Maßnahmen, die die Klima- und Biodiversitätskrise hätten aufhalten sollen, dazu geführt haben, Umweltschutz und Menschenrechte noch weiter zu untergraben:

1. **Zertifizierungen:** Gütezeichen, die Rohstoffe als nachhaltig kennzeichnen sollten, bedeuten meist nur einen grünen Anstrich, der weitere Naturzerstörung kaschiert: Die Standards sind zu schwach und die Kontrollen meist nicht unabhängig und viel zu lax. Legitimiert werden die Zertifizierungen oft durch die Zusammenarbeit mit Naturschutzorganisationen.
2. **Offsets:** Anstatt ihre Wirtschaftsweise zu verändern und Emissionen einzusparen, kaufen sich Konzerne mit Aufforstungsprojekten frei, um so als klimaneutral zu gelten. Diese sind meist ökologisch bedenkliche Monokulturen, gefährden die Artenvielfalt und vereinnahmen schlimmstenfalls die Ländereien lokaler Bevölkerung.
3. **Schutzgebiete:** Auch hier wird die Umweltzerstörung an anderer Stelle durch die Einrichtung von - meist sehr unzureichenden - Schutzgebieten legitimiert, die mit Menschenrechtsverletzungen und der Vertreibung von Indigenen und KleinbäuerInnen im Zusammenhang steht.

Globale Wende für nachhaltigen Naturschutz

Wir stehen heute vor einer Dreifachkrise: Klima-, Biodiversitäts- und Gesundheitskrise. Die Dringlichkeit im Klima- und Umweltschutz voranzukommen, ist weitgehend angekommen. Jedoch haben Marktmechanismen wie Offsets und freiwillige Zertifizierungen die Macht zerstörerischer Konzerne zu Lasten von Menschenrechten, Biodiversität und Klima gestärkt, anstatt ihren Einfluss zu schwächen. Multinationale Konzerne lagern ihre Verantwortung in Länder des globalen Südens aus, um nichts an ihrer zerstörerischen Produktionsweise ändern zu müssen. Das Weiterführen unseres Ressourcenhungers und die steigende Ausbeutung von Natur und Menschen werden die Krisen nicht lösen. Es braucht eine globale Wende für nachhaltigen Naturschutz, um die Artenvielfalt auf unserem Planeten zu retten.

Wir stehen jetzt vor **zahlreichen Entscheidungen**, die beeinflussen wie wir unsere Natur und unser Klima schützen: Ein EU-Gesetz für globalen Waldschutz soll die Zerstörung von Wäldern und Ökosystemen aufhalten und Unternehmen in die Pflicht nehmen. Sollten hier Zertifizierungen als Nachhaltigkeitsnachweis anerkannt werden, würde das die Kraft des Gesetzes aushöhlen. Der bei der Klimakonferenz in Glasgow verhandelte globale Kohlenstoffmarkt, der mit Kompensationen (Offsets)

handelt, muss verhindert werden. Bei der Biodiversitätskonferenz in Kunming werden die Ziele "30/30" - also 30 Prozent des Landes und des Meeres bis 2030 unter Schutz zu stellen verhandelt. Die Partizipation der lokalen Bevölkerung und von Indigenen muss abgesichert sein.

Die Politik muss dafür sorgen, dass in den kommenden entscheidenden Jahren auf die **richtigen Maßnahmen** gesetzt wird: Ein EU-Lieferketten-gesetz, das eine zivilrechtliche Haftung beinhaltet, und ein EU-Gesetz für globalen Waldschutz müssen Unternehmen entlang ihrer gesamten Lieferkette verpflichten, arbeitsrechtliche Standards und Umweltauflagen einzuhalten. Ein Gesetz für globalen Waldschutz muss das Inverkehrbringen von Produkten, die für die Zerstörung von Wald- und Ökosystemen verantwortlich sind, verbieten. Um unsere Meere zu schützen muss sich die EU für ein UN-Hochseeschutzabkommen, das Schutzgebiete beinhaltet, die die industrielle Nutzung komplett ausschließen, stark machen. Werden andere Gesetze wie Freihandelsabkommen oder bilaterale Verträge beschlossen, dürfen bestehende Gesetze, wie das für globalen Waldschutz, nicht abgeschwächt werden.

Sowohl auf EU- als auch Mitgliedsländer-Ebene müssen umweltschädliche Subventionen (zB direkte Förderungen von fossilen Brennstoffen, landwirtschaftliche Direktzahlungen bei Koppelung an die Fläche u.a.) abgeschafft werden und öffentliche Mittel in umweltbezogene Maßnahmen fließen, wie zB in die Verkehrswende. Dasselbe gilt für die Landwirtschaft: Gelder der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU müssen in eine kleinteilige, diverse und ökologisch und regional organisierte Landwirtschaft fließen. Flächenumwandlungen, sogenannte Versiegelung, brauchen eine verbindliche Höchstgrenze. Maßnahmen nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft "reduce, reuse, repair und recycle" müssen getroffen werden. In internationalen Projekten wie bei der Errichtung von Schutzgebieten muss gewährleistet sein, dass die lokale Bevölkerung ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht hat.

Zivilgesellschaft und Umweltorganisationen dürfen sich nicht zu Handlangern von multinationalen Konzernen machen und so das naturzerstörerische System weiter legitimieren.

Verraten und verkauft

**Naturzerstörung durch Greenwashing
unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit**

eine Analyse von

Kathrin Hartmann

Mit Vorwörtern von

**Alberto Acosta
Ulrich Brand
Mordecai Ogada
Arie Rompas und
Achmad Saleh S**

Die Menschheit am Scheideweg

von Alberto Acosta

„Schau tief in die Natur, und dann wirst du alles besser verstehen.“ - Albert Einstein

Die Menschheit scheint mit der Coronavirus-Pandemie einen Horrorfilm zu erleben, der uns brutal und global mit der sicheren Möglichkeit des Endes unserer Existenz auf dem Planeten konfrontiert. Aber es ist kein Film, es ist die harte Realität. Und nicht nur das: Die Covid-19-Pandemie hat das Elend und die Zerstörung nicht verursacht. Sie hat sie nur noch verschlimmert.

Wir stehen vor einer multiplen, vielschichtigen und miteinander verknüpften Krise, die mehr als systemisch ist und deutliche Anzeichen eines zivilisatorischen Debakels aufweist. Noch nie sind so viele Probleme gleichzeitig aufgetaucht, die über die gesundheitliche Fragen hinausgehen und Auswirkungen im politischen, wirtschaftlichen, ethischen, energetischen, ernährungstechnischen und natürlich auch kulturellen Bereich zeigen. Aber die ernstesten Probleme hören nicht bei diesen Dimensionen auf, denn die enormen und verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt sagen uns, dass wir, wenn wir den Kurs nicht ändern, vor neuen Pandemien aller Art stehen, wie die Autorin dieser Broschüre feststellt.

Das heißt, es ist an der Zeit, die Realität als das zu erkennen, was sie ist, wie hart sie auch sein mag. Lassen Sie uns aufhören, über den Klimawandel zu reden. Seien wir präzise in unseren Begriffen. Wir befinden uns mitten in einer Klimakrise: Wir dürfen nicht vergessen, dass Klimaveränderungen ein integraler Bestandteil der langen Erdgeschichte sind. Und dieser Zusammenbruch ist vom Menschen geschmiedet worden im Rahmen dessen, was oberflächlich als „Anthropozän“ bezeichnet wird, was korrekterweise dem „Kapitalozän“ entspricht.

Die tiefen Ursprünge dieser vielschichtigen Krise sind leicht zu erkennen. Lassen Sie uns einige davon erwähnen. Konsumismus und Produktivismus, die die Ressourcen des Planeten verwüsten und das ökologische Gleichgewicht liquidieren.

Technologien, die, anstatt das Leben der Menschen zu erleichtern, die Kapitalakkumulation beschleunigen, die Psyche der Gesellschaften mehr und mehr beeinträchtigen und gleichzeitig die Konsolidierung eines zunehmend autoritären Staates, wie in China, ermöglichen. Ehrgeiz und Egoismus, die zur Zerstörung des Gemeinschaftsgefüges und zur Vertiefung eines Individualismus führen, der zu einer sozialen Krankheit wird. Hunger von Millionen von Menschen, nicht weil es an Nahrungsmitteln mangelt, die im Überfluss vorhanden sind, sondern weil viele Menschen nicht in der Lage sind, sie zu erwerben (oder zu produzieren), oder weil sie einfach verschwendet werden; mit ihnen wird spekuliert; Autos werden mit Biokraftstoffen gefüttert; die Artenvielfalt wird ausgeplündert; während in anderen Segmenten die Fettleibigkeit zuschlägt. Ungezügelter Extraktivismus, der die Lebensgrundlagen zerstört und ein ungerechtes und räuberisches Wirtschaftssystem festigt. Flexibilisierung der Arbeit, um wettbewerbsfähig zu sein, was die Ausbeutung der Arbeit erhöht. Vorherrschaft des Finanzwesens, vor allem in seinen spekulativen Aktivitäten, über die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die wiederum die Belastbarkeit der Erde weit übersteigt. Kult um die Religion des permanenten Wirtschaftswachstums, das die biophysikalischen Grenzen des Planeten übersteigt. Und all dies wird durch die Gier verursacht, die eine unaufhaltsame Kommodifizierung des Lebens vorantreibt, wie ein wahres „Mutantenvirus“.

Kathrin Hartmann weiß, wie sie in ihren stets aussagekräftigen Recherchen -sowohl im Norden als auch im Süden- gezeigt hat, sehr genau, wovon sie spricht. Sie verwendet eine Fülle von unbestreitbaren Zahlen, Daten und Überlegungen. Sie unterstützt ihre Behauptungen mit Zitaten und Quellen von unzweifelhaftem Wert und Wahrheitsgehalt. Aber wir heben noch mehr hervor, ihr motivierendes Engagement für das Leben und ihre Frontalität. Damit legt sie eine unbequeme Wahrheit für die Mächtigen offen: Die Lösungen, die von Regierungen, dem Großkapital und sogar von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen ins Spiel gebracht werden, sind Fabeln und offene „grüne“ Lügen, die die Logik eines „grünen Kolonialismus“ beinhalten, wie sie sagt. Was die Mächtigen tun und suchen, ist der Schutz ihrer Privilegien, typisch für ein System, das davon lebt, das Leben der Menschen und der Natur zu ersticken, ein System, in dem relativ wenige Bewohner des Planeten ihre „imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand, Markus Wissen) auf Kosten von Hunger und Armut der großen Masse ihrer Mitmenschen und der Zerstörung der Natur aufrechterhalten.

Das wirklich Schlimme in diesem Moment ist, dass die Verantwortlichen der großen Politik die Botschaft des Coronavirus und erst recht der anderen seit langem bestehenden multiplen Pandemien, die sich nicht nur auf den Gesundheitsbereich beschränken, nicht verstanden zu haben scheinen. Es genügt zu sehen, wie die Wortführer der Macht, die so viele unbestreitbare Fakten ignorieren, lautstark versuchen, die verlorene Zeit aufzuholen. Indem sie die bestehenden Bedrohungen und Risiken ignorieren, laden sie uns ein und üben Druck auf uns aus, indem sie - gemäß dem herrschenden Diskurs - die Chancen der Rückkehr zur Normalität antizipieren und ausnutzen: eine extreme Perversität, da die Normalität bereits eine A-Normalität war, die so viele Ungleichgewichte und Zerstörungen verursacht hat, unter denen wir leiden. Und in diesem Bemühen wird diese Rückkehr zur Normalität nicht mehr vom Gleichen sein, sondern mehr vom Schlimmsten.

Kathrin Hartmann listet nicht nur die Probleme auf, sondern fasst auch einige wichtige Aktionslinien zusammen, wie z.B. die Förderung einer tiefgreifenden Transformationswende im Transportwesen, in der Landwirtschaft, im Energiesektor, in den Städten usw.; die internationale Verantwortung ausländischer Investitionen; der globale Schutz der Wälder und Ozeane; neben vielen anderen Initiativen, die bereits mehr oder weniger stark diskutiert werden. Sie ruft im Einklang mit ihren Überzeugungen dazu auf, am globalen Schutz der Biodiversität zu arbeiten, da klar ist, dass deren Zerstörung für viele Pandemien, wie z.B. das Coronavirus, verantwortlich ist.

In Übereinstimmung mit der Autorin befinden wir uns an einem Punkt in der Geschichte der Menschheit, der es uns erlaubt, ohne Umschweife zu akzeptieren, dass die Degradierung der Ökosysteme, die Erschöpfung der Ressourcen und das Aussterben der Arten sowie die wachsenden Ungleichheiten und sozialen Ungerechtigkeiten eine globale Barbarei ankündigen.

Es ist Zeit für Strategien und Kämpfe auf allen Ebenen des Handelns. Ein Unterschied, den wir erforschen müssen, ist die Richtung unserer Bemühungen, indem wir verstehen, dass soziale und ökologische Gerechtigkeit Hand in Hand gehen, und dass die Menschenrechte durch die Rechte der Natur ergänzt werden, die uns wirklich die Erlaubnis gibt, zu existieren.

Mit einigen Differenzen über das (scheinbare) Vertrauen der Autorin in einige kontroverse Thesen,

wie z.B. die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen, laden wir Sie ein, diese Arbeit zu lesen, zu diskutieren und zu verbreiten: Wir können mit Unterstützung dieser Broschüre laufende Prozesse stärken und neue Initiativen entfesseln, die die vielfältigen Widerstandskämpfe derer, die die Natur verteidigen, und derer, die sich weigern, von krankem Individualismus, Konsumismus und Produktivismus verschlungen zu werden, ergänzen.

Während wir von den Ebenen der Nationalstaaten oder der globalen und internationalen Sphären der Macht nicht viel erwarten können, müssen wir sie beeinflussen, und sei es nur, um einige Eroberungen auszuhandeln und weiterhin Wege der Veränderung zu eröffnen. Es muss klar sein, dass das das Hauptaktionsfeld ist, wo und von wo aus wir handeln können, um gemeinsames und zusammenhängendes Leben zu fördern, in gemeinsamen Räumen/Territorien, die von Pluralität und Vielfalt, mit Gleichheit und Gerechtigkeit, mit kollektiven Horizonten zusammenleben. Nur so werden wir in der Lage sein, den falschen "grünen" Lösungen zu widerstehen, die von einem wachsenden Autoritarismus gestützt werden, der sogar die Möglichkeit bedroht, Gesellschaften des Guten Lebens aufzubauen.

Alberto Acosta: ecuadorianischer Ökonom. Diplomvolkswirt der Universität zu Köln. Kampfgefährter der sozialen Bewegungen. Universitätsprofessor. Internationaler Berater. Ehemaliger Marketing Manager des staatlichen Erdölunternehmens Ecuadors: CEPE. Ehemaliger Minister für Energie und Bergbau. Als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors hat er maßgeblich dazu beigetragen, dass seit 2008 die Natur als Rechtssubjekt und das Recht auf Buen Vivir, wie es im Wissen indigener Gruppen beheimatet ist, in der ecuadorianischen Verfassung verankert sind. Autor vieler Bücher, auch in deutscher Sprache, u.a. Buen vivir: Vom Recht auf ein gutes Leben (Oekom Verlag). Träger des Bundesverdienstkreuzes und Hans-Karl von Carlowitz Nachhaltigkeitpreis (2017).

Mit klarer Sprache gegen die ökologische Raserei

von Ulrich Brand

Trotz zunehmender öffentlicher Debatten und bemerkenswerten politischen Anstrengungen, wie etwa den UN-Abkommen von 1992 zum Erhalt der biologischen Vielfalt, gegen zunehmende Wüstenbildung oder zum Klimaschutz oder auch jüngst der Europäische Green Deal - die globale Umweltzerstörung wird nicht nur kaum aufgehalten, sondern sie beschleunigt sich. Die Zahlen zu Beginn dieser Broschüre belegen das eindrucksvoll und führen zu einer ersten und richtigen Einsicht, dass nämlich alle Anstrengungen zum Schutz der Biodiversität gescheitert sind. Diese Diagnose ist besonders brutal, weil es von 2011 bis 2020 auf Initiative der Vereinten Nationen die „UN-Dekade Biologische Vielfalt“ gab, um eben jene zu erhalten.

Kathrin Hartmann ist im deutschsprachigen Raum eine der wichtigsten JournalistInnen und PublizistInnen, die sich zu diesen Themen äußert. Sie sagt, was ist: Dass nämlich ein großer Teil der staatlichen und unternehmerischen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitiken, aber auch das Handeln von Verbänden und Individuen die Ursachen der ökologischen Raserei nicht infrage stellen.

Grüner Kapitalismus und Grüner Kolonialismus gehen Hand in Hand, wie am Beispiel der industriellen Landwirtschaft, den völlig unzureichenden, meist freiwilligen Zertifizierungsinitiativen der Unternehmen oder den so vielfältigen wie absurden Kompensationszahlungen für Umweltzerstörung („Offsetting“) gezeigt wird.

Mit ihren klaren Argumenten, starken Begriffen wie „kontrollierter Raubbau“, „grüner Landraub“ oder das „Recht auf Dreck“ und so eindrucksvollen wie illustrativen Beispielen erreicht Kathrin Hartmann viele Menschen. Dafür werden auch die Perspektiven jener Menschen und Gruppen, vor allem im globalen Süden, stark gemacht, die am meisten unter der zunehmenden Naturausbeutung durch mächtige Interessen leiden. Kathrin Hartmann trägt auch mit dieser Analyse dazu bei, dass die sozial-ökologische Bewegung komplizierte Sachverhalte besser verstehen und dass diese Themen auch in einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Dabei bringt sie strukturelle Mechanismen und mächtig handelnde AkteurlInnen, die meist wenig Interesse am Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen haben, analytisch zusammen.

Neben ihrer luziden Kritik verweist Kathrin Hartmann daher immer auch auf die bestehenden, sich entwickelnden, immer auch gefährdeten Alternativen zur kapitalistischen Naturzerstörung. Dazu zählen rechtliche Regeln wie das aktuell immer stärker diskutierte Lieferkettengesetz, der Abbau naturzerstörerischer Subventionen, aber auch die konkreten lokalen und regionalen Initiativen, mit denen die Zumutungen einer kapitalistischen Ausbeutung der Natur zurückgewiesen werden.

Angeregt durch viele Beispiele in der Broschüre wird deutlich: Es bedarf einer kollektiven Selbst-Beschränkung, etwa Obergrenzen bei Vermögen, Produktion von bestimmten Gütern und Dienstleistungen und individuellem Konsum. Klar, das geht mit erheblichen Konflikten einher, etwa wenn Vermögenssteuern eingeführt oder deutlich erhöht werden, wenn Kurzflüge oder die Produktion von SUVs untersagt werden, die Umwelt- und Sozialstandards in der Tierzucht und Fleischproduktion so hoch sind, dass es schlicht kein Billigfleisch mehr gibt.

Angesichts der geringen Lernfähigkeit von Regierungen und privatkapitalistischen Unternehmen muss die Einführung solcher Regeln mit Initiativen aus der progressiven Zivilgesellschaft und vermittelt durch konkrete Konflikte gefördert werden. Die politische Kunst des Nein-Sagens und der Verweigerung, kollektiv wie individuell, als Voraussetzung für weitreichende Alternativen dürfte in den kommenden Jahren wichtig werden. Argumente dafür werden in dieser Analyse eindrucksvoll geliefert.

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, arbeitet unter anderem zu Themen der ökologischen Krise, internationalen Umwelt- und Ressourcenpolitik und sozial-ökologischen Transformationen. Weiters ist der Mitgründer und Vorstandsmitglied von „Diskurs. Das Wissenschaftsnetz“.

Die Naturschutz-Lüge

von Mordecai Ogada

Die neuen Biodiversitätsstrategien, die von der EU, den Vereinten Nationen und anderen globalen Gremien entwickelt werden, könnten für indigene Gemeinschaften sehr schädlich sein, insbesondere für diejenigen im globalen Süden, die natürliche Ressourcen vor Ort nutzen. Das liegt daran, dass diese Strategien vollständig auf westlichen und „globalen“ Überlegungen beruhen, die die Bedürfnisse der indigenen Völker nicht berücksichtigen. Sie haben unhaltbare intellektuelle Grundlagen wie die „Halbe-Erde“-Theorie von E.O. Wilson und die Betonung von Schutzgebieten, die ein primitives, veraltetes Naturschutzinstrument sind. Initiativen wie der „New Deal for Nature“ und die „30 by 30“ vernachlässigen, dass sie keine Auswirkungen auf Gebiete im globalen Norden und Westen haben werden, wo die Entscheidungen getroffen werden und wo die meisten Umweltschäden auftreten, einschließlich der Luftverschmutzung. Schutzgebiete können per Definition nicht ohne gewaltsame Entfernung oder Entmündigung der indigenen Völker geschaffen werden. Diejenigen, die bereits existieren, können wir als Teil unseres Erbes behalten, aber die Verdoppelung der Fläche unter Schutzgebieten ist der Anfang für Völkermord und wird das wachsende Phänomen der „Naturschutzflüchtlinge“, die auf ländliche Gulags beschränkt sind, ausweiten. Das Europäische Parlament sollte diesen Schritt in Afrika nicht unterstützen.

Wir müssen dringend lernen, die Bedürfnisse der lokalen/indigenen Bevölkerung in Biodiversitätsforen zu berücksichtigen. Was jetzt in Afrika und anderswo mit viel Geld, Gewalt, Rassenvorurteilen und sektenartigem Eifer vorangetrieben wird, ist grüner Kolonialismus. Er unterscheidet sich vom imperialen Kolonialismus nur durch seine Doppelzüngigkeit, indem er sich als Weg zu einem höheren Gut präsentiert. Der Verlust von Land, Rechten, Identitäten und Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerungen unterscheidet sich nicht von ersterem. Die Stimmen von Menschenrechtsverteidigern wie Survival International und der indigenen Bevölkerung müssen weiterhin auf Foren wie diesem gehört werden und der Westen sollte die naive Vorstellung aufgeben, dass es Lösungen gibt, die im Norden formuliert und überall auf der Welt angewendet werden können.

Dr. Mordecai Ogada ist Ökologe und Naturschutz-Autor, der in den letzten 19 Jahren in Kenia und anderen Teilen Afrikas in der Naturschutzpolitik und -praxis tätig war, hauptsächlich in dem Bereich Mensch-Wildtier-Konflikten und im Karnivorenschutz. Zu Dr. Ogadas beruflicher Tätigkeit gehören Forschung und Lehre im Bereich Naturschutz an der Colorado State University. Ein Großteil seiner Energie wurde dem Bereich des gemeindebasierten Naturschutzes, der Wildtierpolitik und der Ökologie von Feuchtgebieten gewidmet. Er arbeitet seit über 15 Jahren in der Naturschutzpraxis der Zivilgesellschaft in Kenia. In den letzten drei Jahren hat sich Mordecai mit der Untersuchung der politischen Probleme und den Vorurteilen beschäftigt, die den Herausforderungen im Wildtierschutz, insbesondere im globalen Süden, zugrunde liegen. Diese Themen bilden das zentrale Thema von „The Big Conservation Lie“, einem Buch mit Fokus auf Kenia, das er zusammen mit John Mbaria verfasst hat. Derzeit ist er Geschäftsführer von Conservation Solutions Afrika, einer Beratungsfirma für das Management natürlicher Ressourcen mit Sitz in Nanyuki. Dr. Ogada berät derzeit Survival International zu Naturschutz und Menschenrechten in Ost- und Zentralafrika.

Indigene Völker sind zentral für den Schutz von Natur und Umwelt

von Arie Rompas

Alle Bemühungen zur Bewältigung des Klimawandels müssen die Sicherheit der Menschen für ein angemessenes Leben gewährleisten, ohne die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte garantierten Menschenrechte zu verleugnen.

In Indonesien sind indigene Völker zentral für den Schutz von Natur und Umwelt. Sie haben im Vergleich zu anderen den größten Anreiz, natürliche Ressourcen und die Umwelt zu schützen, da diese direkt mit der Zukunftsfähigkeit ihres Lebens zusammenhängen. Sie haben traditionelles Wissen, mit dem sie natürliche Ressourcen erhalten und nachhaltig nutzen können, um harmonische Interaktionen zwischen ihnen und ihrer natürlichen Umgebung zu managen und zu regeln.

Unsere Produktions- und Konsummuster müssen weg von einem „imperialistischen Lebensstil“, zu dem Verschmutzungsskandale gehören und falsche Lösungen, die nicht mehr sind als das „Freikaufen“ von Umweltsünden. Dazu gehören Projekte zur Wiederherstellung von Wäldern und der Handel mit Kohlenstoff. Sie sind eine Art der Kommodifizierung von Wäldern für das Imaging/Branding, aber im Grunde sind sie eine Täuschung, die natürliche Dienstleistungen zum Vorteil der Verschmutzer handelt. Projekte dieser Art haben in Indonesien neue Konflikte und Vertreibungen indigener Völker im Namen des Waldschutzes hervorgerufen. Gleichzeitig erteilt die Regierung weiterhin Genehmigungen zur Zerstörung von Naturwäldern und Torfgebieten zum Nutzen von Konzernen und politischen Eliten. Solch skrupellose Maßnahmen haben die Artenvielfalt weltweit gefährdet und eine Klimakrise ausgelöst. Leider treffen diese Auswirkungen vor allem gefährdete Gruppen, die keinen richtigen Zugang zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel haben.

PolitikerInnen und Staaten können nicht im Namen der Rettung der globalen Umwelt die Rechte der BürgerInnen auf Entwicklung, ein menschenwürdiges Leben und eine gesunde Umwelt absprechen. Die weltweiten Führungskräfte und alle Länder sind verpflichtet, diese Rechte ausnahmslos zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen; selbst in Krisenzeiten muss das Konzept der freien vorherigen

Information und Zustimmung (FPIC) in ihrer Politik und ihrem Management Anwendung finden.

Die Achtung der Rechte von indigenen Völkern, BewohnerInnen und Minderheiten auf demokratische Selbstbestimmung muss Vorrang haben. Die volle Einbeziehung von AnwohnerInnen und indigenen Völkern durch einen Prozess, der nicht durch globale Regelungen begrenzt ist, ist das Hauptprinzip der Beteiligung. Der Prozess hin zu einer Umweltverbesserung, der die Menschenrechte der BürgerInnen respektiert und schützt ist ein zu erfüllendes Prinzip.

Arie Rompas ist Teamleiter der Waldkampagne von Greenpeace Indonesien

Zertifizierungen als Scheinlösungen

von Achmad Saleh S

Im neuesten Bericht von Greenpeace International "Destruction: Certified" untersuchten wir Zertifizierungssiegel für Schokolade, Kaffee, Biokraftstoffe, Palmöl, Soja und Holzprodukte. Zu den Labels, die relativ bekannt sind, gehören FSC, PEFC, Rainforest Alliance Certified und andere. Wir verglichen diese Zertifizierungen mit der Realität - dabei stellten wir fest, dass Unternehmen, die diese Labels verwenden, in Wirklichkeit immer noch Mitverursacher von Abholzung, Waldschädigung, Umwandlung von Ökosystemen und Menschenrechtsverletzungen sind, wie z.B. durch die Verletzung der Rechte indigener Völker und Arbeitsrechte.

Eigentlich wären die Zertifizierungssysteme dazu gedacht, KonsumentInnen die Auswahl von Lebensmitteln, wie durch beispielsweise zertifizierte Bio-Qualität, zu erleichtern. Stattdessen unterstützen die Systeme zerstörerische Geschäftspraktiken und führen bei KonsumentInnen zu Verwirrung, denn: Die Überprüfung jedes Etiketts, unabhängig vom Zertifizierungssystem, erfordert eine Menge Recherche. Dies ist für KonsumentInnen, wenn sie vor dem Supermarktregal stehen, nicht möglich. Wir sollten also unsere Regierungen auffordern, ihre Politik zu ändern, um uns Menschen und unseren Planeten zu schützen. Regierungen und Unternehmen müssen Abholzung und Menschenrechtsverletzungen ernst nehmen.

Regierungen in Produktionsländern müssen den Mut haben, Vorschriften für Unternehmen zu machen und stärkere Gesetze zum Schutz natürlicher Lebensräume und der Menschenrechte zu erlassen. Regierungen in Verbraucherländern müssen transparente Rückverfolgungssysteme einrichten und Gesetze erlassen, die den Verkauf von Produkten verhindern, die mit der Zerstörung und Verletzung von Menschenrechten in Verbindung stehen. Keine Regierung darf sich darauf verlassen, dass Unternehmen dieses Problem freiwillig beheben.

In jüngster Zeit haben einige Fälle gezeigt, wie Unternehmen, die mit dem Gütezeichen "Roundtable on Sustainable Palm Oil" (RSPO) zertifiziert sind, auch mit der Rodung von Wäldern in der Provinz Papua in Verbindung stehen. Zuvor hatte der „Final Countdown“-Bericht von Greenpeace aus dem Jahr 2018 aufgedeckt, dass 14 der 25 an der Abholzung beteiligten Produzentengruppen oder Unternehmen Mitglieder des RSPO sind. Er zeigt,

dass freiwillige Zertifizierungen nur auf dem Papier erhebliche Anforderungen zur Einhaltung der Menschenrechte stellen. Neben verbindlichen Gesetzen, um den Wald zu schützen, müssen wir den Konsum bestimmter Produkte reduzieren, um die Klima- und Biodiversitätskrise zu verhindern und faire und gesündere Gesellschaften zu schaffen. Ein weiteres Thema ist die Biodiesel-Politik der indonesischen Regierung. Bis heute hat Indonesien nicht ernsthaft versucht, die Palmölwirtschaft, die den größten Beitrag zur Wirtschaft des Landes leistet, zu verbessern. Es sollte aber von oberster Priorität sein, die Palmölplantagen-Governance und ihre Nachhaltigkeit voranzutreiben. Der Fokus sollte deshalb darauf liegen, dass das Mandat des Palmöl-Moratoriums tatsächlich umgesetzt wird. Dementsprechend ermutigen wir auch die indonesische Regierung, sich stärker auf die Prävention von Wald- und Moorbränden zu konzentrieren, indem sie hydrologische Torfgebiete schützt und saniert und die Strafverfolgungen bei Wald- und Landbränden verstärkt. Um Indonesiens Klimaverpflichtungen zu stärken, müssen geplante Entwaldungen, durch die Evaluierung von Genehmigungen, die den Erhalt natürlicher Wälder sicherstellen, gestoppt werden. Außerdem ist es wichtig, das verbleibende Mangrovenwaldgebiet zu erhalten und die Sanierung von Mangrovenschutzgebieten zu verbessern, um die Anfälligkeit der Küstengemeinden gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu verringern.

Sich allein auf Nachhaltigkeitszertifizierungen zu verlassen, um zu beweisen, dass die eigene Produktion keine Abholzung verursacht, ist in jedem Fall falsch und wurde im jüngsten Bericht von Greenpeace International zur Zertifizierung erläutert. Nachhaltigkeitszertifizierungen lassen immer noch Schlupflöcher zu, die Konzerne ausnutzen können. Viele Unternehmen in der Zellstoffpapier- und Palmölindustrie, die entweder FSC oder RSPO zertifiziert sind, wurden mit Wald- und Torfbränden in Verbindung gebracht.

Wir ermutigen die Regierung, strengere Gesetze in der Palmöl-Lieferkette zu etablieren, um die Entwaldung weiter zu bekämpfen. Angesichts der übermäßigen Abhängigkeit von ISPO (Indonesian Sustainable Palm Oil) als Zertifizierung muss die Regierung ihre Strategien zum Stopp der Entwaldung überdenken und sollte Zertifizierungen als falsche Lösung für ein umfassenderes Problem betrachten.

Achmad Saleh S arbeitet für Greenpeace als Indonesia Forest Campaign und als Stellvertreter des Global Head Indonesia Forest Campaign.

Vorwort der Autorin

Bereits vor Corona befand sich die Welt im Ausnahmezustand: Armut, Hunger, Klimakrise und der Verlust der Biodiversität schreiten weiter voran. Unter den Folgen der umfassenden ökologischen und sozialen Krise leiden bislang vor allem die Menschen im Globalen Süden. Auch Covid-19 sind Menschen umso stärker und schutzloser ausgeliefert, je ärmer sie sind. Dennoch machen mit Corona nun auch die Menschen im Globalen Norden eine kollektive existenzielle Krisenerfahrung, die mit Verlusten einhergeht, mit Krankheit, Tod, Angst und Schmerz – viele von ihnen vielleicht zum ersten Mal. Jeden Tag zeigt uns die Pandemie, wie verwundbar wir sind und wie instabil unsere konsumistisch geprägte Lebensweise ist – und wie eng die ökologische mit der sozialen Frage verknüpft ist. Wie die Klimakrise und der Verlust der Biodiversität hat Corona eine strukturelle Ursache: Sie liegt in einem System, das auf immer weiteres Wirtschaftswachstum und hohe Profite für einige wenige setzt, basierend auf wachsendem Konsum und Verschwendung von Rohstoffen und in der Folge auf Ausbeutung von Menschen und Natur überall auf der Welt, vor allem aber im Globalen Süden.

Bereits 1972 stellte der Club of Rome in seinem berühmten Bericht „Grenzen des Wachstums“ fest, dass die natürlichen Grundlagen des Planeten, die für dieses Wachstum ausgenutzt werden, endlich sind.² Laut dem Global Footprint Network lebt die Weltbevölkerung derzeit so, als hätte sie 1,6 Erden zur Verfügung. Ein Blick auf reiche Ländern wie Österreich und Deutschland zeigt: Würden alle Menschen auf der Welt so konsumieren wie

dort, bräuchte es drei Erden, um den „Bedarf“ zu decken. Die Organisation berechnet jedes Jahr den Earth Overshoot Day. An diesem „Erderschöpfungstag“ sind alle Ressourcen der Welt, die binnen eines Jahres klimaverträglich, ökologisch und sozial gerecht genutzt werden können, aufgebraucht. Außerdem ist die Kapazität erschöpft, Müll und Treibhausgase aufzunehmen.³ Dieser Tag findet jedes Jahr früher statt: Im Jahr 2000 war er noch Anfang Oktober, 2019 schon Anfang August. Der Einbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie sorgte gerade einmal dafür, dass der globale Fußabdruck um 9,3 Prozent sank. Österreichs Erderschöpfungstag war 2020 bereits am 8. April.⁴

Längst ist wissenschaftlich belegt, dass die Zerstörung von Wäldern und Ökosystemen Pandemien hervorbringt. Der Ökologe Josef Settele, der den Bericht des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) mitverfasst hat, spricht deshalb von einer „Triple-Krise“ aus Artensterben, Klimakrise und Pandemien, der wir Einhalt gebieten müssen. Doch alle Wege, die bislang eingeschlagen wurden, um die Klima- und Biodiversitätskrise aufzuhalten, sind krachend gescheitert. Die Ziele zum Artenschutz, etwa der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, wurden und werden verfehlt. Warum? Weil alle Maßnahmen, die zum Schutz von Klima und Natur unternommen werden, letztlich darauf ausgerichtet sind, dieses System, das zu ihrer Zerstörung führt, zu erhalten. Keine dieser Maßnahmen sollte die Produktionsweise der Konzerne und die imperiale Lebensweise der Menschen, die im Globalen Norden leben oder zu den Reichen und Superreichen

² Meadows, Donella Hager; Meadows, Dennis Lynn; Randers, Jørgen; Behrens III, William W., „The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind“, New York 1972

³ <https://www.footprintnetwork.org>

⁴ <https://www.bodenbuendnis.or.at/aktuelles/welterschoepfungstag-2020-at>

gehören, beeinträchtigen. Freiwillige privatwirtschaftliche Zertifizierungssysteme, etwa der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl, wälzen die Verantwortung auf KonsumentInnen ab, während sich Konzerne mit derlei Greenwashing der Regulierung durch die Politik entziehen und sich krisensicheren Nachschub an zerstörerischen Rohstoffen sichern können. Es ist der Ablasshandel mit Kompensationen und Zertifikaten, der es den Verschmutzern erlaubt, sich ihr Recht auf Dreck zu kaufen. Und es sind zweifelhafte Aufforstungsprojekte sowie die Einrichtung kommerzieller Schutzgebiete, die auch noch die Reparatur der Schäden den Menschen im Globalen Süden aufbürden, die ohnehin bereits unter der Klimakrise und dem Verlust ihrer Lebensgrundlagen leiden. Ein grüner Kolonialismus also, der die Rechte von Indigenen und KleinbäuerInnen verletzt und Natur, Menschen, Klima- und Artenschutz gegeneinander ausspielt.

Ich selbst habe bei meinen Buchrecherchen im Globalen Süden und bei unseren Dreharbeiten zu Werner Bootes Film „The Green Lie“ dieses falsche grüne Spiel immer und immer wieder erlebt. Nie geht es bei derlei Initiativen darum, den Verbrauch problematischer Rohstoffe zu senken oder darum, anders zu wirtschaften. Vielmehr sind es Marktmechanismen, die die Macht zerstörerischer Konzerne stärken und unsere Wirtschafts- und Lebensweise erhalten. Ein grüner Kapitalismus, der den Status quo zementiert und legitimiert. Aber nur eine ökologisch und sozial gerechte Transformation kann das Artensterben aufhalten, die Klimakrise bewältigen, Hunger und Armut besiegen und unsere Lebensgrundlagen bewahren. Die gute Nachricht ist: Viele Alternativen, die diese Transformation vorantreiben

können, liegen längst auf dem Tisch. Doch es sind genau jene Mechanismen des grünen Kapitalismus, die ihre Umsetzung verhindern. Warum diese stets scheitern und warum wir stattdessen einen progressiven Biodiversitätsschutz brauchen, will diese Analyse zeigen. Damit wir verhindern, dass wir von einer existenziellen Krise in die nächste rutschen. Und damit die Utopie eines guten Lebens für alle Wirklichkeit wird.

Kathrin Hartmann ist Journalistin und Buchautorin in München. Sie wirkte in Werner Bootes preisgekröntem Dokumentarfilm „The Green Lie“ mit und schrieb mit „Die Grüne Lüge“ das Buch zum Film. Für ihr Buch „Aus kontrolliertem Raubbau“ recherchierte sie unter anderem auf den Palmölplantagen in Indonesien und Bangladesch über die Folgen des grünen Kapitalismus. Zuletzt erschien „Grüner wird's nicht. Warum wir mit der ökologischen Krise völlig falsch umgehen“ (Blessing Verlag).

1. Am Scheideweg

Die dramatischen Nachrichten überschlagen sich. Einer britischen Studie zufolge sind nur noch drei Prozent der globalen Ökosysteme intakt.⁵ Seit 1970 sind 68 Prozent der Säugetiere, Vögel, Fische, Amphibien und Reptilien verschwunden. In Süd- und Zentralamerika, wo die Zerstörung der Wälder besonders stark voranschreitet, ist die Tierpopulation um 95 Prozent und somit am stärksten geschrumpft.⁶ Von den heute bekannten acht Millionen Tier- und Pflanzenarten, die die Erde bevölkern, ist eine Million vom Aussterben bedroht. Einige dieser Arten werden bereits in den kommenden Jahrzehnten verschwunden sein, wenn wir nichts dagegen unternehmen. Diese Schreckensbotschaft ging 2019 um die Welt. Die Zahl stammt aus dem Bericht des Weltbiodiversitätsrats IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services)⁷, der 2012 als Pendant zum Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) gegründet wurde. Denn der Verlust der Artenvielfalt steht dem drohenden Klimakollaps in seinem desaströsen und zügig fortschreitenden Ausmaß in nichts nach. Schlimmer noch: Beide ökologischen Krisen bedingen und verschärfen sich gegenseitig und bedrohen unsere Lebensgrundlage.

Was die Klimakatastrophe betrifft, so werden immer mehr fatale Vorhersagen immer schneller Wirklichkeit. Seit 1998 hat sich die Erde doppelt so schnell erwärmt wie angenommen. Das Eis in der

Antarktis schmilzt sechsmal so schnell wie 1980 und die Dauerfrostböden auf der Nordhalbkugel schmelzen 70 Jahre früher als bislang vermutet. In diesen Permafrostböden lagert doppelt so viel Kohlenstoff wie in der Atmosphäre. Tauen sie auf, setzt das nicht nur massenhaft CO₂ frei, sondern auch Methan, das um ein Vielfaches klimaschädlicher ist. Ein Kipppunkt im Klimasystem, der nicht mehr rückgängig gemacht werden und gefährliche Kettenreaktionen auslösen kann. WissenschaftlerInnen sehen neun solcher Kipppunkte bereits erreicht, beziehungsweise stehe man kurz davor.⁸

Auch die Ozeane erwärmen sich um 40 Prozent schneller, als die Vereinten Nationen vorhersagten. Das führt unter anderem zu Sauerstoffmangel und sogenannten Todeszonen: Solche sauerstofffreien Gebiete, in denen es kein Leben mehr gibt, haben sich bereits vervierfacht. Eine weitere Folge der Erwärmung ist die Versauerung der Meere. In Kombination mit der Verschmutzung und der Überfischung sorgte sie 2016 für eine Korallenbleiche, die die Hälfte des Great Barrier Reef in Australien tötete. Zwei Drittel der Ozeane sind nicht mehr intakt, 90 Prozent der globalen Fischbestände sind maximal genutzt oder überfischt.⁹ Die industrielle Fischerei, die nach wie vor Grundschleppnetze und anderes schweres Gerät einsetzt, hat einen erheblichen Anteil an der Zerstörung der marinen Ökosysteme: Die gigantischen Netze, die teils von mehreren Trawlern über den Meeresboden gezogen werden, zerstören diesen und alles, was



5 Plumpton Andrew J. et al., „Where Might We Find Ecologically Intact Communities?“, Cambridge/UK 2021, <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fgc.2021.626635/full>

6 Living Planet Report 2020, WWF, <https://www.wwf.de/living-planet-report>

7 IPBES: Brondizio, Eduardo, Josef Settele, Díaz, Sandra, Ngo, Rita Ha Thi (Hrsg.), „Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services“, Bonn 2019, <https://www.ipbes.net/global-assessment>

8 Joachim Wille, „Das Schlimmste ist bereits in Gang gesetzt“, Frankfurter Rundschau, 24.1.2020, <https://www.fr.de/politik/klimawandel-schlimmste-bereits-gang-gesetzt-13482150.html>

9 Heinrich-Böll-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein, Kieler Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“, Le Monde diplomatique (Hrsg.), „Der Meeresatlas. Daten und Fakten über unseren Umgang mit dem Ozean“, Berlin/Kiel 2017, https://www.boell.de/de/2017/04/25/meeresatlas-daten-und-fakten-ueber-unseren-umgang-mit-dem-ozean?dimension1=ds_meeresatlas

darin und darauf lebt, und sorgen für jede Menge Beifang. Während KonsumentInnen auch vonseiten der Politik dazu angehalten werden, individuell auf so viel Plastik wie möglich zu verzichten, und sich die Europäische Union allenfalls zu Symbolhandlungen wie einem Verbot von Plastik-Trinkhalmen durchringen kann, ist es jedoch die industrielle Fischerei, die für einen Großteil des Plastikmülls im Meer sorgt. Eine wissenschaftliche Studie stellte fest, dass mindestens 46% des Plastikmülls (The Great Pacific Garbage Patch/ GPGP) aus Fischernetzen besteht.¹⁰

Die Zerstörung, die die Trawler am Meeresboden anrichten, trägt außerdem zur Klimakrise bei: Die aufgewühlte Sedimentschicht setzt Kohlenstoffverbindungen frei, die in klimaschädliches Kohlendioxid umgewandelt werden. So versauern die Ozeane schneller und können weniger CO₂ aus der Luft aufnehmen, was den Treibhauseffekt zusätzlich verstärkt.¹¹ Ein tödlicher Kreislauf, denn die Meere speichern bislang nicht nur ein Drittel des gesamten CO₂-Ausstoßes an Land, sie liefern auch die Hälfte des Sauerstoffs in der Luft, die wir atmen.¹²

Noch dazu begünstigt die Erwärmung in den Ozeanen Naturkatastrophen: 2017 fegten gleich drei Hurrikans gleichzeitig über den Atlantik, 41 Millionen Menschen waren im selben Jahr von Überschwemmungen betroffen, 1.200 starben. Ein Jahr später zog der Zyklon Idai eine Schneise der Verwüstung durch Mosambik und Simbabwe, in Bangladesch, Indien, Nepal und Pakistan kamen infolge eines Rekordmonsuns Hunderte Menschen ums Leben. In Südafrika gab es 2018 die schlimmste Dürre seit Jahrzehnten, Kapstadt litt unter einem so großen Wassermangel, dass die Menschen dort nur noch 50 Liter Wasser pro Tag verbrauchen durften. Ökologische Fragen haben immer auch eine soziale Dimension und umgekehrt. Wie sehr die ökologische Frage mit der sozialen verknüpft ist, das wird besonders im Globalen Süden deutlich. Dort gehen Naturzerstörung, Klimakollaps und Menschenrechtsverletzungen meist Hand in Hand. Doch mittlerweile rücken die Einschlüsse überall auf der Welt näher. 2018 sorgte der Sommer weltweit für einen Hitzerekord, es folgten die Hitzesommer 2019 und 2020. Das sorgte in Griechenland für verheerende

Waldbrände, auch in Spanien, Portugal und Deutschland vernichteten Flammen Wälder in einem ungekannten Ausmaß, in Australien brachten die Buschbrände in drei Milliarden Tiere um und den Koalabären an den Rand des Aussterbens. 2019 und 2020 brannten die arktischen Wälder Sibiriens großflächig und verursachten Rekordemissionen von 244 Megatonnen CO₂. In den USA begann im Sommer 2020 eine Serie von Waldbränden, die eine Fläche größer als die Schweiz vernichtete und in Brasilien drängte das Feuer nicht nur den Amazonas in Richtung Kollaps, sondern schädigte auch die wertvollen Savannen des Cerrado und die Feuchtgebiete des Pantanal.

An Land beschleunigt vor allem die Flächenumwandlung die Klima- und Biodiversitätskrise. Alleine zwischen 2015 und 2020 wurden 50 Millionen Hektar Wald zerstört, das sind rund 30.000 Hektar täglich, eine Fläche größer als Graz und Innsbruck zusammen. Auslöser dafür ist die immer größer werdende Fläche für die Produktion von Soja als Futtermittel, Palmöl und Holzprodukten und vor allem für die Nutztierhaltung. Neben Wäldern werden aber auch andere artenreiche Ökosysteme umgewandelt, Moore entwässert oder wertvolle, traditionell extensiv bewirtschaftete Flächen außer Nutzung gestellt. Ein weiterer Faktor ist die Versiegelung von Böden – alleine in Österreich werden jeden Tag 13 Hektar an Land mit Straßen sowie Gewerbe- und Wohngebieten bebaut, betonierte, asphaltiert, gepflastert oder anderweitig befestigt. Der Boden kann kein Wasser mehr aufnehmen, die Fruchtbarkeit geht verloren, wertvolle Bodenlebewesen sterben ab, natürliche Prozesse der Verarbeitung von Biomasse und der Aufnahme von CO₂ werden gestoppt. Darüber hinaus zerschneiden Straßen und andere lineare Infrastruktur zusammenhängende Ökosysteme. Das macht die Wanderung verschiedener Arten gefährlich oder unmöglich. Außerdem geht landwirtschaftliche Fläche verloren, was wiederum zu mehr Lebensmittelimporten führen kann.



© Bernd Lauter / Greenpeace

¹⁰ Evidence that the Great Pacific Garbage Patch is rapidly accumulating plastic, 2018 <https://www.nature.com/articles/s41598-018-22939-w>

¹¹ Verena Kern, „Klimawandel: Wieso der Meeresboden so von Bedeutung ist“, Frankfurter Rundschau, 26.3.2021, <https://www.fr.de/wissen/klimaschutz-am-meeresboden-90263492.html>

¹² Greenpeace International (Hrsg.), „30x30. In Hot Water: Climate Crisis and the Urgent Need for Protection“, November 2019, https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/191203_gp_in_hot_water_30x30_ocean_climate_report.pdf

Verborgene Katastrophe

Im Vergleich zu extremen Wetterereignissen, zu Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen, Stürmen und Waldbränden, erscheint der Verlust der Biodiversität als eine eher verborgene Katastrophe. Doch sie ist nicht weniger alarmierend: Ein Viertel der Landfläche der Erde ist degradiert und kann nicht mehr oder nur noch sehr schlecht genutzt werden. 24 Milliarden Tonnen fruchtbarer Boden gehen jedes Jahr verloren.¹³ 85 Prozent der Feuchtgebiete, Flüsse und Gewässer der Erde sind von negativen Eingriffen betroffen. Laut IPBES-Bericht wurden zwischen 1990 und 2015 290 Millionen Hektar Naturwälder vernichtet und nur 110 Millionen Hektar aufgeforstet. Ein Verlust von 180 Millionen Hektar – eine Fläche mehr als 21-mal größer als Österreich.¹⁴ Dem FAO-Waldbericht 2020 zufolge hat sich zwar der weltweite Waldverlust etwas verlangsamt, dennoch sind zwischen 2015 und 2020 jährlich zehn Millionen Hektar verloren gegangen – allen Aufforstungen zum Trotz.¹⁵ Während des Corona-Lockdowns im Frühjahr 2020 stieg die Zerstörung tropischer Wälder sogar wieder an: 645.000 Hektar Tropenwald wurden im März 2020 zerstört, eine Fläche mehr als 15-mal so groß wie Wien.¹⁶ Jeden Tag sterben 150 Tier- und Pflanzenarten für immer aus.

70 Prozent aller Tierarten weltweit sind Insekten. Bei ihnen ist die Situation besonders dramatisch. 2017 erregte eine Studie aus Krefeld weltweit Aufmerksamkeit, die belegte, dass die Gesamtmasse der Insekten in Deutschland um mehr als 75 Prozent zurückgegangen ist.¹⁷ Auch in Österreich sind viele Insektenarten gefährdet: 40 bis 50 Prozent der Heuschrecken-, Tag- und Nachtfalter-, Libellen-, Zikaden-, Zwergwasserkäfer- und Netzflüglerarten sind bedroht, teilweise sogar vom Aussterben. Ein Drittel der Vögel ist seit 1998 aus den Agrarlandschaften verschwunden.¹⁸ Fast die Hälfte der Insekten der Erde ist gefährdet oder vom Untergang bedroht. Das wiederum zeigt eine Studie aus Sydney, die mehr als 70 Studien weltweit zum Insektenschwund ausgewertet hat.¹⁹

Insekten spielen eine zentrale Rolle im Naturkreislauf. Sie bestäuben fast 90 Prozent aller Blütenpflanzen und drei Viertel aller wichtigen Nutzpflanzen. Indem sie die Pollen von einer Blüte zur anderen tragen, sichern sie den Austausch von Pflanzenerbgut und verbessern die Fruchtqualität. Ohne Bestäubung würden Pflanzen viele wichtige Vitamine und Mineralstoffe verlieren und die Ernte von Obst und Gemüse würde zurückgehen. Laut dem Insektenatlas von der Heinrich-Böll-Stiftung und Global 2000 wäre bei Kirschen ein Verlust von 40 Prozent zu befürchten, Mandeln würden fast ganz verschwinden, auch Gurken oder Kürbisse würde es kaum noch geben. Etwa sechs Prozent der Gesamtmenge an Kulturpflanzen würden



© Matías Garay / Greenpeace

¹³ Heinrich-Böll-Stiftung, Institute for Advanced Sustainability Studies, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, Le Monde diplomatique (Hrsg.), Bodenatlas. Daten und Fakten über Acker, Land und Erde Berlin 2015, <https://www.boell.de/de/bodenatlas>

¹⁴ IPBES 2019

¹⁵ FAO, UNEP (Hrsg.), „The State of the World’s Forests 2020. Forests, Biodiversity and People“, Rom 2020, <http://www.fao.org/publications/card/en/c/CA8642EN>

¹⁶ <https://blog.wwf.de/wald-corona>

¹⁷ Hallmann, Caspar, Sorg, Martin, Jongejans, Elke, Siepel Henk, Hofland Nick, Schwan Heinz, et al. (2017) “More than 75 percent decline over 27 years in total flying insect biomass in protected areas”, PLoS ONE 12(10): e0185809. doi:10.1371/journal.pone.0185809

¹⁸ Heinrich-Böll-Stiftung, Global 2000 (Hrsg.), Insektenatlas. Daten und Fakten über Nütz- und Schädlinge in der Landwirtschaft. Österreichische Ausgabe, Berlin/Wien 2020, <https://www.global2000.at/sites/global/files/2020-Insektenatlas.pdf>

¹⁹ Francisco Sánchez-Bayo, Kris A.G. Wyckhuys, „Worldwide decline of the entomofauna: A review of its drivers“, Biological Conservation, Volume 232, 2019, <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0006320718313636?via%3Dihub>

wegfallen. Insekten reinigen aber auch Wasser, verbessern die Bodenqualität und beseitigen abgestorbene Tiere und Pflanzen. Sie dienen der natürlichen Schädlingsbekämpfung und Tieren als Nahrung. Mit anderen Worten: Ihr Sterben bedroht das gesamte ökologische Gefüge des Planeten. Es geht beim Erhalt der Artenvielfalt also nicht einfach darum, hübsche Vögel, lustige Delfine, bunte Schmetterlinge und duftende Blumen zu retten oder eine tropische Postkartenidylle, auf dass wir uns an ihrem Anblick erfreuen oder dort Urlaub machen können. Wir verlieren nicht nur die Vielfalt und Schönheit der Natur – sondern schlicht und ergreifend unsere unmittelbaren Lebensgrundlagen. Unsere Luft, unser Trinkwasser, unsere Gesundheit und die Erzeugung unserer Lebensmittel sind von einer intakten Natur abhängig.

2019 beschrieb die Welternährungsorganisation FAO in ihrem Zustandsbericht zu Biodiversität und Ernährung, wie das Artensterben die Lebensmittelproduktion bedroht. 66 Prozent der globalen Ernte kommt demnach von nur noch neun Pflanzenarten. Aus 91 Ländern lägen Informationen vor, wonach ein Viertel von fast 4.000 als Lebensmittel genutzten Wildarten, vor allem Pflanzen, Fische, und Säugetiere, zurückgingen.²⁰ Laut einer Studie des israelischen Weizman Institute of Science und des California Institute of Technology leben nur vier Prozent der Säugetiere in freier Wildbahn. 60 Prozent werden als sogenannte Nutztiere gehalten (die restlichen 36 Prozent entfallen auf das Säugetier Mensch).²¹

Naturzerstörung und Pandemien

Weniger Biodiversität bedeutet nicht nur, dass Pflanzen und Tiere anfälliger für Schädlinge und Krankheiten werden. Sondern auch Menschen. Einem aktuellen Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zufolge geht ein Viertel der globalen Krankheiten auf umweltbedingte Risiken zurück, etwa auf verschmutzte Luft oder verunreinigtes Wasser.²² Weltweit lässt sich außerdem bereits jeder dritte Todesfall bei Hitze der Klimakrise zuschreiben. Es geht aber auch um die Entstehung

von Pandemien wie Covid-19: Mehr als zwei Drittel der Erreger, die Epidemien wie Ebola, Zika oder die Vogelgrippe auslösten, stammen ursprünglich von Wildtieren, die in tropischen Regionen heimisch sind. Intakte Ökosysteme mit hoher Artenvielfalt halten diese gefährlichen Viren in Schach. Werden diese Lebensräume aber zerstört, „führt das zu einem Verlust der Artenvielfalt und verändert die Zusammensetzung der Säugetierpopulationen“, erklärt die Virologin Sandra Junglen, die an der Berliner Charité zu Viren forscht, die noch keinen Kontakt zu Menschen hatten. „Weniger Artenvielfalt bedeutet mehr Tiere einer Art. Wenn mehr Tiere einer Art im selben Lebensraum vorkommen, können sich Infektionskrankheiten zwischen den Tieren einer Art besser verbreiten.“²³ Die verbliebenen Tiere verlagern außerdem ihre Lebensräume und nähern sich denen der Menschen an, was die Übertragungsraten in die Höhe treibt. Durch das globale Reizenetzwerk gelangen diese Viren rasch in die ganze Welt. Der Epidemiologe Rob Wallace beschrieb bereits 2014 den Zusammenhang zwischen der Zerstörung von Wäldern in Westafrika für Palmölplantagen und der Ebola-Epidemie. Fledermäuse, die Wirtstiere des Ebola-Virus, siedelten in die Monokulturen um, wo es keine Konkurrenz und keine Fressfeinde gibt, vergrößerten dort die Schnittmenge zu den Menschen und trieben die Übertragungsraten in die Höhe.²⁴

Als Quelle von Covid-19 galt lange der Fischmarkt in Wuhan. Boulevardmedien überboten sich mit teils rassistisch angehauchten Geschichten, welche Tiere dort verkauft und gegessen würden, von lebenden Koalas bis zu Fledermäusen. Belegt ist dieser Ursprung zwar bis heute nicht. Jedoch: „Das wahre Problem ist, dass sich Wildtiere von der Subsistenznahrung Einheimischer zur industrialisierten Ware entwickelt haben. Sie werden nicht in dunklen Gassen aus LKWs verschertelt – sondern auf dem größten Markt in Wuhan verkauft, an Gourmet-Restaurants. Weil die Massenproduktion von Fleisch sich auf dem Land ausbreitet, gehen Wildfleischbetriebe tiefer in die Wälder, um letzte Bestände zu plündern“, sagt Wallace.²⁵ Es gibt allerdings einen Zusammenhang zwischen dem Verzehr von Wildtieren, dem Ausbruch von Krankheiten und dem Konsum reicher Länder. So wird laut der Weltgesundheitsorganisation WHO das Ebolavirus auch durch Fangen, Schlachten und Verzehren von

20 FAO Commission on Genetic Resources for Food and Agriculture Assessments, Bélanger, Julie, Pilling, Daffyd (Hrsg.) „The State of the World's Biodiversity for Food and Agriculture“, Rom 2019, <http://www.fao.org/3/CA3129EN/CA3129EN.pdf>

21 Yinon M. Baron, Rob Phillips, Ron Milo, „The biomass distribution on Earth“, Pasadena/Rehovot 2019, <https://www.pnas.org/content/115/25/6506>

22 UNEP (Hrsg.), „Making Peace with Nature. A scientific blueprint to tackle the climate, biodiversity and pollution emergencies“, Nairobi 2021, <https://wedocs.unep.org/xmlui/bitstream/handle/20.500.11822/34948/MPN.pdf>

23 Bundesministerium für Bildung und Forschung, Interview mit Sandra Junglen vom 28.6.2019, <https://www.bmbf.de/de/schuetzt-artenvielfalt-vor-epidemien-9022.html>

24 Robert Wallace et al., „Did Neoliberalizing West African Forests Produce a Nice Niche für Ebola?“, in: Environment and Planning A, Oktober 2014, sowie in: Wallace, „Was Covid 19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat“, Köln 2020

25 Kathrin Hartmann, „Wir können einpacken“, Interview mit Rob Wallace, Der Freitag, 22.10.2020, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/wir-koennen-einpacken>

infizierten Primaten auf den Menschen übertragen. Weil chinesische, japanische und auch europäische Fangflotten die Küsten Westafrikas leer fischten, waren die Menschen dort vermehrt dazu gezwungen, Wildtiere in den Wäldern zu jagen.²⁶

Josef Settele, Agrarwissenschaftler und Professor für Ökologie am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Halle, war Co-Vorsitzender des IPBES-Berichts zum ökologischen Zustand der Erde. In seinem gleichnamigen Buch spricht er von einer „Triple-Krise“ aus Artensterben, Klimakrise und Pandemien. Er sagt eine Ära von Pandemien voraus, die sogar tödlicher und gefährlicher sein könnten als Corona – wenn der Klimakrise und der Zerstörung von Biodiversität kein Einhalt geboten werde: „Corona ist nichts gegen das, was noch kommt.“²⁷ „Wir haben ein Massenaussterben ausgelöst, das sechste in etwa 540 Millionen Jahren, bei dem viele derzeitige Lebensformen bis zum Ende dieses Jahrhunderts ausgelöscht oder zumindest zum Aussterben verurteilt werden könnten“, schrieb ein Team aus WissenschaftlerInnen rund um den Ökologen William J. Tripple 2017 in ihrer „Warnung an die Menschheit, die zweite Nachricht“.²⁸ Der Physik-Nobelpreisträger Henry Kendall, Mitbegründer der „Union of Concerned Scientists“ hatte die erste Warnung dieser Art 1992 veröffentlicht.²⁹ Im selben Jahr tagte in Rio de Janeiro die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung. Sie gilt als Meilenstein in globalen Umweltfragen: Dort wurde die Agenda 21 für nachhaltige Entwicklung beschlossen, die Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) sowie die Biodiversitätskonvention (Convention on Biodiversity – CBD). Doch Kendalls NachfolgerInnen stellten 35 Jahre später fest, dass außer dem Ozonloch kein einziges drängendes Problem gelöst worden sei.

Gescheiterter Schutz

Trotz Gesetzen, internationalen Abkommen und Programmen wächst der Biodiversitätsverlust. Kein einziges der 20 Aichi-Ziele zum Schutz der Biodiversität bis 2020, auf die sich die

CBD-Vertragsstaaten 2010 im japanischen Nagoya geeinigt hatten, wurde erfüllt. Mehr als die Hälfte wurde sogar deutlich verfehlt.³⁰ Selbst in Schutzgebieten schreitet die Zerstörung voran. 2018 erschien im Magazin Science eine Studie, nach der 90 Prozent der 50.000 untersuchten Schutzgebiete weltweit „Anzeichen für zerstörerische menschliche Aktivitäten“ zeigten und ein Drittel sogar schwer belastet sei.³¹ Auch in den Natura-2000-Gebieten schwinden die Arten. Natura 2000 ist ein zusammenhängendes Netz von Schutzgebieten, das 1992 in Europa eingerichtet wurde. Hier ist zwischen 2005 und 2015 jede zehnte Schmetterlingsart verschwunden. Sie gelten als Indikatoren für intakte Ökosysteme.³² Die UmweltforscherInnen vermuten dahinter die Auswirkungen der Klimakrise und den Einsatz von Pestiziden sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schutzgebiete, aber auch Probleme bei deren Management. Denn sie werden zu einem großen Teil beweidet und gemäht.³³ Laut einem Bericht der Europäischen Umweltagentur, der Ende 2020 veröffentlicht wurde, ist der Zustand der meisten geschützten Gebiete in Europa „unzureichend“. Naturschutzrichtlinien und Umweltvorschriften würden nicht eingehalten. Der Zustand von 63 Prozent der fast 1400 Arten sei mangelhaft oder schlecht. Bei den Lebensräumen sieht es noch düsterer aus: Dort ist der Status für 81 Prozent nicht ausreichend und nur für 15 Prozent gut. Dabei gehe es Wäldern eher noch gut, während Wiesen, Dünen und Moore sich stark verschlechtern. Bei nur noch 47 Prozent der Wildvogelarten gelte der Zustand als unbedenklich. Auch in Deutschland gingen die Brutvogelarten um ein Drittel zurück und ein Drittel aller Säugetierarten ist gefährdet.³⁴

Vor den europäischen Meeresschutzgebieten macht die Zerstörung ebenfalls nicht Halt: Laut einer Studie des Kieler Geomar-Instituts findet in mehr als der Hälfte davon kommerzielle Schleppnetzerei statt. Die Schutzgebiete würden teilweise sogar noch stärker befischt als die nicht geschützten, obwohl die 2013 reformierte EU-Fischerei-Verordnung ein Ende der Überfischung bis spätestens 2020 vorschrieb. Doch das Gesetz würde nicht entsprechend umgesetzt, die

26 Brashares, Justin S., Arcese Peter, Sam, Moses K., Coppolillo Peter B., Sinclair, Anthony R., Balmford Andrew., „Bushmeat hunting, wildlife declines, and fish supply in West Africa.“, Science, 12.11.2004, <https://science.sciencemag.org/content/306/5699/1180.full>
27 Josef Settele, „Die Triple-Krise. Artensterben, Klimawandel, Pandemien“, Hamburg 2021
28 Ripple, William J., Wolf, Christopher, Newsome, Thomas M., Galetti, Mauro, Alamgir, Mohammed, Crist, Eileen, Mahmoud, Mahmoud I., Laurance, William F. and 15,364 scientist signatories from 184 countries, „World Scientists' Warning to Humanity: A Second Notice“, BioScience, Volume 67, Issue 12, Dezember 2017, 1026–1028, <https://doi.org/10.1093/biosci/bix125>
29 <https://www.scientistwarning.org/1992/12/01/scientists-warning-to-humanity-1992>

30 <https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/naturschutz/weltweit/globale-biodiversitaetspolitik/28653.html>
31 Kendall R. Jones, Oscar Venter, Richard A. Fuller et al., „One-third of global protected land is under intense human pressure“, Science, 18.5.2018, Volume 360, Issue 6390, <https://science.sciencemag.org/content/360/6390/788>
32 Pellissier, Vincent, Schmucki, Reto Pe'er, Guy, Auniş, Ainärs et al., „Effects of Natura 2000 on nontarget bird and butterfly species based on citizen science data“, Conservation Biology, Volume 34, Issue 3, Juni 2020, <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/cobi.13434>
33 Stanislav Rada, Oliver Schweiger, Alexander Harpke, Elisabeth Kühn, Tomáš Kuras, Josef Settele, Martin Musche, „Protected areas do not mitigate biodiversity declines: A case study on butterflies“, Diversity and Distributions, Volume 25, Issue 2, Februar 2019, <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/ddi.12854>
34 European Environment Agency, „State of nature in the EU – Results from reporting under the nature directives 2013–2018“, <https://www.eea.europa.eu/publications/state-of-nature-in-the-eu-2020>

Bestimmungen zu seiner Ausführung widerspricht der Verordnung und lässt wiederum Überfischung zu.³⁵

Intensive Landwirtschaft

Die Ursachen für den Verlust der Biodiversität sind also lange bekannt und belegt – zumal es oft dieselben sind wie die der Klimakrise. Es gibt keinen Zweifel mehr daran, dass insbesondere die sich global ausbreitende, intensive industrielle Landwirtschaft und die dafür umgewandelten Flächen zu den Hauptverursachern des Artensterbens gehören. Das benennt auch der Bericht der Europäischen Umweltagentur. Monokulturen verdrängen und gefährden den Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten. Sie sind anfälliger für Pflanzenkrankheiten und Schädlinge, weswegen großflächig Pestizide wie Glyphosat eingesetzt werden, die wiederum Insekten töten. Schwere Landmaschinen ruinieren und verdichten die Böden, Hecken werden gerodet, kleine Feuchtgebiete trockengelegt, Wiesen zu Ackerland umgepflügt oder intensiv genutzt. Die intensive Landwirtschaft, insbesondere die Tierhaltung mit ihrer immens hohen Produktion von Gülle, verschwendet und verschmutzt außerdem das Wasser.



© Gabriel Lindoso / Greenpeace

All das wurde in den vergangenen Jahren von der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) finanziell gefördert: Von den rund 60 Milliarden Euro, die jedes Jahr in die europäische Landwirtschaft fließen, sind 70 Prozent Direktzahlungen. Davon profitierten bislang vor allem Großbetriebe, die für ein umweltschädliches Agrarmodell, nämlich

Monokulturen und Massentierhaltung, stehen. Anstatt einer kleinteiligen ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft, die mit Diversität, einer Verringerung des Pestizid- und Düngereinsatzes sowie mit dem Ausstieg aus der massenhaften Fleischproduktion Böden, Klima und Umwelt schützt.³⁶

Das Geld ist an die Fläche der Betriebe gekoppelt – je größer sie sind, desto mehr Euro fließen. Und zwar weitgehend ohne nachhaltige Kriterien. Das ist nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein soziales Problem: Die GAP hat das Höfesterben in Europa und die Konzentration und das Wachstum von Großbetrieben befeuert. Laut EU-Agraratlas von BUND und Heinrich-Böll-Stiftung musste zwischen 2003 und 2013 ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe schließen, der Großteil davon waren kleine Höfe mit weniger als zehn Hektar und einer vielfältigen Produktion. Zwar machen diese immer noch 80 Prozent der Agrarbetriebe aus. Doch sie nutzen nur zehn Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Europa, während mehr als die Hälfte der Fläche von Großbetrieben mit mehr als 100 Hektar kontrolliert wird. Sie machen aber nur drei Prozent der Höfe in der EU aus.³⁷ Ähnlich ist es in der Tierhaltung: Drei Viertel der Tiere in der EU werden in größeren Betrieben gehalten. Die Zahl der Tiere in kleinen und sehr kleinen Haltungen hat sich seit 2005 um mehr als die Hälfte verringert. Bereits 2013 gab es in der EU 33120 Betriebe mit mehr als 500 Großvieheinheiten.³⁸ Die Massentierhaltung wird ebenfalls von der GAP gefördert: Bis zu 15 Prozent der GAP-Mittel sind an die Produktion gekoppelte Prämien. Sie fließen vor allem in die besonders klima- und umweltschädliche Fleisch- und Milchwirtschaft. Investitionsbeihilfen für große Landmaschinen, Megaställe oder den Bau von Lager- und Verarbeitungshallen für wachsende Mengen landwirtschaftlicher Produkte tragen ebenfalls zum Wachstum dieses schädlichen Agrarmodells bei.³⁹ Damit setzen sie kleinere Betriebe, die ökologischer und divers produzieren, unter Druck, sie schädigen die Ernährungsvielfalt als auch das Klima und die Biodiversität. Weltweit ist die Landwirtschaft deshalb für ein Viertel aller Emissionen verantwortlich. In Europa trägt der Agrarsektor als drittgrößte Quelle nach Energie und Verkehr rund zehn Prozent zu den Gesamtemissionen bei.⁴⁰ 38 Prozent der Treibhausgase stammen aus den Böden und dem Einsatz von Dünger, zwei Drittel aus der Tierhaltung.

36 Heinrich-Böll-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Le Monde diplomatique (Hrsg.) „Agraratlas. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft“, Berlin 2020, <https://www.boell.de/de/agraratlas>

37 Ebd.

Ebd.; Großvieheinheit bedeutet: ein Rind, fünf Schweine oder zehn

Schafe

39 Ebd.

40 Ebd.

35 Dureuil, Manuel, Boerder, Kristina, Burnett, Kirsti A, Froese, Rainer, Worm, Boris, „Elevated trawling inside protected areas undermines conservation outcomes in a global fishing hot spot“, Science, Volume 362, Issue 6421, 21.12.2018

Zwar haben sich die EU-Mitglieder im Juni nach mehreren ergebnislosen Verhandlungsrunden doch noch auf eine Reform der GAP geeinigt. Künftig sollen 25 Prozent der Direktzahlungen an Umweltprogramme – sogenannte Eco-Schemes – geknüpft werden. Das Parlament hatte 30 Prozent gefordert, konnte sich aber nicht durchsetzen. KritikerInnen sehen darin dennoch wenig Nutzen für den Klimaschutz.⁴¹

Dabei ist die Landwirtschaft selbst Opfer der Klimakrise: Dürren, Überschwemmungen und Schädlingsbefall führen zu Ernteausfällen. Das zeigte sich etwa im Hitzesommer 2018: Wegen der Dürre ging allein die Getreideernte in der EU insgesamt um acht Prozent zurück.⁴² Das hat unter anderem dazu geführt, dass die EU 2018 Netto-Importeur von Getreide wurde. Ohnehin importiert die Europäische Union Grundnahrungsmittel und andere Konsumgüter aus landwirtschaftlicher Produktion, die anderswo in der Welt eine Fläche beanspruchen, die mit 640 Millionen Hektar eineinhalb Mal größer ist als die aller 28 Mitgliedstaaten zusammen.⁴³ Das hat das Sustainable Europe Research Institute (SERI) in Wien berechnet. Die EU importiert mit Palmöl, Fleisch, Kakao, Kaffee, Futtersoja und Rohstoffen für Biosprit 36 Prozent aller landwirtschaftlichen und tierischen Güter, die mit der Zerstörung von Wäldern verbunden sind, und ist damit für zehn Prozent der globalen Waldvernichtung verantwortlich.⁴⁴

Laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ist die industrielle Landwirtschaft – vor allem die Viehzucht sowie Soja- und Palmölmonokulturen – für 70 bis 80 Prozent der globalen Entwaldung verantwortlich.⁴⁵ Weil sich der Fleischverzehr in den vergangenen 50 Jahren fast vervierfacht hat, werden mehr als 80 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche der Erde für die Viehzucht verwendet – als Weiden oder Anbaufläche für Futter.⁴⁶ Im sogenannten Sojagürtel, der sich von Argentinien über Bolivien, Brasilien und Paraguay bis Uruguay erstreckt, wachsen die Monokulturen auf einer Fläche größer als Deutschland, Österreich und die Schweiz zusammen.

All das sind die dramatischen Folgen unserer „imperialen Lebensweise“. Diesen Begriff haben die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen in ihrem gleichnamigen Buch geprägt. Er bezeichnet Produktions- und Konsumnormen, die tief in den politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen der reichen Länder des Nordens (aber auch zunehmend in sogenannten Schwellenländern) verankert sind. „Imperiale Lebensweise“ bedeutet, dass systematisch und in überproportionalem Umfang auf billige Ressourcen und billige Arbeitskräfte in anderen ärmeren Regionen der Welt zurückgegriffen wird, damit wir einen Lebensstandard erreichen können, den wir als „normal“ betrachten: viel Fleisch essen, viel Autofahren, viele Flugreisen und vor allem viel konsumieren. Alles zu jeder Zeit und möglichst billig. Das ist die DNA unserer Gesellschaft. Und weil (fast) alle so handeln, erscheint die imperiale Lebensweise als legitim und erstrebenswert. Die ökologischen und sozialen Folgen davon werden jedoch in den Globalen Süden ausgelagert.⁴⁷



Ressourcenverbrauch, Naturzerstörung und Ausbeutung von Menschen sind eng mit der Logik des Wirtschaftswachstums verbunden. Transnationale Wertschöpfungsketten sind durch extreme Machtasymmetrien, insbesondere zwischen dem Globalen Norden und Süden, gekennzeichnet. Konzerne haben sie so gestaltet, dass sie daraus möglichst hohe Gewinne erzielen. Die Kapital- und innovationsintensiven Teile der Wirtschaft, die eine hohe Wertschöpfung haben, befinden sich in den Ländern des Nordens, der arbeitsintensive

41 Stand 3.6.2021; siehe auch: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/streit-ueber-oeko-ziele-verhandlungen-ueber-eu-agrarreform-gescheitert-a-cb26867f-137e-4c3d-85eb-ae2af2708503>

42 European Commission, „Report: EU agricultural markets short-term outlook“, Herbst 2018, https://ec.europa.eu/info/news/drop-eu-cereal-harvest-due-summer-drought-2018-oct-03_en

43 Heinrich-Böll-Stiftung, IAAS Potsdam, BUND (Hrsg.), „Bodenatlas. Daten und Fakten über Acker, Land und Erde“, Berlin 2015, https://www.boell.de/de/bodenatlas?dimension1=ds_agraratlas

44 European Commission, „Technical Report: The impact of EU consumption on deforestation: Comprehensive analysis of the impact of EU consumption on deforestation“, 2013, <https://ec.europa.eu/environment/forests/pdf/1.%20Report%20analysis%20of%20impact.pdf>; siehe auch: <https://wald.greenpeace.at/europa-ist-die-waelder-der-welt>

45 UNEP, „Global resources outlook 2019: Natural resources for the future we want. A report of the Resource Panel, United Nations Environment Programme“, Nairobi 2019, <https://www.resourcepanel.org/reports>

46 <https://www.weltagrabericht.de/themen-des-weltagraberichts/fleisch-und-futtermittel.html>

47 „Der von uns vorgeschlagene Begriff der imperialen Lebensweise verweist auf die Produktions-, Distribution- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praxen der Bevölkerung im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind.“ – Ulrich Brand, Markus Wissen, „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“, München 2017

Produktionsprozess wurde sukzessive in den Globalen Süden verlagert – dorthin, wo Arbeitskräfte nur Hungerlöhne erhalten, wo die Steuern niedrig und die Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards schwach sind (oder allenfalls auf dem Papier bestehen).⁴⁸ Jene Länder dort, die über besonders viele Rohstoffe verfügen, leiden seit der Kolonialzeit unter dem „Ressourcenfluch“: Die sind einseitig abhängig vom Export unverarbeiteter Rohstoffe. Davon profitieren sie aber nicht, denn die Kontrolle über Abbau und Handel hat der Globale Norden und die dort ansässigen Konzerne. Entsprechend entfallen mehr als zwei Drittel der globalen Wertschöpfung auf die 37 Industriestaaten der OECD, auf die restlichen 154 sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländer nur ein Drittel.⁴⁹

In den vergangenen 50 Jahren ist die Weltwirtschaft um das Fünffache gewachsen und der Abbau natürlicher Ressourcen hat sich verdreifacht.⁵⁰ Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen – und das ist auch der Grund, warum alle Bemühungen und Initiativen, die das Artensterben hätten aufhalten sollen, erfolglos geblieben sind. Sie hatten nie zum Ziel, die Ursachen zu beseitigen – etwa indem problematische Rohstoffe reduziert oder der Ressourcenverbrauch generell eingedämmt werden. Ganz im Gegenteil sollte ein „grünes Wachstum“ genanntes „Weiter so“ das zerstörerische Wirtschaftsmodell erhalten und „nachhaltig“ machen. Statt verbindlichen Richtlinien und Gesetzen folgten wirkungslose Initiativen: freiwillige privatwirtschaftliche Zertifizierungen für schädliche Rohstoffe wie Palmöl, Soja und Tropenholz; gemeinsame Absichtserklärungen von NGOs, Regierungen und Konzernen wie etwa der „New Yorker Erklärung zum Schutz der Wälder“ oder der „Amsterdam Erklärung“ zur Förderung von „nachhaltigen“ und „entwaldungsfreien“ Lieferketten von Palmöl, Soja und Kakao; Offsets und Zertifikatehandel. Sie alle sind krachend gescheitert. Die Einrichtung von Schutzgebieten hat darüber hinaus zu Vertreibungen sowie Menschenrechtsverletzungen an der lokalen Bevölkerung und indigenen Gemeinden im Globalen Süden geführt. Derweil aber werden weitere schädliche Freihandelsdeals wie das Mercosur-Abkommen zwischen EU und Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay oder das



© Greenpeace

Schweizer Freihandelsabkommen mit Indonesien, die den Anbau und Handel mit zerstörerischen Rohstoffen wie Palmöl und Soja befeuern werden, diskutiert und verhandelt.



© Bruno Kelly / Greenpeace

Jahre der Entscheidung

Noch können wir das Artensterben aufhalten. 2021 und 2022 sind die Entscheidungsjahre für den Schutz der Artenvielfalt auf unserem Planeten: Die UN-Biodiversitätskonferenz (CBD), auf der über die Ziele für die kommenden zehn Jahre entschieden wird, findet im Herbst 2021 und Frühling 2022 statt. Das Hochseeschutzabkommen für die Rettung unserer Meere könnte im kommenden Jahr beschlossen werden. Die EU wird über ihre neue Biodiversitätsstrategie entscheiden, über ein Lieferkettengesetz und ein neues EU-Waldschutzgesetz. Sie stellt außerdem die Weichen für die Zukunft eines EU-Mercosur-Deals. Auch in Österreich wird dieses Jahr die Biodiversitätsstrategie 2030 beschlossen. Mit diesen Strategien und Gesetzen könnten Unternehmen in die Pflicht genommen werden, ihre Lieferketten komplett rückverfolgbar zu machen und für Vergehen gegen Umwelt- und Menschenrechte haftbar gemacht werden. Biodiversitäts- und Umweltschutz müssen zur Pflicht werden und nicht mehr nur freiwillig und durch Anreize halbherzig herbeigeführt oder ignoriert werden.

Diese Broschüre zeigt, warum eine Strategie des grünen Wachstums und des grünen Kapitalismus nicht geeignet ist, die Biodiversität zu schützen. Dafür werden zentrale Maßnahmen analysiert, die die Klima- und Biodiversitätskrise hätten aufhalten sollen, aber das Gegenteil erreicht haben: Zertifizierungssysteme, Offsets und Kompensationen sowie die autoritäre Einrichtung von Schutzgebieten. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie stehen für ein grün gefärbtes „Weiter so“, weswegen sie die Schäden nicht nur nicht verringern, sondern sogar noch vergrößern.

⁴⁸ Von 1995 bis 2005 wurden nahezu alle Lieferketten fragmentiert und die Produktion wanderte nach China und sogenannte Entwicklungsländer ab. McKinsey Global Institute, „Globalization and Transition. The Future of Trade and Value Chains“, Januar 2019, <https://www.mckinsey.com/~/media/mckinsey/featured%20insights/innovation/globalization%20in%20transition%20the%20future%20of%20trade%20and%20value%20chains/mgi-globalization%20in%20transition-the-future-of-trade-and-value-chains-full-report.pdf>

⁴⁹ Caspar Dohmen, „Lieferketten. Risiken globaler Arbeitsteilung für Menschen und Natur“, Berlin 2021; siehe auch: Rashmi Banga/UNCTAD (Hrsg.), „Measuring Value in Global Value Chains“, Genf 2013, https://unctad.org/system/files/official-document/ecidc2013misc1_bp8.pdf

⁵⁰ UNEP 2021

2. Gescheiterter Naturschutz Kontrollierter Raubbau

1. Kontrollierter Raubbau

Warum Zertifizierungen die Zerstörung von Natur, Ozeanen und Wäldern nicht aufhalten

Kaum ein Markenkonzern kommt heute mehr ohne Zertifizierung aus. Der Ecolabel Index, die nach eigener Aussage größte Datenbank von Nachhaltigkeitssiegeln weltweit, zählt in 199 Ländern und 25 Industrie-Sektoren insgesamt 455 Öko-Label.⁵¹ Sie sollen KonsumentInnen beim Kauf von Produkten Unbedenklichkeit bescheinigen. Ihre Anzahl ist in den vergangenen rund 30 Jahren rapide gestiegen. Bis auf wenige Ausnahmen – etwa die europäischen oder staatlichen Biosiegel, die verbindliche Standards vorschreiben und entsprechend kontrolliert werden⁵² – sind die allermeisten davon privatwirtschaftlich und freiwillig. Der Label-Boom ist gewissermaßen die Antwort der Industrie, insbesondere der Markenkonzerne, auf die wachsende Kritik an ihnen. Seit den späten 1980er Jahren decken Nichtregierungs- und Kampagnenorganisationen regelmäßig auf, wie multinationale Konzerne in ihren Lieferketten vor allem im Globalen Süden systematisch Menschenrechte verletzen, die Umwelt zerstören und das Klima schädigen. Die Rolle der Unternehmen und deren Produktions- und Beschaffungsmethoden wurden insbesondere um die Jahrtausendwende mit der wachsenden Kritik an der Globalisierung verstärkt publik – etwa durch internationale Bestseller wie „No Logo“⁵³ von Naomi Klein sowie das „Schwarz-

buch Markenfirmen“⁵⁴ von Klaus Werner-Lobo.

Zu einer politischen Regulierung dieser Konzerne, etwa durch Gesetze oder Kontrollen, führten die zahlreichen Enthüllungen und Kampagnen jedoch nicht.⁵⁵ Die Zertifizierung von wald- und naturgefährdenden Rohstoffen – sogenannten FERCs (Forest and Ecosystem Risk Commodities)⁵⁶ – erschien deshalb nicht nur Konzernen, die um ihr Image besorgt waren, als pragmatischer Ausweg. Sondern auch NGOs und Naturschutzorganisationen – und immer stärker auch der Politik. So gibt es heute für die allermeisten dieser problematischen land- und forstwirtschaftlichen Produkte, wie Holz, Palmöl, Soja, Baumwolle, Zuckerrohr, Kakao, Kaffee und Tee, aber auch für Wild- und Zuchtfische sowie für Fleisch Nachhaltigkeitssiegel oder Zertifizierungsinitiativen. Selbst für mineralische oder Konfliktrohstoffe wie Aluminium, Kobalt oder Gold gibt es mittlerweile Multi-Stakeholder-Initiativen aus Industrie und NGOs, die entsprechende Standards entwickelt haben, etwa die Aluminium Stewardship Initiative.⁵⁷

Wenn man vor allem jene großen Konzerne, die besonders großen Schaden anrichten, dazu bringen könnte, freiwillig bestimmte Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten, könnte die Zerstörung eingedämmt werden. KonsumentInnen wiederum würden Unternehmen, die „nachhaltig“

51 <http://www.ecolabelindex.com>

52 https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/farming/organic-farming/organic-logo_de

53 Naomi Klein, „No Logo. Der Kampf der Global Player um Marktmacht“,

München 2001

54 Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss, „Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne“, Wien 2001

55 Eine Ausnahme bildet die Konfliktmineralienverordnung der EU, die seit 2021 für den Import von Gold, Tantal, Wolfram und Zinn gelten, https://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/conflict-minerals-regulation/regulation-explained/index_de.htm

56 Greenpeace EU Policy Briefing, „A new EU regulation to protect the world's forests an ecosystems“, August 2020, <https://www.greenpeace.org/static/planet4-eu-unit-stateless/2020/09/20200904-a-new-EU-regulation-protect-worlds-forests-ecosystems.pdf>

57 <https://aluminium-stewardship.org>

wirtschaften, mit dem Kauf ihrer Produkte belohnen, sodass sich nichtnachhaltiges Produzieren nicht mehr lohnen würde. So würde sich die Industrie Schritt für Schritt selbst verbessern. Das ist die Idee, die hinter der Zertifizierung steckt. Nach 30 Jahren ihrer Erprobung lässt sich jedoch feststellen: Sie ist gescheitert. Trotz Zertifizierung von FERCs schreitet die Zerstörung von Wäldern und anderen Ökosystemen fort. Das belegt die Studie „Destruction: Certified“, die Greenpeace International im März 2021 veröffentlichte.⁵⁸ Darin werden neun große und etablierte Zertifizierungssysteme untersucht – darunter der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO), der Roundtable on Responsible Soy (RTRS), der Zusammenschluss der US-amerikanischen Rainforest Alliance und des niederländischen Zertifizierers Utz Certified, das Forest Stewardship Council (FSC), die International Sustainability & Carbon Certification (ISCC) sowie Fairtrade.

Strukturelle Probleme

Zwar gibt es zwischen den untersuchten Systemen teilweise große Unterschiede, was die Standards selbst, deren Implementierung, Umsetzung und Kontrolle betrifft. Diese sind mal mehr, mal weniger stark oder streng oder so schwach, dass man sie nur als Greenwashing bezeichnen kann. Zertifizierungsmechanismen bleiben aber vor allem deshalb wirkungslos, weil sie ganz grundsätzliche und inhärente Beschränkungen aufweisen. Die Probleme der Zertifizierung sind nicht primär eine Frage ihrer Stärke oder Schwäche, sondern struktureller Natur. So sieht kein einziges dieser Systeme die dringend nötige Reduktion von FERCs vor oder hätte auch nur zum Ziel, die Gewinnung oder den Verbrauch solcher problematischen Rohstoffe zu senken. Im Gegenteil: Sie sollen allenfalls dafür sorgen, die Nachfrage nach zertifizierter Ware auf dem Markt zu erhöhen. So heben alle Siegelinitiativen den wachsenden Anteil zertifizierter Ware oder Flächen als Erfolg hervor. Das Forest Stewardship Council (FSC) wirbt damit, seit der Gründung 1994 mehr als 220 Millionen Hektar zertifiziert zu haben, der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl (RSPO) betont, dass 19 Prozent des Palmöls weltweit ein RSPO-Siegel hätten.⁵⁹ Der RSPO verbietet seinen Mitgliedern sogar, „Werbeaussagen zu machen, die implizieren, dass Verbannung von Palmöl aus einem Produkt besser für die soziale oder ökologische Nachhaltigkeit ist als die Verwendung von RSPO-zertifiziertem nachhaltigen Palmöl“. 2020

entzog der RSPO aus diesem Grund dem australischen Süßwarenhersteller Darrell Lea die Mitgliedschaft, weil dieser damit geworben hatte, Palmöl aus seinen Produkten verbannen zu wollen.⁶⁰

Die Konzerne wiederum, die von FERCs abhängig sind, verfolgen eine Wachstumsstrategie und sind darauf angewiesen, krisensicheren Zugang zu immer größeren Mengen von beispielsweise Palmöl, Soja oder Holz zu haben. Mitgliedschaften in Zertifizierungssystemen sichern ihnen nicht nur die Versorgung mit diesen Rohstoffen – sondern auch ein nachhaltiges Image bei den KonsumentInnen. Zwar sind auch Organisationen der Zivilgesellschaft Mitglied in den Multi-Stakeholder-Initiativen: Viele von ihnen wurden von der Naturschutzorganisation WWF mitbegründet, der wegen seiner unternehmensfreundlichen Ausrichtung und der Zusammenarbeit mit Konzernen immer wieder in die Kritik geriet.⁶¹ Greenpeace gehörte 1994 zu den Gründungsmitgliedern des FSC, stieg allerdings 2018 aus.⁶² Doch die Industrie dominiert in diesen Zusammenschlüssen auf allen Ebenen. Konzerne, die auf genau jene FERCs angewiesen sind, nehmen nicht nur Einfluss auf die Standards selbst und deren Umsetzung, sondern sitzen auch in den Leitungsgremien dieser Initiativen.



© Ulet Ifansasti / Greenpeace

⁵⁸ Greenpeace International (Hrsg.), „Destruction: Certified“, 10.3.2021, <https://www.greenpeace.org/international/publication/46812/destruction-certified>
⁵⁹ <https://rspo.org/>; <https://fsc.org/en>

⁶⁰ RSPO Code of Conduct 2017, <https://www.rspo.org/resources/archive/60>; <https://rspo.org/news-and-events/announcements/termination-of-rspo-membership-of-darrell-lea-confectionery-co-pty-ltd>
⁶¹ Wilfried Huismann, „Schwarzbuch WWF. Dunkle Geschäfte im Zeichen des Panda“, München 2012
⁶² <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/maengelexemplar-qualitaetssiegel>

Dominanz der Industrie

Der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl (RSPO) etwa hat 1934 Vollmitglieder („ordinary members“). Darunter 973 Konsumgüter- und Handelsfirmen, 887 Unternehmen der Palmölindustrie und 15 Banken – aber nur 50 NGOs. Im Vorstand haben Industrie, Banken und Handel entsprechend zwölf Sitze und die Zivilgesellschaft vier.⁶³ Einer der beiden Vorstandsvorsitzenden des RSPO ist Carl Bek-Nielsen, der gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der malaysischen Palmölfirma United Plantations ist. Ebenso gehören dem Vorstand ManagerInnen der Palmölkonzerne Wilmar International sowie Golden Agri-Resources an. Diesen Firmen werden seit Jahren illegale Abholzung, Landraub, Vertreibung und Ausbeutung vorgeworfen. Ebenso sitzen dort VertreterInnen der Konsumgüter-Konzerne Unilever und Procter & Gamble, die jeweils auf große Mengen Palmöl angewiesen sind. Beim Runden Tisch für verantwortungsvolle Soja (RTRS) verhält es sich nicht anders: Hier gehören 130 Mitglieder zur Industrie und zehn zur Zivilgesellschaft. Zu den Mitgliedern gehören unter anderem Bayer, Cargill, Danone, Nestlé, Unilever, Shell, Wilmar sowie WWF und World Resource Institute. Sojaproduzenten, Banken und Handel sind im Vorstand mit zehn Sitzen vertreten und NGOs mit dreien. Vorstandsvorsitzende des RTRS ist Marina Born den Engels, Direktorin von Caldenes, einem argentinischen Konzern, der Soja anbaut und Rinder züchtet. Ihre Stellvertreterin ist Juliana de Lavor Lospe, Nachhaltigkeitschefin beim brasilianischen Konzern Amaggi, größter Sojaproduzent und -exporteur der Welt.⁶⁴ Blairo Maggi, Eigentümer des Konzerns, war zwischen 2003 und 2010 Gouverneur von Mato Grosso do Sul. Als solcher setzt er sich bei der Regierung dafür ein, dass die Landrechte von Indigenen in seinem Bundesstaat nicht anerkannt werden. Weil in seiner Amtszeit dort mehr Wald denn je für Sojamonokulturen zerstört wurde, verlieh ihm Greenpeace die „Goldene Kettensäge“.⁶⁵ Beim Forest Stewardship Council gibt es Kammern (economic, environmental, social), deren Stimme zwar unabhängig von der Anzahl ihrer Mitglieder gleich viel zählt. Dennoch ist die Mitgliederzahl in der Kammer mit privatwirtschaftlichen Akteuren (economic) am größten.

Besonders kritikwürdig ist das Modell des Marine Stewardship Council.⁶⁶ Das Zertifizierungssystem

für Meeresfisch wurde 1997 vom WWF und dem Konsumgüterkonzern Unilever gegründet und ist mittlerweile von beiden unabhängig. Seit Jahren wird der MSC, dessen Siegel weltweit auf zwölf Prozent der Fischprodukte prangt, kritisiert. Bereits 2012 belegte das Kieler Geomar-Institut, dass ein Drittel des MSC-zertifizierten Fisches aus überfischten Beständen stammt.⁶⁷ Auch Greenpeace kritisiert seit Jahren, dass der Großteil der MSC-zertifizierten Fischereien Schleppnetze verwendet, die den Meeresboden zerstören und viel Beifang produzieren. Laut einem Bericht der französischen NGO BLOOM kommen 83 Prozent der MSC-zertifizierten Fischfänge aus zerstörerischen Fangmethoden von großen Industrieschiffen.⁶⁸ Bei MSC-zertifizierten Flotten wird offenbar selbst das grausame „Finning“ toleriert. Dabei werden Haien die Rückenflossen abgetrennt, die zum Beispiel auf dem chinesischen Markt zu hohen Preisen verkauft werden. Danach werden die teils noch lebenden Tiere zurück ins Wasser geworfen, wo sie elend ertrinken oder verbluten. Dabei hatte der MSC bereits vor zehn Jahren angekündigt, diese brutale Methode zu verbieten.⁶⁹ Darüber hinaus haben NGOs Hinweise auf Zwangsarbeit auf Schiffen gefunden. Dass der MSC seine Versprechen nicht halten kann, dürfte auch an einem handfesten Interessenkonflikt liegen: Der MSC finanziert sich zu 80 Prozent durch Lizenzgebühren für zertifizierte Produkte und Fischereien. Zwischen April 2019 und März 2020 nahm der MSC knapp 30 Millionen Euro ein.⁷⁰



© Greenpeace / Paul Hilton

63 <https://rspo.org/about/our-organisation>
64 <https://responsiblesoy.org/quienes-somos?lang=en>
65 <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/>

eklat-bei-der-verleihung-der-goldenen-kettensaege-preistraeger-auf-der-flucht
66 Wilfried Huisman, „Das Geschäft mit dem Fischsiegel – Die dunkle Seite des MSC“, WDR-Dokumentation in der Reihe „Die Story“, https://programm.ard.de/TV/wdrfernsehen/das-gesch-ft-mit-dem-fischsiegel---die-dunkle-seite-des-msc/eid_28111858988311

67 Silvia Opitz, Julia Hoffmann, Martin Quaas, Nele Matz-Lück, Crispina Binohlan, Rainer Froese, Assessment of MSC-certified fish stocks in the Northeast Atlantic, Marine Policy 71; <https://www.geomar.de/news/article/blau-es-siegel-fuer-fischprodukte-aus-ueberfischten-bestaenden-kratzt-an-glaubwuerdigkeit-des-msc>

68 Le Manach, Frederic, Jacquet, Jennifer L., Bailey, Megan, Jouanneau, Charelène, Nouvian, Claire, „Small is beautiful, but large is certified: A comparison between fisheries the Marine Stewardship Council (MSC) features in its promotional materials and MSC-certified fisheries“, PLoS ONE 15(5), <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0231073>

69 Analyse des Shark Project zu MSC und „Finning“ vom Februar 2021, https://www.sharkproject.org/wp-content/uploads/2021/02/feb_2021_analysis.jpg
70 <https://www.msc.org/about-the-msc/our-funding-and-finances>

Ein Zertifizierungssystem ähnlichen Zuschnitts ist das Aquaculture Stewardship Council (ASC), das Fische und Schalentiere aus Aquakulturen zertifiziert. Seit 2012 prangt das Siegel für „verantwortliche Aquakultur“ auf Supermarktprodukten. Fische und Garnelen in Wasserbassins an Land zu züchten galt einst als Alternative zu Wildfisch und als Lösung für das Problem der Überfischung. Die Hälfte der Fische und Meeresfrüchte, die heute weltweit verzehrt werden, stammt aus der Aquakultur, dem am schnellsten wachsenden Zweig der globalen Lebensmittelindustrie. De facto aber trägt die Aquakultur selbst zur Überfischung bei: Rund 20 Millionen Tonnen Wildfisch (fast ein Viertel des weltweiten Wildfangs) werden jedes Jahr zu Fischmehl und -öl verarbeitet. Bis zu 70 Prozent davon werden in Aquakulturen verfüttert.⁷¹ Alternativ wird Futtersoja eingesetzt, was wiederum die Zerstörung der Wälder vorantreibt.

Aquakulturen sind in jeder Hinsicht ein ökologisches Desaster. Für die Zuchtbecken wurde und wird in Lateinamerika, Süd- und Südostasien Mangrovenwald abgeholzt.⁷² In den vergangenen 40 Jahren sind weltweit drei Viertel dieses wertvollen Salzwasserwaldes verloren gegangen. Fast die Hälfte davon wurde für die Aquakultur gerodet.⁷³ BäuerInnen verlieren ihr Land, weil es ihnen entweder geraubt wird oder weil Überschwemmungen das Salzwasser auf umliegende Äcker tragen und sie so unfruchtbar machen.⁷⁴ In der Küstenregion von Bangladesch sind nach mehr als 30 Jahren Garnelenzucht 80 Prozent des fruchtbaren Landes für die Landwirtschaft verloren.⁷⁵ Die Bassins selbst sind teilweise regelrechte Giftteiche: In den oft zu dicht besetzten Becken werden Antibiotika und Insektizide eingesetzt. So haben Lachszuchtfarmen in Chile manche Fjorde in regelrechte Giftmülldeponien verwandelt.⁷⁶

Die Aquakultur und ihre Zertifizierung sind ein gutes Beispiel dafür, wie das grüne Wachstum funktioniert: Erst wird es als Lösung für das Problem der Überfischung betrachtet, Fische und Schalentiere an Land oder an der Küste zu züchten. Wenn sich herausstellt, dass diese neue Variante der

Massenproduktion neue und zusätzliche Schäden anrichtet, wird sie nicht etwa beendet oder reduziert – sie wird zertifiziert. Schließlich hat sich dort eine neue lukrative Industrie etabliert. Die dominiert auch im ASC: Im Vorstand sitzt José Vilallon, Nachhaltigkeitschef von Nutreco, einem der größten Hersteller von Fisch- und Tierfutter. Im Lenkungsgremium finden sich unter anderem VertreterInnen des Sojahändlers Cargill, der Fischfutter-Riesen Skretting und Biomar sowie der Internationalen Organisation der Fischmehl- und -öl produzierenden Industrie (IFFO).⁷⁷

So stärken Zertifizierungssysteme die Macht ausgerechnet solcher Konzerne, denen seit vielen Jahren Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen werden. Anstatt dass sie reguliert werden, kontrollieren sie sich selbst. Denn auch die externen Kontrollen, sogenannte Audits, werden von ihnen bei bestimmten Firmen beauftragt und bezahlt. Das führt zwangsläufig zu Interessenkonflikten. Darüber hinaus sind die Audits meist angekündigt und finden längst nicht bei allen Betrieben und Tochterfirmen des jeweiligen Mitglieds statt, sodass viele Verstöße gegen die Standards unentdeckt bleiben. In der Regel werden sie nicht von den Zertifizierungssystemen, sondern von NGOs aufgedeckt und veröffentlicht. Etwa im Fall des brasilianischen Sojaproduzenten SLC Agricola, der unter anderem die weltgrößten Agrarhändler Cargill und Bunge beliefert. Mehrere Betriebe des RTRS-Mitglieds sind zertifiziert. Die US-amerikanische Organisation Chain Reaction Research fand heraus, dass SLC Agricola zwischen 2011 und 2017 fast 40.000 Hektar Wald abgeholzt hat – der größte Teil davon, 30.000 Hektar, waren wertvoller Cerrado-Savannenwald. 2018 nahm das Unternehmen auch an einer Soja-Initiative des Discounters Lidl für nachhaltiges und gentechnikfreies Soja teil. Kurz darauf spaltete SLC Agricola eine Farm in zwei Teile, von denen einer weder zertifiziert war noch am Lidl-Programm teilnahm. So konnte die Firma unbehelligt abholzen: Nicht zertifizierte Tochterbetriebe werden vom RTRS nicht inspiziert.⁷⁸

Keine Sanktionen

So oder so haben Mitglieder von Zertifizierungsfirmen bei Verstößen kaum etwas zu befürchten. Man bestraft sich ja nicht selbst! Die Sanktionen sind in der Regel schwach oder werden erst

71 Changing Markets Foundation, „Erwischt: Wildfisch als Fischfutter für Aquakulturen“, Wien/Utrecht März 2021; <https://www.fishingthefeed.com/de/supermarkt-scorecard>

72 Swedish Society for Nature Conservation, „Murky Waters. The environmental and social impacts of shrimp farming in Bangladesh and Ecuador“, Stockholm 2011

73 Ebd.

74 Kathrin Hartmann, „Aus kontrolliertem Raubbau. Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut verrichten“, München 2015

75 Hossain, Mohammad Shahnoor, Uddin, Moiz, Fakhruddin, A.N.M., „Impacts of shrimp farming on the coastal environment of Bangladesh and approach for management“, Rev. Environ. Sci Biotechnol 12, 313–332 (2013), <https://doi.org/10.1007/s11157-013-9311-5>

76 Wilfried Huismann, Arno Schumann, „Lachsfieber. Große Fische, kleine Fische“, ARD-Dokumentation 2010

77 <https://www.asc-aqua.org/what-we-do/about-us/governance>

78 Greenpeace 2021; Chain Reaction Research, SLC Agricola: Cerrado Deforestation Poses Risks to Revenue and Farmland Assets“, 2017, <https://chainreactionresearch.com/wp-content/uploads/2017/09/slc-agricola-company-profile-18092017-1.pdf>

gar nicht verhängt. So entzog der FSC dem koreanischen Mischkonzern Korindo, der sowohl im Holz- als auch im Palmölgeschäft aktiv ist, jahrelang nicht die Zertifizierung. Obwohl Korindo in der indonesischen Provinz Papua 2001 sowie zwischen 2014 und 2019 insgesamt 87.000 Hektar Primärregenwald zerstört und obendrein illegal Restholz verbrannt hat. Umgekehrt drohte Korindo mit rechtlichen Schritten, sodass der FSC den Untersuchungsbericht in weiten Teilen geschwärzt veröffentlichte.⁷⁹ Ohnehin wäre die schwerwiegendste Konsequenz, von der jeweiligen Zertifizierungsinitiative suspendiert zu werden oder das Siegel entzogen zu bekommen. Das passiert allerdings äußerst selten. Im Fall Korindo entzog FSC ihnen erst dieses Jahres, am 14. Juli 2021 die Zertifizierung. Im März 2016 entzog der RSPO nach einem fünf Jahre andauernden Beschwerdeverfahren der IOI Group die Zertifizierung. Wieder und wieder hatte der malaysische Konzern im indonesischen Westkalimantan auf Borneo wertvolle Wälder vernichtet und die Rechte der lokalen Bevölkerung verletzt. IOI klagte gegen den RSPO, weil Kunden wie Mars, Nestlé und Unilever ihre Geschäftsbeziehung zu dem Konzern abgebrochen hatten. Noch im August desselben Jahres wurde IOI wieder beim RSPO aufgenommen.⁸⁰ Abgesehen davon führt ein Ausschluss kaum zu Wiedergutmachung. Ohnehin sind Entschädigungszahlungen an die Opfer in den meisten Zertifizierungssystemen nicht vorgesehen.

All das ist nicht nur aus ökologischer Sicht problematisch, sondern auch aus sozialer: An den Runden Tischen setzt sich das Machtungleichgewicht von Konzernen gegenüber der lokalen Bevölkerung, Indigenen und KleinbäuerInnen fort und wird dort zementiert. Für diejenigen also, die unter der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und Landraub durch Konzerne leiden, sind allenfalls Beschwerdemechanismen vorgesehen, die meistens wirkungslos bleiben. Die Verfahren dauern im Schnitt mindestens zwei Jahre und führen in den meisten Fällen nicht zu einer befriedigenden Lösung.⁸¹ Darüber hinaus haben betroffene Gemeinden ohne die Unterstützung einer NGO kaum Chancen, gehört zu werden. Aufgrund des mangelhaften Beschwerdemechanismus und eines Verfahrens, das sich in die Länge zog, haben zwei indonesische Gemeinden 2018 eine Beschwerde gegen den

RSPO bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingelegt. Sie werfen dem RSPO vor, nicht gegen den malaysischen Palmölkonzern Sime Darby vorgegangen zu sein, dessen Tochterunternehmen PT MAS einer indigenen Gemeinde das Land geraubt hatte. Doch in dem Moment, als die OECD einen Konfliktlösungsprozess in Gang setzen wollte, verkaufte Sime Darby das Tochterunternehmen.⁸²

Fortlaufende Zerstörung

Der RSPO gehört zu den am meisten kritisierten Zertifizierungssystemen. Er wurde 2004 als Reaktion auf die wachsende Kritik an der Zerstörung von Regenwald für Ölpalmenmonokulturen in Indonesien und Malaysia von der Naturschutzorganisation WWF, dem Konsumgüterkonzern Unilever und Unternehmen der Palmölindustrie gegründet. Palmöl ist mit 74 Millionen Tonnen das meistproduzierte Pflanzenfett der Welt.⁸³ Seit 1990 hat alleine Indonesien durch Abholzung und Brände eine Waldfläche von mehr als 30 Millionen Hektar verloren. Beinahe die Hälfte davon ist mit Palmölmonokulturen bepflanzt.⁸⁴ Bereits 2008 bezeichneten 256 NGOs aus aller Welt den RSPO in einer gemeinsamen Erklärung als Etikettenschwindel.⁸⁵ Seither hat der RSPO seine Standards zwar verschärft: So schreibt der RSPO seit 2018 nicht nur mehr vor, keine Primärregenwälder und Wälder mit hohem Schutzwert (HCV – High Conservation Value) zu roden, sondern auch keine natürlichen Wälder und Flächen mit hoher Kohlenstoffspeicherung (HCS – High Carbon Stock). Doch der RSPO hat die Waldzerstörung in 17 Jahren nicht eindämmen können. Laut Global Forest Watch ist diese in Indonesien seit der RSPO-Gründung immer weiter gestiegen und lag 2015 mit 735.000 Hektar zerstörter Waldfläche um ein Viertel höher als 2004.⁸⁶ Seit Jahren weisen internationale und lokale NGOs nach, dass RSPO-Mitglieder weiterhin abholzen. Besonders in der Kritik steht Wilmar International, der größte Palmölkonzern der Welt aus Singapur und RSPO-Mitglied. Laut dem Greenpeace-Report „Burning down the House“ von 2019 waren

82 Mark Baer, „Beschwerde gegen Palmöl-Label von Migros und Coop, Der Bund, 28.1.2018, <https://www.derbund.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/beschwerde-gegen-palmoellabel-von-migros-und-coop/story/20465490>; siehe auch: OECD-Watch, TuK Indonesia vs. Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO), https://complaints.oecdwatch.org/cases/Case_491

83 Forum nachhaltiges Palmöl, <https://www.forumpalmoel.org>

84 David L. A. Gaveau et al., „Four Decades of Forest Persistence, Clearance and Logging on Borneo“, University of Massachusetts, 16.7.2014, <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0101654>; Belinda Arunawati Margono et al., „Primary forest cover lost in Indonesia 2000-2012“, Nature Climate Change, 29.6.2014, http://umdrighnow.umd.edu/sites/umdrighnow.umd.edu/files/ncclimate2277-aop_2.pdf

85 Internationale Erklärung gegen den Etikettenschwindel des Runden Tisches zu nachhaltigem Palmöl (RSPO), deutsch: <https://www.regenwald.org/files/de/10-08-DEUTSCH-RSPO.pdf>

86 <https://www.globalforestwatch.org/blog/data-and-research/6-years-after-moratorium-satellite-data-shows-indonesias-tropical-forests-remain-threatened>

79 Greenpeace 2021; <https://stories.mightyearth.org/burning-paradise/index.html>

80 Madeleine Cuff, „Palm oil giant IOI Group regains RSPO sustainability certification“, The Guardian, 8.8.2016, <https://www.theguardian.com/environment/2016/aug/08/palm-oil-giant-ioi-group-regains-rspo-sustainability-certification>

81 Ruyschaert, Denis, Salles, Denis, „Towards global voluntary standards: Questioning the effectiveness in attaining conservation goals: The case of the Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)“, Ecological Economics 107/201, https://econpapers.repec.org/article/eeeecolec/v_3a107_3ay_3a2014_3ai_3ac_3ap_3a438-446.htm

Zulieferer von Wilmar International zwischen 2015 und 2018 für mehr als 1,4 Millionen Hektar verbrannte Wälder und Flächen verantwortlich sowie für 8.000 Feuerherde bis 2019.⁸⁷ Wilmar International ist wiederum der Hauptlieferant vieler multinationaler Konsumgüterkonzerne – zum Beispiel von Unilever.⁸⁸ Mit mehr als einer Million Tonnen pro Jahr verbraucht Unilever mehr Palmöl als alle anderen Konsumgüterkonzerne.⁸⁹ Laut einer Untersuchung von Greenpeace 2018 gehört auch der Bumitama-Konzern zu den Lieferanten von Unilever sowie von Wilmar International. Bumitama Agri Ltd, seit 2007 RSPO-Mitglied, werden seit Jahren illegale Rodungen nachgewiesen – selbst in der streng geschützten Pufferzone des Nationalparks Tanjung Puting in Zentralkalimantan auf Borneo.⁹⁰ Zwischen 2005 und 2018 soll Bumitama insgesamt 11.100 Hektar Wald abgeholzt haben, ohne den Schutzstatus zu prüfen, wie es der RSPO vorsieht. Darunter befand sich auch ein Orang-Utan-Habitat in Westkalimantan. Verschiedene NGOs, darunter International Animal Rescue, Greenpeace, Sawit Watch! und die Environmental Investigation Agency haben Beschwerden beim RSPO eingereicht. Sie blieben jedoch bis heute wirkungslos – obwohl sogar der Oberste Gerichtshof in Indonesien 2014 bestätigte, dass die Bumitama-Tochter PT Hati Prima Agro illegal 7.000 Hektar Primärregenwald abgeholzt hatte.⁹¹ Bezeichnenderweise sitzt im Beschwerde-Panel des RSPO ausgerechnet Lim Sian Choo, die bei Bumitama Agri arbeitet.⁹²

Gemischte Ware

Weltweit sind 3,2 Millionen Hektar Plantagen und 17,3 Millionen Tonnen Palmöl, das pro Jahr auf den Markt kommt, RSPO-zertifiziert.⁹³ Wenn Konsumgüter- oder Handelskonzerne ihre Waren als RSPO-zertifiziert labeln, bedeutet das aber nicht, dass das darin verwendete Palmöl nachweislich von einer zertifizierten Plantage kommt. Über Beschaffungssysteme wie Book & Claim und das Massenbilanzsystem werden zertifizierte und nicht zertifizierte Ware gemischt. Bei Book & Claim kaufen Unternehmen lediglich Zertifikate für die von ihnen benötigten Mengen Palmöl mit Nachhaltigkeitssiegel. Sie können so nur garantieren, dass irgendwo auf der Welt die entsprechende Menge

zertifizierten Palmöls produziert wurde, nicht aber, dass es in ihren Produkten steckt. Im Massenbilanzsystem wird zertifiziertes mit nicht zertifiziertem Palmöl in den Tanks gemischt. Solche Systeme sind für Konsumgüter- und Handelskonzerne wesentlich billiger als tatsächlich rückverfolgbares, getrenntes Palmöl („identity preserved“). Selbst der Konzern Unilever, der zu den Gründungsmitgliedern des RSPO gehört und besonders damit wirbt, nachhaltiges Palmöl zu verwenden, bezieht den größten Teil dieses Rohstoffs aus gemischten Systemen: 2019 stammten nur 13 Prozent Palmöl (CPO) und 16 Prozent Palmkernöl (PKO) aus rückverfolgbaren („identity preserved“) Quellen. Knapp 70 (CPO) und 31 (PKO) Prozent stammten aus dem Massenbilanzsystem, 17 Prozent des Palmöls und 52 Prozent des Palmkernöls waren gar nicht zertifiziert.⁹⁴ Auch andere Zertifizierungssysteme, so etwa der RTRS und der FSC, erlauben, dass zertifizierte und nicht zertifizierte Rohstoffe gemischt werden. Ein weiterer inhärenter Widerspruch: Zertifizierungssysteme wurden auch deshalb entwickelt, weil sie Lieferketten transparent und rückverfolgbar machen sollten. Aber genau das schaffen sie in den meisten Fällen nicht.

Diese Praxis hängt der Zerstörung nicht nur ein grünes Mäntelchen um, sondern zementiert und legitimiert sie. Denn solche gemischten Beschaffungssysteme bieten ProduzentInnen einen lukrativen Marktzugang für ihre „schmutzige“ Ware, die mit illegaler Abholzung, Kahlschlag, Landraub und Menschenrechtsverletzung verbunden ist. Bei den KonsumentInnen wiederum entsteht durch die schiere Menge an unterschiedlichen Zertifizierungen einerseits und durch die Vielzahl der Produkte, auf denen diese Siegel prangen, andererseits, der Eindruck, dass FERCs an sich unproblematisch sind, sofern sie „nachhaltig“ angebaut werden. Und dass ihre Beschaffung und Produktion auch zunehmend „nachhaltig“ erfolgt. „Durch die Schaffung und Pflege eines positiven Images von FERCs und die damit verbundene Ankurbelung der Nachfrage nach solchen Rohstoffen besteht die Gefahr, dass Zertifizierungen den Schaden, der durch die unkontrollierte Steigerung der Rohstoffproduktion entsteht, sogar noch vergrößern“, heißt es im Report „Destruction: Certified“.

Vor allem verdecken Zertifizierungen für FERCs, dass diese Rohstoffe gar nicht ökologisch und sozial gerecht angebaut beziehungsweise beschafft werden können – erst recht nicht in den gigantischen Mengen, in denen sie verbraucht werden.

87 Greenpeace International, „Burning down the house. How Unilever and other global brands continue to fuel Indonesia's fires“, November 2019, <https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/burning-down-house>

88 Lieferanten von Unilever: <https://assets.unilever.com/files/92ui5egz/production/9208d7cb6ef542a1f99de81573eaa10879e281cb.pdf/unilever-direct-palm-oil-suppliers.pdf>

89 <https://palmoilscorecard.panda.org/check-the-scores/manufacturers/unilever>

90 Hartmann 2015

91 <https://www.regenwald.org/erfolge/6085/>

indonesien-erfolg-fuer-umweltschuetzer

92 <https://askrspo.force.com/Complaint/s/complaintspanel>; <http://eurt.rspo.org/team/lim-sian-choo>

93 <https://rspo.org>

94 <https://palmoilscorecard.panda.org/check-the-scores/manufacturers/unilever>

Die ständig steigende Nachfrage führt automatisch zu – per se nicht nachhaltigen – Monokulturen, Waldvernichtung und Kahlschlag. Letzterer wurde immer wieder dem FSC nachgewiesen, insbesondere in russischen und ukrainischen Wäldern. Jenes Holz landet unter anderem beim schwedischen Möbelkonzern Ikea. Der britischen NGO Earth Sight zufolge muss der Konzern jedes Jahr bis zu 2,5 Millionen Bäume mehr verarbeiten, um das Tempo seines Wachstums aufrechtzuerhalten.⁹⁵ „Kein Zertifizierungssystem kann für sich in Anspruch nehmen, dass die zertifizierten Produkte tatsächlich nachhaltig sind, zumal nicht bekannt ist, was in Bezug auf Wälder, Böden und Landwirtschaft tatsächlich nachhaltig ist“, so der Report. Dennoch rechtfertigen Konzerne und Politik, aber auch NGOs, Zertifizierungssysteme. Auf Kritik an ihren Zertifizierungssystemen und ihrer offensichtlichen Wirkungslosigkeit reagieren sie meistens mit Argumenten, dass diese zwar „noch nicht perfekt“ seien, eine Zertifizierung sei jedoch besser als keine. Sie seien „ein Schritt in die richtige Richtung“, sie müssten allenfalls „verbessert“ werden. Nichts anderes also als Durchhalteparolen, die die Lösung der Probleme verhindern.

Staatliches Greenwashing

Zertifizierungssysteme schieben die Verantwortung nicht nur auf KonsumentInnen ab – sie behindern außerdem eine konsequente politische Regulierung. Das ist ganz im Sinne ihrer teilnehmenden Konzerne, die Zertifizierungen auch als Lobby-Instrument nutzen können, um Gesetze zu verhindern. Der Geograf Peter Vandergeest von der kanadischen Universität York hat 2012 die Zertifizierung von Aquakulturen via Aquaculture Stewardship Council in Thailand untersucht. Er beschreibt in seiner Studie „A New Extraterritoriality? Aquaculture Certification, Sovereignty and Empire“⁹⁶, dass Regierungen in Südostasien, etwa in Thailand, die ungezügelte Expansion der Garnelen-Aquakulturen limitieren wollten. Dies habe die Industrie verhindern können, indem sie gemeinsam mit dem WWF und der UN-Ernährungsorganisation FAO „Best Management Practices“ entwarf und umsetze. Diese mündeten dann in eine transnationale Zertifizierung. Vandergeest beschreibt den Einfluss und den Marktzugang via Zertifizierungen sogar als „neues kolonialistisches Zwangsmittel“ für die Länder des Südens. Die transnationale Öko-Zertifizierung im Süden bestehe beinahe ausschließlich

für Produkte und Rohstoffe, die von dort nach Europa und Nordamerika exportiert würden, schreibt Vandergeest. Legitimiert würde sie durch ein Narrativ, „das den Staat dort als ‚ineffektiv‘ darstellt, was den Schutz verletzlicher Subjekte betrifft, die die Zertifizierenden aber in eine Position des Bevollmächtigten rückt, der im Interesse dieses Subjekts tätig wird“.⁹⁷ Mit anderen Worten: Sie suggeriert, dass es die Pflicht von Naturschutzorganisationen, KonsumentInnen und Handelsunternehmen aus dem Globalen Norden sei, das zu schützen, was diese wiederum für schützenswert erachten, während lokale AkteurInnen und selbst Regierungen ignoriert werden. Ein im Globalen Norden entwickeltes System soll dann vorgeben, dass die Produktion selbst einer problematischen Ware nachhaltig möglich ist. Sie bietet wiederum importierenden Firmen von dort Zugang zu diesem Rohstoff, den sie womöglich verloren hätten, hätte sich die Regierung vor Ort durchgesetzt.

Umgekehrt verlassen sich Regierungen im Globalen Norden auf freiwillige Zertifizierungen, anstatt durch Lieferkettengesetze die jeweiligen Konzerne zur Einhaltung von Menschenrechten zu zwingen und die Zerstörung von Natur und Klima somit einzudämmen. Zwar schreibt die Erneuerbare-Energie-Richtlinie der EU (RED) für importierte Agrotreibstoffe und andere Formen der Bioenergie verbindliche Nachhaltigkeitskriterien fest. Zu deren Erfüllung verlässt sich die EU allerdings auf 14 freiwillige Zertifizierungssysteme, die sie als Nachhaltigkeitsnachweis anerkennt. Darunter der Runde Tisch für verantwortungsvolles Soja (RTRS) und der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl, der mit RSPO RED einen erweiterten Anforderungskatalog für die EU erstellt hat, sowie die eigens dafür gegründete International Sustainability & Carbon Certification (ISCC), die vor allem Agrarsprit zertifiziert. Ein Produkt, das untrennbar mit Wald- und Umweltzerstörung verbunden ist.⁹⁸ Bereits 2016 hatte der Europäische Rechnungshof kritisiert, dass die EU sich dabei nur auf die Prüfung von Dokumenten verlasse, die Einhaltung der Kriterien aber selbst nicht überwache.⁹⁹ So werden Zertifizierungssysteme zum Pseudoordnungsrahmen und Greenwashing wird institutionalisiert – und die Zerstörung damit legitimiert.

95 Earth Sight (Hrsg.), „Flatpacked Forests. Ikeas illegal timber problem and the flawed green label behind it“, London 2020, <https://www.earth sight.org.uk/flatpackedforests-en>

96 Peter Vandergeest, Anusorn Unno, „A new extraterritoriality? Aquaculture certification, sovereignty, and empire“, *Political Geography*, Volume 31, Issue 6, 2012, <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0962629812000650>

97 Ebd.

98 https://ec.europa.eu/energy/topics/renewable-energy/biofuels/voluntary-schemes_en

99 European Court of Auditors (ECA), „Special Report: EU system for the certification of sustainable biofuels“, 2016, https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR16_18/SR_BIOFUELS_EN.pdf

2. CO2 versus Regenwald

Warum Marketinginstrumente wie Kohlenstoff-Kompensationen und die Konzentration auf „Null-Emissionen“ das Klima nicht schützen und Biodiversität gefährden

„Zusammengenommen ist der Anteil von Palmöl, das unter Selbstverpflichtung zu null Entwaldung gewonnen wird, im vergangenen Jahr um 60 Prozent gestiegen. Diese Plantagen bedecken eine Fläche von der Größe Portugals. Der Wert dieses Palmöls beträgt 30 Milliarden Dollar innerhalb einer 50-Milliarden-Dollar-Industrie. Das reduziert geschätzte 400 bis 450 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr und insgesamt zwei Milliarden Tonnen bis 2020.“¹⁰⁰ Palmölplantagen, so klingt das, sind für die Rettung des Klimas unabdingbar. Die Rechnung stammt nicht aus einer Werbebroschüre der Palmölindustrie. Sie steht in der Waldschutzerklärung der Vereinten Nationen, die im September 2014 beim Klima-Sondergipfel in New York verabschiedet wurde.

Diesen Gipfel hatte der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, organisiert. 120 Staats- und Regierungschefs folgten seiner Einladung nach New York. Eine Woche zuvor legte die Calderon-Kommission ihren Bericht „The New Climate Economy – Better Growth, Better Climate“ vor.¹⁰¹ Die Kommission wurde vom ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Nicholas Stern, und von Felipe Caldéron, ehemals Präsident von Mexiko, geleitet. Ihr gehörten außerdem VertreterInnen von multinationalen Konzernen wie Shell und Unilever sowie von der Deutschen Bank, Barclays und der Weltbank an. Ihr Report war als Grundlage für das Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls gedacht. Die Kernbotschaft ihres Berichts: Klimaschutz und Wirtschaftswachstum seien miteinander vereinbar. Zwar enthielt der darin aufgestellte Zehn-Punkte-Plan auch die Vorschläge, keine neuen Kohlekraftwerke mehr zu bauen, die Subventionen für fossile Energien zu reduzieren und in erneuerbare Energie und den öffentlichen Nahverkehr zu investieren. Wesentlich aber ging es um Investitionen in Technologien der Green Economy, auch so umstrittene wie die Speicherung von CO₂ im Boden (Carbon Capture Storage – CCS). Diese Investitionen sollten durch den Emissionshandel

finanziert werden, der einen allmählich steigenden CO₂-Preis schaffen soll. Business as usual im grünen Mäntelchen.

Das Treffen wurde als Erfolg angesehen – insbesondere wegen der „New Yorker Erklärung für die Wälder“, weil sich darin „Staaten und Firmen erstmals bei der Rettung der Regenwälder einig“ zeigten und sich die „world leader“ freiwillig verpflichteten, „den Verlust natürlicher Wälder bis 2020 zu halbieren und sich zu bemühen, diesen bis 2030 zu beenden“. Man wolle „dem Privatsektor helfen, die Entwaldung für die Produktion von Agrarrohstoffen wie Palmöl, Soja, Papier und Rindfleisch bis spätestens 2020 [zu] beenden“ – mit dem ganzen Instrumentenkasten des grünen Wachstums und Kapitalismus, also Public-Private-Partnerships, Off-set- und Kompensationsmodelle. Neben 40 Regierungen haben 57 Großkonzerne und 16 indigene Organisationen das Papier unterzeichnet sowie 58 zivilgesellschaftliche Organisationen. Letztere sind in erster Linie große westliche Naturschutzorganisationen, die auch mit Konzernen arbeiten, darunter Birdlife International, CARE, Sierra Club, The Nature Conservancy, WWF, The Royal Society of the Birds, die Yves Roger Foundation und das World Resource Institute sowie kommerzielle Organisationen wie die Rainforest Alliance. Zu den unterzeichnenden Konzernen gehörten die größten Treiber globaler Waldzerstörung: die Deutsche Bank, der weltgrößte Agrarhändler Cargill, die Fast-food-Kette McDonald's, die Konsumgüterkonzerne Nestlé, Procter & Gamble und Unilever sowie das indonesische Papier- und Zellstoffunternehmen Asian Pulp & Paper (PT APP), das zum Konzern Sinar Mas gehört, sowie Wilmar International, größter Palmölkonzern der Welt.

Fokus CO2

Die Versprechen wurden gebrochen. Der Assessment Report, den die Initiative im September 2019 veröffentlichte, kam zu dem vernichtenden Ergebnis, dass sich die Abholzung seit Verabschiedung der Waldschutzerklärung sogar noch beschleunigt hat: Seit 2014 ging eine Waldfläche der Größe Großbritanniens verloren. Bei tropischen Primärwäldern lag der Verlust seit 2014 um 44 Prozent (4,3 Millionen Hektar) höher als zwischen 2002 und 2013 (3,0 Millionen Hektar pro Jahr).¹⁰² 2015 brannte in Indonesien Regenwald auf einer Fläche fünfmal so groß wie Mallorca ab und besonders viele Brandherde wurden auf Konzessionen der

¹⁰⁰ New York Declaration on Forests, 2014, https://www.undp.org/content/dam/undp/library/Environment%20and%20Energy/Forests/New%20York%20Declaration%20on%20Forests_DAA.pdf

¹⁰¹ Calderon Commission, „Better Growth, Better Climate. The New Climate Economy Report“, September 2014, https://newclimateeconomy.report/2014/wp-content/uploads/sites/2/2014/08/NCE-Global-Report_web.pdf

¹⁰² New York Declaration und Forests, Progress Assessment, „Protecting and Restoring Forests: A Story of Large Commitments yet Limited Progress. Five Year Report“, September 2019, https://www.climatefocus.com/sites/default/files/2019NYDF_ES.pdf

Unterzeichner Sinar Mas und Wilmar gefunden.¹⁰³ Greenpeace wies in einer Untersuchung ebenfalls nach, das Nestlé, Procter & Gamble und Unilever Palmöl von jenen Firmen beziehen, auf deren Konzessionen Brände wüteten.¹⁰⁴ 2016 und 2017 wurden global je Waldflächen der Größe Deutschlands vernichtet. In Brasilien nahm die Abholzung für Rinderweiden, Zuckerrohr- und Sojamonokulturen im Mai und Juni 2020 um zwei Drittel zu.¹⁰⁵

Die krude Gleichung, nach der Palmölplantagen helfen sollen, CO₂ einzusparen, stammt von Wilmar International. Mit dieser Berechnungsmethode ließ der Konzern seine Strategie „No Deforestation. No Peat. No Exploitation“ berechnen. Sie scheiterte ebenfalls.¹⁰⁶ Die Rechnung ist ein gutes Beispiel dafür, warum es so problematisch ist, die ökologische Krise auf den Klimawandel und dabei auf den Faktor CO₂ zu reduzieren. Zwar lassen sich mit dieser Messgröße ein zu erwartender Temperaturanstieg skizzieren und entsprechende Klimaziele leichter formulieren. Auf der anderen Seite aber bilden CO₂-Bilanzen, wie sie von Regierungen und Unternehmen erstellt werden, weder den realen Ausstoß von Treibhausgasen ab noch dessen reale Reduktion – und erst recht nicht die Auswirkungen von Produktion und Konsum auf die Biodiversität sowie deren soziale Folgen. Es handelt sich dabei oft um hypothetische Rechnungen. So können dann selbst Palmöl-Monokulturen als Klimaretter gelten, obwohl im Falle der Wilmar-Gleichung schlicht freiwillige Versprechen zu „Null-Entwaldung“ zugrunde lagen sowie Zertifizierungen von FERCs, die ebenfalls unwirksam bleiben.

Im Juni 2020 startete die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) die Kampagne „Race to Zero“ mit dem Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2050 auf Netto-Null zu senken, um globale „Klimaneutralität“ zu erreichen. Einige Staaten haben sich dieses Ziel gesetzt, Japan, Südkorea, USA und Kanada, EU und Deutschland wollen bis 2050, China bis 2060 klimaneutral sein. Auch Großkonzerne, darunter Audi, Bayer, BASF, BP, RWE und Volkswagen, aber auch Konsumgüterkonzerne wie Nestlé, Procter & Gamble und Unilever haben „Net-Zero“-Pläne aufgestellt. Selbst der umstrittene Investment-Manager Blackrock, der immer noch Anteile im Wert von 85 Milliarden Dollar bei Kohlekonzernen hält (darunter bei solchen, die

den Bau weiterer Kraftwerke planen) bekannte sich zur Klimaneutralität bis 2050.¹⁰⁷ Der Ölkonzern Shell verspricht seinen KundInnen „CO₂-neutrales Tanken“ und will für mehrere hundert Millionen Euro Bäume pflanzen, die CO₂ speichern sollen. Gleichzeitig plant das Unternehmen aber neue Öl- und Gasprojekte. Der Dachverband der Fluglinien, IATA, kündigte ebenfalls an, klimaneutral wachsen zu wollen. Airlines bieten ihren Kunden ohnehin schon lange an, den CO₂-Ausstoß ihres Fluges gegen Aufpreis auf das Flugticket zu kompensieren. Die britische Tageszeitung Guardian und die Greenpeace-Recherche-Organisation Unerthed haben die Netto-Null-Versprechen und Kompensationsprojekte von Airlines untersucht. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Gutschriften auf einem zweifelhaften System beruhen. Die Unternehmen schätzten schlicht, wie viel Abholzung ohne ihre Waldprojekte stattgefunden hätte und berechnen daraus verhinderte Emissionen, die sie als Gutschriften weiterverkaufen. Eine Milchmädchenrechnung wie jene von Wilmar.¹⁰⁸ Auch die spanische NGO GRAIN kritisiert die Netto-Null-Versprechen der Konzerne als Greenwashing.¹⁰⁹



© Thomas Victor / Greenpeace

¹⁰³ Friends of the Earth/Walhi, „Palm oil fires rage in Indonesian Borneo“, Oktober 2015, <https://foe.org/blog/2015-10-borneo-in-fire>

¹⁰⁴ Greenpeace 2019

¹⁰⁵ WWF-Analyse „Waldverlust in Zeiten der Corona Pandemie. Holzeinschlag in den Tropen“, 2020, <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Analyse-Waldverlust-in-Zeiten-der-Corona-Pandemie.pdf>

¹⁰⁶ Greenpeace International, „Why we've had enough of broken promises to protect forests“, 10.9.2019, <https://www.greenpeace.org/international/story/24159/palm-oil-wilmar-broken-promises-protect-forests>

¹⁰⁷ Urgewald, „Noch immer nicht konkret genug: BlackRock kündigt neue Maßnahmen in Sachen Klimaverantwortung an“, 26.1.2021, <https://urgewald.org/medien/noch-immer-konkret-genug-blackrock-kuendigt-neue-massnahmen-sachen-klimaverantwortung>

¹⁰⁸ Unerthed, „Top airlines' promises to offset flights rely on 'phantom credits'“, 4.5.2021, <https://unearthed.greenpeace.org/2021/05/04/carbon-offsetting-british-airways-easyjet-verra/>; Patrick Greenfield, „Airlines must reduce emissions instead of offsetting, say experts“, The Guardian, 5.5.2021, <https://www.theguardian.com/environment/2021/may/05/reducing-emissions-should-be-airlines-first-priority-not-buying-carbon-offsets>

¹⁰⁹ GRAIN, „Corporate greenwashing: 'net zero' and 'nature-based solutions' are a deadly fraud“, 17.3.2021, <https://grain.org/en/article/6634-corporate-greenwashing-net-zero-and-nature-based-solutions-are-a-deadly-fraud>

Recht auf Dreck

Die Begriffe „Klimaneutralität“ beziehungsweise „Netto-Null-Emissionen“ bedeuten nicht, dass gar kein CO₂ mehr ausgestoßen wird. Das ist sowieso nicht möglich, Emissionen lassen sich nicht komplett vermeiden. Allerdings steht hinter den Begriffen vor allem der Ansatz, dass der CO₂-Ausstoß kompensiert, also an anderer Stelle eingespart werden soll. Dieser Ausgleich erfolgt zum Beispiel durch Emissionsgutschriften, die etwa aus Klimaschutzprojekten vor allem im Globalen Süden stammen, oder von Kohlenstoffmärkten. Schon lange werden Kompensationsmodelle als Ablasshandel kritisiert, der dafür sorgt, dass alles bleiben kann, wie es ist: „Es wird suggeriert, ‚unsere‘ (imperiale) Lebensweise, unser Konsum an Materialien, unser Verkehrsmodell könnten einfach fortgeführt werden, sofern wir es CO₂-neutral hinbekommen“, kritisiert Thomas Fatheuer vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), „der CO₂-Reduktionismus ist ein Gegenentwurf zu einer umfassenden ökologischen und sozialen Transformation.“¹¹⁰ Nun werden via Offsets und Kompensierungen auch noch Klima- und Naturschutzbemühungen auf die Länder des Südens abgewälzt.

Wie bei den Zertifizierungen sind auch bei Kompensationen und beim Zertifikatehandel die Probleme systemimmanent: Sie sind an die Zerstörung von Natur und Klima gekoppelt. Es sind Verschmutzungsrechte – und wer genug Geld, Macht und Einfluss hat, kann sich das Recht auf Dreck oder Zerstörung kaufen. Das wiederum legitimiert die Wirtschaftsweise der größten Verschmutzer und stärkt den Einfluss jener Konzerne, die eine konsequente Klima- und Biodiversitätspolitik schon lange verhindern. Aus diesem Grund scheiterte damals auch der Europäische Emissionshandel (EU ETS), der seit 2005 die Emissionen der Kraftwerke und der energieintensiven Industrien sowie seit 2012 auch des innereuropäischen Luftverkehrs senken soll. Die EU-Kommission legt jedes Jahr fest, wie viele Tonnen Treibhausgase ausgestoßen werden dürfen, und gibt eine begrenzte Menge Zertifikate an jene Unternehmen aus. Verursachen sie mehr Treibhausgase, müssen sie Zertifikate kaufen. Je teurer diese sind, so die Theorie, desto eher würde die Industrie in emissionsarme Technologien investieren und ihren Ausstoß senken. Doch LobbyistInnen war es gelungen, dass die EU so viele günstige und kostenlose Zertifikate an sie verteilte,

dass der Preis pro Tonne unter fünf Euro sank. So konnten sich selbst die größten Verschmutzer mit jeder Menge Emissionszertifikate eindecken, um ihren CO₂-Ausstoß zu senken. Allerdings nur auf dem Papier. Erst als dem Markt Zertifikate entzogen und eine europaweite Emissionsobergrenze (Cap) eingeführt wurde, stiegen die Preise. Auch Spekulationen hatten daran ihren Anteil. Vor allem aber hatte die Zuteilung von Freizertifikaten gerade energieintensiven Industrien erlaubt, satte Zusatzgewinne einzufahren, anstatt dass sie ihren CO₂-Ausstoß nennenswert reduzierten: Neun in einer Studie untersuchten Industrieunternehmen konnten bis Ende 2012 CO₂-Emissionsberechtigungen im Wert von mehr als einer Milliarde Euro verkaufen, die sie nicht für die Abgabepflicht ihrer Anlagen einsetzen mussten.¹¹¹

Klima gegen Biodiversität

Die Fokussierung auf „Klimaneutralität“ und die Bepreisung von CO₂ birgt noch ein anderes Problem. Sie spielt Klimakrise und Biodiversitätskrise gegeneinander aus: Wenn der Fokus von Maßnahmen alleine auf Messung und Quantifizierung des CO₂-Ausstoßes liegt, kann (vermeintlicher) Klimaschutz die Zerstörung von Biodiversität sogar noch vorantreiben. Das dramatischste Beispiel dafür sind Agrotreibstoffe. So verlangte die Erneuerbare-Energie-Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und Rates, dass 20 Prozent des Endenergieverbrauchs und zehn Prozent des Kraftstoffs im Verkehrssektor bis 2020 aus erneuerbaren Energien stammen sollen.¹¹² So sollte gemäß Kyoto-Protokoll der CO₂-Ausstoß gesenkt werden, während gleichzeitig der Verkehrssektor in Europa bis 2010 jedes Jahr um zwei Prozent wachsen sollte.¹¹³ Auch dahinter steckte eine allzu simple Rechnung: Bei der Verbrennung von Pflanzenkraftstoff gelange nur so viel CO₂ in die Luft, wie die Pflanze vorher gebunden habe. Somit sei Biosprit „CO₂-neutral“. Rechnet man jedoch den Klimaschaden in den Anbauländern mit ein, der durch die Zerstörung von Wäldern und Torfböden entsteht, produziert Biodiesel 80 Prozent mehr Emissionen als fossiler Diesel. Die Globium-Studie, die die EU 2013 in Auftrag gab und deren Ergebnisse sie monatelang nicht veröffentlichte, belegt, dass auf Palmöl basierender Kraftstoff sogar dreimal so

¹¹¹ Öko-Institut e. V. (im Auftrag des WWF), „Die Zusatzgewinne ausgewählter deutscher Branchen und Unternehmen durch den EU-Emissionshandel“, 13.3.2014, <https://www.oeko.de/oekodoc/1996/2014-016-de.pdf>

¹¹² Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0028>

¹¹³ Richtlinie 2003/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32003L0030>

¹¹⁰ Thomas Fatheuer, Gefahren der Klimadebatte, Südklink 188/Juni 2019, <https://www.inkota.de/index.php?id=2610>



klimaschädlich ist.¹¹⁴ Dafür sind laut Studie nicht nur die Abholzung von Wäldern und die Trockenlegung von Torfböden, sondern auch die sogenannten indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) verantwortlich: Die Expansion der Anbauflächen für Agrosprit führt auch dazu, dass die Lebensmittelproduktion ausweichen muss, wofür ebenfalls Wälder gerodet und biologisch wertvolle Flächen genutzt werden. Oft ist dieser Umwandlung auch die Vertreibung von KleinbäuerInnen und Landlosen vorausgegangen.

Nach jahrelanger Kritik aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft an Biosprit überarbeitete die EU zwar die Erneuerbare-Energie-Richtlinie. Sie begrenzte die Verwendung von Agrartreibstoffen und setzte zum Ziel, ab 2030 kein Palmöl mehr im Biodiesel zu verwenden. Doch der Schaden, den die EU vor allem in Indonesien und Malaysia angerichtet hat, ist immens: Die EU als drittgrößter Palmöl-Importeur der Welt hat die Vernichtung von Wäldern dort erst vorangetrieben.¹¹⁵ Die Fläche, auf der Palmöl für europäischen Biodiesel wächst, ist sechseinhalbmal so groß wie die Insel Mallorca, die Wälder und Torfböden, die dafür weichen mussten, sind unwiederbringlich verschwunden. Nichts belegt so deutlich das Scheitern eines grünen Kapitalismus wie die Biosprit-Strategie.

Problem Aufforstung

Zu den Netto-Null-Zielen gehören auch die sogenannten negativen Emissionen. Das sind Methoden und Technologien, die der Atmosphäre CO₂ entziehen sollen, etwa durch Aufforstung, Landnutzungsänderungen oder Geoengineering. Der 1,5-Grad-Report des Weltklimarats (IPCC) zählt negative Emissionen zu den Instrumenten gegen die Klimakrise. Zu den am häufigsten diskutierten Technologien dafür zählt BECCS (Bioenergy with Carbon Capture and Storage), das Speichern von CO₂ mithilfe gigantischer Pflanzenanlagen zur Gewinnung von Bioenergie. Werden die Pflanzen zur Energiegewinnung verbrannt, sollen die Treibhausgase aufgefangen und unterirdisch gespeichert werden.¹¹⁶ In jenem IPCC-Sonderbericht enthalten drei der vier Modellpfade zu negativen Methoden das Instrument BECCS.¹¹⁷

Doch BECCS ist höchst umstritten: Um damit die vom Pariser Klimaschutzabkommen festgelegte Emissionsgrenze zu erreichen, müssten dafür auf einem Drittel des weltweiten Ackerlandes Energiepflanzen wachsen. Die Folgen wären sogar noch verheerender als beim Biosprit: Phil Williamson von der University of East Anglia ist sogar überzeugt, dass ein großflächiger Einsatz dieser Technologie mehr Arten zum Aussterben bringen würde als ein Temperaturanstieg von 2,8 Grad.¹¹⁸

Aber bereits heute sorgen Kompensationswerkzeuge für Probleme. Etwa die „Nature Based Climate Solutions“, also naturbasierte Klimalösungen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um gigantische Aufforstungsprogramme – abermals vor allem im Globalen Süden. Im Januar 2020 lancierte das Weltwirtschaftsforum in Davos die Initiative „One-Trillion-Trees“, ein Multi-Stakeholder-Projekt aus Unternehmen, Regierungen und NGOs.¹¹⁹ Selbst Ex-US-Präsident Donald Trump zeigte sich begeistert. Zu den größten globalen Aufforstungsprogrammen gehört die Bonn Challenge, die 2011 gegründet wurde. Zu den Initiatoren gehören die Weltnaturschutzunion (IUCN), die deutsche Bundesregierung und die Global Partnership on Forest and Landscape Restoration.¹²⁰ 350 Millionen Hektar entwaldete Fläche will die Initiative wieder mit Bäumen bepflanzen. Allerdings ist umstritten, wie groß der Beitrag neuer Bäume zum Klimaschutz wirklich ist: Nicht alle Bäume speichern gleich viel CO₂, manche Bäume müssen erst viele Jahre bis Jahrzehnte wachsen, bis sie richtig große Mengen CO₂ speichern können. Klimatische Veränderungen führen bereits heute vermehrt zu Waldbränden, machen Bäume für Schädlinge anfällig und schwächen ihre Kapazitäten, CO₂ zu speichern. Fallen also die neu gepflanzten Bäume Waldbränden zum Opfer oder werden abgeholzt, bringen sie das CO₂ wieder in die Atmosphäre ein. Tatsächlich scheitern neun von zehn Aufforstungsprojekten.¹²¹ Vor allem aber: Die Pflanzung neuer Bäume kann den grassierenden Verlust von Urwäldern nicht wettmachen. Viel wichtiger wäre es also, den Waldverlust zu stoppen, anstatt ihn ausgleichen zu wollen. Stattdessen tragen Aufforstungen aber noch auf andere Weise zur Klimakrise und zum Verlust der Artenvielfalt bei. Sie ermöglichen es Konzernen, die von FERCs abhängig sind, via Kompensation

114 Ecofys, IASA, E4tech (im Auftrag der Europäischen Kommission), The land use change impact of biofuels consumed in the EU. Quantification of area and greenhouse gas impacts*, 15.8.2015, https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/Final%20Report_GLOBIOM_publication.pdf

115 Zwischen 2010 und 2014 hat sich die Bemischung von Palmöl in Biosprit in der EU laut der NGO Transport & Environment von 456.000 Tonnen auf 3,2 Millionen verdreifacht. Transport & Environment, „Cars and trucks burn almost half of all palm oil used in Europe“, 31.5.2016, <https://www.transportenvironment.org/press/cars-and-trucks-burn-almost-half-all-palm-oil-used-europe>

116 Heinrich-Böll-Stiftung, „Factsheet BECCS: Bioenergie mit CO₂ abscheidung und -speicherung“, <https://www.boell.de/de/2021/01/08/beccs-bioenergie-mit-co-2-abscheidung-und-speicherung>

117 IPCC, 2018 Global Warming of 1.5 °C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5 °C above preindustrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts

to eradicate poverty, https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Full_Report_High_Res.pdf

118 Phil Williamson, „Biodiversity risks of climate control“, Nature, 22.1.2018, <https://www.nature.com/articles/s41559-017-0460-8?platform=oscar&draft=collection>

119 <https://www.1t.org>

120 <https://www.bonnchallenge.org>

121 Philip Bethge, Susanne Götze, Das Millionengeschäft mit den Klimabäumen, Der Spiegel 15/2021, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klima-das-millionengeschaeft-mit-den-klimabaeumen-a-a8944b4b-0002-0001-0000-0001770621>

ihr lukratives Kerngeschäft weiterzuführen, das zwangsläufig mit der Zerstörung von Naturwäldern und Biodiversität verbunden ist.

Ökonomisierung von Natur

„Naturebased solutions“ machen Natur zur Ware wie Palmöl, Soja und andere Cash Crops. Wälder werden zu Assets. Ihr Erhalt ist damit an ihren wirtschaftlichen Wert gekoppelt – im Falle der Kompensationsgeschäfte an ihre Dienstleistung der CO₂-Speicherung. In diesem Zusammenhang kann man sagen: CO₂ ist die Währung des grünen Kapitalismus. Auf der Homepage der One-Trillion-Trees-Initiative schwärmt etwa die Corporate Alliance von „business opportunities“ im Wert von 230 Milliarden Dollar durch Bewirtschaftung, Wiederherstellung, Bewahrung und nachhaltiges Management von Wäldern sowie von 16 Millionen Jobs weltweit.

So wird der Zertifikatehandel auf immer neue Bereiche ausgeweitet. In Brasilien können LandbesitzerInnen Renaturierungsgutschriften erwerben, um illegal gerodete Flächen auszugleichen, anstatt sie wiederherzustellen. Gehandelt werden sie unter anderem an der Bolsa Verde do Rio de Janeiro (BVRio), der Grünen Börse. Laut der Biologin und Waldexpertin Jutta Kill, die unter anderem das World Rainforest Movement berät, hat der Gutschriftenhandel den Landraub vorangetrieben. In abgelegenen Amazonasgebieten sollen spekulative Landkäufe getätigt worden sein, um mit Renaturierungsgutschriften Geschäfte zu machen.¹²² In Deutschland wird gerade im Modellversuch der Zertifikatehandel mit Land erprobt, der den Flächenverbrauch eindämmen soll, der seinerseits Biodiversität zerstört: Kommunen, die weniger Flächen bebauen, können dann Zertifikate an solche verkaufen, die mehr bauen wollen, als sie Flächen dafür ausweisen können. Dabei haben bereits zuvor Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg Gesetze ausgehebelt, um mehr Ackerfläche der Landwirtschaft zu entziehen, um darauf Gewerbegebiete und Eigenheimsiedlungen zu ermöglichen.

Der Flächenfraß und die Versiegelung von Böden durch Gewerbe- und Wohngebiet sowie Straßen gehört ebenfalls zu den Treibern des Biodiversitätsverlustes.

Die Idee des „Naturkapitals“ stammt von Pavan Sukhdev, ehemals Managing Director in Indien

bei der Deutschen Bank. Er wurde 2007 von der EU-Kommission beauftragt, den Wert der monetären Biodiversität zu berechnen. „Derzeit bezahlt niemand für die Leistungen, die uns Ökosysteme bieten. Deshalb bekommen Menschen, die diese Systeme erhalten sollen, auch kein Geld dafür. Es fehlt also ein wirtschaftlicher Anreiz, das Richtige zu tun. Deshalb müssen wir erst einmal einen Markt schaffen“, sagt Sukhdev.¹²³ Demnach würde Natur nur deshalb ausgebeutet oder zerstört, weil ihre „Dienstleistungen“ – also die Bereitstellung von sauberer Luft, Wasser, Nahrung und Gesundheit – kostenlos seien und damit „nichts wert“. Wenn aber die Natur selbst Quelle des Profits wäre, würde sie automatisch geschützt – ganz ohne Ordnungspolitik, sondern ausschließlich mit grünen Marktmechanismen. Sukhdev, der sich selbst als „totalen Kapitalisten“ bezeichnet, ist heute Präsident der konzernnahen Naturschutzorganisation WWF.¹²⁴

Die Aufforstungsprojekte zur CO₂-Kompensation belegen allerdings das Gegenteil: Sie sind selbst Quelle der Zerstörung. 2019 belegte eine Studie des Londoner University College und der University of Edinburgh, dass beinahe die Hälfte der degradierten Flächen, die die teilnehmenden Länder der Bonn Challenge, etwa Indien, China und Brasilien, wieder aufforsten wollen, mit industriellen Monokulturen bepflanzt werden sollen¹²⁵ – mit schnell wachsenden Eukalyptusbäumen, die wiederum die Böden extrem austrocknen und dadurch nicht nur Biodiversität schädigen, sondern außerdem die Gefahr für Waldbrände erhöhen. Einer Untersuchung der Stanford University von 2020 zufolge beinhalten 80 Prozent der Zusagen zur Bonn Challenge Monokulturen oder gemischte Wirtschaftswälder.¹²⁶ William John Bond von der Universität Kapstadt wiederum kritisiert, dass die Bonn Challenge besonders den afrikanischen Kontinent ins Auge gefasst habe, dessen weite Flächen von Grasland und Savannen ebenfalls mit Bäumen bepflanzt werden sollen. So wolle die Initiative AFR100, ein aus der Bonn Challenge entstandenes und von der Weltbank sowie Forstunternehmen finanziertes Projekt, bis 2030 auf mindestens zehn Millionen Hektar Land Bäume pflanzen.¹²⁷ 28 Staaten haben sich bereits zur Bewaldung verpflichtet. Allerdings sind Savannen und Graslandschaften ein einzigartiges Ökosystem und Lebensraum vieler Tiere und

¹²³ „Put a value on nature!“, Ted-Talk mit Pavan Sukhdev, https://ted2srt.org/talks/pavan_sukhdev_put_a_value_on_nature

¹²⁴ <https://www.irishtimes.com/life-and-style/people/the-capitalist-environmentalist-and-the-price-of-nature-1.608632>

¹²⁵ Simon L. Lewis, Charlotte E. Wheeler et al., „Restoring natural forests is the best way to remove atmospheric carbon“, Nature, 2.4.2019, <https://www.nature.com/articles/d41586-019-01026-8>

¹²⁶ Stanford Woods Institute for the Environment, Rob Jordan, „Poorly designed tree-planting campaigns could do more harm than good, according to Stanford researcher and others“, 22.6.2020, <https://news.stanford.edu/2020/06/22/planting-trees-threatens-forest>

¹²⁷ <https://afr100.org>

¹²² Interview der Autorin mit Jutta Kill in: Kathrin Hartmann, Die Grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell, Blessing 2018; siehe auch: Jutta Kill, Brasilien: Naturschutz mit Zertifikaten?, 11.1.2013, <https://www.boell.de/en/node/276974>

Pflanzen, das durch Aufforstung – insbesondere von Monokulturen – zerstört wird.¹²⁸

„Der Handel mit CO₂-Zertifikaten oder anderen monetären Ökosystemdienstleistungen setzt in der Regel Privateigentum an diesen ‚Naturdienstleistungen‘ voraus. So stellt sich die Frage, wem der Wald mit dem CO₂-speichernden Boden, das Moor oder die Luft gehören“, schreibt Barbara Unmüßig, Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung.¹²⁹ Letztlich handelt es sich um eine Privatisierung von Natur, die außerdem die globale Ungerechtigkeit verstärkt: Der reiche Norden eignet sich Natur und Wälder im Globalen Süden an, um sein so profitables wie klimaschädliches Wirtschaften erhalten zu können.

3. Grüner Landraub

Wie Indigene und KleinbäuerInnen für Klima- und Naturschutz vertrieben werden

30 Prozent der Erdoberfläche will die Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen (Convention of Biodiversity – CBD) bis 2030 unter Schutz stellen. 50 Staaten und Regierungen unterstützen diese Forderung, die das Artensterben aufhalten soll. Deutschland, Österreich und die Schweiz sowie die EU sind sogar der „High Coalition Ambition for Nature and People“ beigetreten, die diese Forderung besonders vehement vertritt. Allerdings hat die Europäische Union einen gewaltigen Anteil am Verlust der Biodiversität weltweit. Die EU importiert 36 Prozent aller landwirtschaftlichen und tierischen Güter aus globaler Waldzerstörung, nämlich Palmöl, Soja, Kakao, Kaffee, Rindfleisch und Tropenholz.¹³⁰ Eine Abkehr davon – also eine Wirtschafts- und Produktionsweise, die mit einem Verzicht auf oder einer deutlichen Reduktion dieser Rohstoffe einhergeht – ist nicht in Sicht.

Das 30/30-Ziel soll bei der 15. Vertragskonferenz der CBD im Post-2020-Rahmenwerk für biologische Vielfalt (Global Biodiversity Framework – GBF) verankert werden. Einigen ist selbst das nicht genug: So fordern große internationale Naturschutzorganisationen, zoologische Gesellschaften und BiologInnen sogar noch weit mehr, nämlich die

Hälfte des Planeten zum Schutzgebiet zu machen. Zum Beispiel die Stiftung des US-amerikanischen Evolutionsbiologen Edward Osborne Wilson, die das „Half Earth Project“ ins Leben gerufen hat, die Initiative „Nature needs Half“ der Wilderness Foundation Global sowie die Kampagne für einen „Global Deal for Nature“, finanziert von der Sustainable Markets Foundation. Für viele Menschen im Globalen Norden, die um den Zustand des Planeten besorgt sind, klingt es nach einer tollen Idee, möglichst viel Fläche unter Schutz zu stellen – eine entsprechende Petition bei Avaaz.org unterzeichneten bis heute rund 2,5 Millionen Menschen.

Natur ohne Menschen

Für die Menschen im Globalen Süden sind solche Ankündigungen hingegen eher eine Drohung. Denn die Einrichtung von menschenleeren, abgeriegelten Nationalparks und Schutzgebieten hat seit der Kolonialzeit mindestens 130 Millionen Indigene weltweit zu Naturschutzflüchtlingen gemacht.¹³¹ Mehr als 70 Prozent solcher Parks in tropischen Regionen sind heute unbewohnt. Es sind vor allem große Naturschutzorganisationen wie WWF, Conservation International, Wildlife Conservation Society oder Birdlife sowie große zoologische Gesellschaften aus Europa oder den USA, die, oft unterstützt von ihren eigenen Regierungen, solche Gebiete einrichten. Vor allem in Asien und Afrika. Die lokale Bevölkerung und indigene Gemeinschaften sind in solche Vorhaben kaum involviert. Erst 2007 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Deklaration über die Rechte indigener Völker, die allerdings nicht rechtsverbindlich ist.

Für die fatale Vorstellung von „Wildnis“ und „unberührter Natur“ wurden und werden sie von ihrem fruchtbaren Land und aus ihren Wäldern vertrieben, von und mit denen sie lebten, damit die Reichen aus dem Norden dort auf Safari und Großwildjagd gehen oder neuerdings dort „Ökotourismus“ betreiben können. Das Konzept eines solchen „Festungsnaturschutzes“ dominiert bis heute: Indigene, Wald- und KleinbäuerInnen werden „umgesiedelt“ oder es wird ihnen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt erlaubt, ihr Land als Lebensgrundlage zu nutzen, wenn es erst einmal – oft ohne ihre Zustimmung – zum Schutzgebiet erklärt wurde. Das reicht bis zum tödlichen Paradigma des „wehrhaften Artenschutzes“, für den in Afrika – zum Beispiel in Kamerun oder im Kongobecken – Wildhüter militärisch ausgebildet werden. Dort kommt es immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen,

¹²⁸ William John Bond, „Den Wald vor lauter Bäumen: Aufforstungen bringen dem Klima wenig“, Welternährung, 3/2020, <https://www.welthungerhilfe.de/welternahrung/rubriken/klima-ressourcen/aufforstung-gegen-den-klimawandel>
¹²⁹ Heinrich-Böll-Stiftung, Barbara Unmüßig, „Vom Wert der Natur. Sinn und Unsinn einer Neuen Ökonomie der Natur“, Februar 2014, https://www.boell.de/sites/default/files/140220_e-paper_vom_wert_der_natur.pdf

¹³⁰ Greenpeace in Zentral- und Osteuropa, „Der Heißhunger der EU. Wie die Europäische Union die Globale Waldzerstörung befeuert“, Wien, September 2011, https://greenpeace.at/assets/uploads/pdf/presse/2020_GP-Report_Rohstoffe-EU.pdf

¹³¹ Mark Dowie, „Conservation Refugees. The Hundred-Year-Conflict between Global Conservation and Native People“, Massachusetts 2001

zu Gewalt gegen die lokale Bevölkerung bis hin zum Mord an Indigenen, gegen deren Willen diese Parks eingerichtet wurden und die nun als „Wilderer“ kriminalisiert werden.¹³²

Die britische Rainforest Foundation hat zusammen mit der Universität Helsinki 34 Schutzgebiete in fünf afrikanischen Ländern im Kongobecken untersucht, an deren Einrichtung oder Unterstützung unter anderem der WWF und die Wildlife Conservation Society beteiligt waren.¹³³ Sie fanden heraus, dass in 26 Schutzgebieten im Kongo-becken indigene und bäuerliche Gemeinschaften entweder teilweise oder komplett umgesiedelt wurden. In 20 Gebieten habe es Konflikte zwischen der lokalen und indigenen Bevölkerung und Park-rangern gegeben. In nur zwölf geschützten Arealen seien die Menschen überhaupt zu irgendeinem Zeitpunkt konsultiert worden. So sei das Tumba-Lediima-Reservat 2006 ohne die Konsultation der 120.000 Menschen eingerichtet worden, die in und von diesem Wald lebten. In nur vier Gebieten seien Indigene in Management-Entscheidungen eingebunden gewesen und es sei nur ein Beispiel gefunden worden, bei dem Konsultationen zu Bewirtschaftungs- und Zonierungsentscheidungen in Übereinstimmung mit den Interessen der Gemeinschaft geführt hätten. „In den übrigen Fällen wurde der Ansatz verfolgt, den Zugang zu und die Nutzung von Waldressourcen strikt von oben nach unten einzuschränken, ohne die üblichen Schutzpraktiken oder traditionelles Wissen zu berücksichtigen“, heißt es in dem Report.



© Denisa Šterbová / Greenpeace

Grüner Kolonialismus

In den vergangenen rund 150 Jahren wurden weltweit rund 100.000 Nationalparks und Schutzgebiete eingerichtet. Sie bedecken etwa 15 Prozent der gesamten Erdoberfläche. Das 30/30-Ziel der Vereinten Nationen will die doppelte Fläche in nur zehn Jahren erreichen. Das sorgt, besonders im Hinblick auf die sozialen Verwerfungen und die Menschenrechtsverletzungen, die dabei zu erwarten sind, für heftige Kritik: Mehr als 200 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sowie -expertInnen protestieren mit einem offenen Brief an die Biodiversitätskonvention gegen das UN-Vorhaben.¹³⁴ Sie kritisieren, dass das 30-Prozent-Ziel festgelegt worden sei, ohne die sozialen Folgen und die tatsächliche Wirksamkeit des bisher geltenden 17-Prozent-Schutzziels bis 2020 (Aichi Biodiversity Target 11) evaluiert zu haben. Sie warnen davor, dass in der Folge mindestens 300 Millionen Menschen im Namen des Natur- und Klimaschutzes ihre Heimat und Lebensgrundlage verlieren würden. Die Zahl leitet sich unter anderem aus einer Untersuchung ab, die Judith Schleicher, Geografin der Universität Cambridge, mit ihrem Team für das Fachmagazin Nature durchgeführt hat.¹³⁵ Sie haben berechnet, dass die „Half-Earth“-Forderungen eine Milliarde Menschen gefährden, die in den zu schützenden Gebieten leben. Die Untersuchung „Common Ground. Securing land Rights and Safeguarding the Earth“, die 2016 von Oxfam und der International Land Coalition veröffentlicht wurde, schätzt, dass bis zu 2,5 Milliarden Menschen von indigenem und gemeinschaftlich genutztem Land abhängig sind.¹³⁶ Dieses würde die Hälfte des Landes auf der Erde ausmachen. Aber nur für etwa ein Fünftel davon hätten diese Menschen verbriefte Landrechte. Der Großteil der Fläche, auf und von der sie leben, ist ungeschützt und damit gefährdet durch Landraub. Archana Soreng, indigene Umweltaktivistin des indischen Kharia-Stammes, Vertreterin indigener Jugendlicher und Mitglied der „Youth Advisory Group on Climate Change“ des UN-Generalsekretärs, warnte bei der UN-Biodiversitätskonferenz Ende September 2020 deshalb ebenfalls vor der Umsetzung des 30-Prozent-Ziels: „Uns von unserem Land zu entfernen, ist zutiefst kolonial und umweltschädlich.“¹³⁷

132 Siehe etwa taz-Rechercheprojekt @Grüne Armee. „Militarisierter Naturschutz in Afrika“, <https://taz.de/Schwerpunkt-Grüne-Armee/!t5605400>; John Mbaria, Mordechai Ogada, „The Big Conservation Lie“, Auburn 2017

133 Rainforest Foundation (Hrsg.), „Protected Areas in the Congo Basin: Failing Both People and Biodiversity?“, London/Helsinki 2016, <https://www.rainforestfoundationuk.org/media.aspx/protected-areas-in-the-congo-basin-failing-both-people-and-diversity-english.pdf>

134 „NGO concerns over the proposed 30% target for protected areas and absence of safeguards for Indigenous Peoples and local communities“ (Offener Brief vom 20 April 2021), <https://assets.survivalinternational.org/documents/1972/en-fr-es-it-de-200928.pdf>

135 Schleicher, Judith., Zaehring, Julia G., Fastré, Constance et al., „Protecting half of the planet could directly affect over one billion people“, Nat. Sustain. 2, 1094–1096 (2019), <https://www.nature.com/articles/s41893-019-0423-y>

136 Oxfam, International Land Coalition, Rights and Resources Initiative, „Common Ground. Securing Land Rights and Safeguarding the Earth“, Oxford 2016, https://rightsandresources.org/wp-content/uploads/2016/04/Global-Call-to-Action-Common-Ground-Land-Rights_April-2-16_English.pdf

137 UN-Pressmitteilung, „Make Bold Environmental Action Central Focus

Laut der Studie „Parks need Peoples“ der NGO Survival International sind 80 Prozent der biologisch vielfältigsten Gebiete der Erde gleichzeitig Heimat indigener Gemeinden. Sie sind der Grund dafür, dass es diese Naturparadiese überhaupt noch gibt.¹³⁸ Jetzt sind sie und ihr Land nicht mehr nur durch Cash-Crop-Plantagen und Rohstoff-Minen bedroht, sondern auch noch durch Schutzgebiete. Es ist ein grüner Kolonialismus: Schutzgebiete sollen nicht nur die Expansion von Monokulturen und Bergbau vor Ort ausgleichen, die Rohstoffe vor allem in den Norden exportieren. Sie selbst sollen diesem außerdem als Kompensationsmechanismus dienen, damit Regierungen und Großkonzerne ihre Emissionen mittels Zertifikate senken können. Eine fatale Täter-Opfer-Umkehr: Schließlich stößt das reichste Prozent mehr als doppelt so viel CO₂ aus wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen.¹³⁹

In ihrem offenen Brief an die Biodiversitätskonvention fordern die Unterzeichnenden, dass die Biodiversitäts-Rahmenkonvention „kollektive und gewohnheitsmäßige Landbesitzsysteme anerkennen und schützen“ sowie „starke, durchsetzbare Schutzmaßnahmen für indigene Völker und andere landabhängige Gemeinschaften“ beschließen müsse, die „für alle neuen und bestehenden Schutzgebiete gelten.“¹⁴⁰ Ihr Recht auf Land, Ressourcen und Selbstbestimmung sowie ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung bei Projekten, die ihr Land betreffen, müsse garantiert und respektiert werden. Unter diesen Voraussetzungen plädiert auch Greenpeace für einen Schutz von 30 Prozent bis 2030 und 50 Prozent bis 2050. Die Degradierung aller natürlichen Ökosysteme muss gestoppt werden. Insbesondere von Primärwäldern, Torfmooren und anderen Lebensräumen, die für die biologische Vielfalt, das Klima und andere Ökosystemleistungen, die für die Lebensgrundlagen aller entscheidend sind.

Kommerzielle Schutzprojekte insbesondere von Primärwäldern, Torfmooren und anderen Lebensräumen, die für die biologische Vielfalt, das Klima und anderer Ökosystemleistungen, entscheidend sind

Oft handelt es sich um kommerzielle Schutzprojekte, die nach dem Prinzip der Ökosystemdienstleistungen funktionieren sollen. Einer der bis heute umstrittensten Mechanismen, gewissermaßen der Vorläufer der in Kapitel II.2. diskutierten „naturbasierten Lösungen“, ist das UN-Programm zur Minderung von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation – REDD). Die Idee dahinter, dass Regierungen und Unternehmen im Globalen Süden vom Globalen Norden finanziell belohnt werden, wenn sie Wald erhalten, stammt ursprünglich von den Regenwaldnationen, darunter Indonesien. Doch dann bemächtigte sich die Weltbank dieser Idee und Entwicklungsbanken wie die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Konzerne wie Walt Disney, Airlines und private Stiftungen steckten Milliarden in REDD-Projekte zur (künftigen) CO₂-Reduktion. 2005 fand REDD als Instrument auch Eingang in die UN-Klimaverhandlungen. Auf diese Weise sollte sich der Schutz dieser Wälder durch den Zertifikatehandel gleich selbst finanzieren, weil der Erhalt von Bäumen finanziell lukrativer sei als ihre Fällung.¹⁴¹ REDD+ beinhaltet nicht nur, dass Abholzung verhindert werden soll, sondern auch die Emissionsminderung durch Waldschutz, nachhaltige Waldnutzung und Aufforstung. So ging es also darin nicht um einen prinzipiellen Entwaldungsstopp, sondern um die monetäre Dienstleistung von Bäumen als Kohlenstoffspeicher. Die Datenbank der FAO und Weltbank wies zeitweise bis zu 2.000 freiwillige REDD+-Projekte weltweit auf, mischfinanziert von Staaten, Unternehmen und NGOs. Von Anfang an wurde das Konzept kritisiert, insbesondere aus dem Globalen Süden, wo REDD+ zu Landkonflikten führte.¹⁴² Nach mehr als 15 Jahren ist belegt, dass REDD+ weder die Emissionen senken noch Wälder vor ihrer Zerstörung bewahren konnte.¹⁴³

Die britische Naturschutzorganisation Birdlife beschreibt sich selbst als „World Leader in Big

of Post Pandemic Economic Recovery, Speakers Urge as General Assembly Holds First Ever Global Biodiversity Summit“, 30.9.2020, <https://www.un.org/press/en/2020/ga12274.doc.htm>
 138 Survival International (Hrsg.), „Parks need peoples. Why evictions of tribal communities from protected areas spell disaster for both people and nature“, 2014, <http://assets.survivalinternational.org/documents/1324/parksneedpeoples-report.pdf>
 139 <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark>
 140 „NGO concerns over the proposed 30% target for protected areas and absence of safeguards for Indigenous Peoples and local communities“ (Offener Brief vom 20. April 2021), <https://assets.survivalinternational.org/documents/1972/en-fr-es-it-de-200928.pdf>

141 Jutta Kill, REDD: Marktkonformer Waldschutz mit Tücken, Heinrich-Böll-Stiftung, 10.3.2020, https://www.boell.de/de/2016/10/10/marktkonformer-waldschutz-redd?dimension1=ds_oekonomie_natur_de
 142 Siehe: Chris Lang, REDD-Monitor, <https://redd-monitor.org>
 143 Jutta Kill, REDD+: Ein verlorenes Jahrzehnt für den internationalen Waldschutz, Heinrich-Böll-Stiftung, 17.1.2019, <https://www.boell.de/de/2019/01/17/redd-ein-verlorenes-jahrzehnt-fuer-den-internationalen-waldschutz>

Conservation“. Zu den Birdlife-Projekten gehören auch die „Wälder der Hoffnung“ (Forests of Hope). Weil 90 Prozent der tropischen Wälder immer noch ungeschützt seien, will die Organisation nach eigener Aussage „den Erhalt dieser Wälder außerhalb von Schutzgebietsnetzwerken gewährleisten, zum Beispiel durch Lizenzen zum Erhalt intakter und zur Wiederherstellung degradierter Wälder“. Birdlife will damit auch den REDD+-Mechanismus unterstützen.¹⁴⁴

„Wälder der Hoffnung“

Der erste „Wald der Hoffnung“ und Modellprojekt für die vierzehn anderen aktuell auf der Homepage aufgeführten „Wälder der Hoffnung“ von Birdlife ist der Hutan Harapan auf Sumatra. Er vereint beides: die Idee der kommerziellen Ökosystemrestauration und REDD+. Doch was Birdlife auf der Homepage als Erfolg anführt, führte zu einem über Jahre andauernden Landkonflikt mit dem indigenen Stamm der Batin Sembilan und mit KleinbäuerInnen, die sich im Schutzgebiet zuvor und währenddessen angesiedelt hatten. Der Hutan Harapan ist ein Stück Tieflandregenwald, das inmitten einer gigantischen Palmölplantage übrig geblieben ist. Auf dem heutigen Schutzgebiet hatte der staatliche Papierkonzern PT Asia Log bis 2007 die Lizenz zur Abholzung. Die indonesische Regierung führte 2004 eine Lizenz zur Ökosystemrestauration ein, für den Hutan Harapan wurde sie 2008 zum ersten Mal an die Restaurierungsfirma PT Restorasi Ekosistem Inonesia (PT REKI) vergeben. Die Lizenz verpflichtet, den Wald zu erhalten und wiederherzustellen, Abholzung und die Umwandlung in landwirtschaftliche Flächen ist verboten. Der Wald soll schließlich „nachhaltig“ bewirtschaftet werden und lukrativ sein, um seinen Erhalt zu finanzieren – indem man ihn etwa für den sogenannten Ökotourismus öffnet.

Der Hutan Harapan wurde von der Royal Society for the Protection of the Birds, Birdlife, Naturschutzbund und Burung Indonesia entwickelt und war eines der größten von 470 Klima- und Biodiversitätsschutz-Projekten in Schwellen- und Entwicklungsländern der Internationalen Klimaschutzinitiative des deutschen Bundesumweltministeriums. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) förderte den Hutan Harapan mit 7,5 Millionen Euro. Auch die dänische Entwicklungsorganisation Danida und Singapore Airlines gehören zu den Financiers. Laut dem deutschen Bundesumweltministerium, das im Hutan Harapan Erfahrungen für

REDD+ sammeln wollte, sollte der Harapan-Wald binnen 30 Jahren zehn bis 15 Milliarden Tonnen CO₂ speichern. Das ist so viel, wie die Bundesregierung zwischen 2005 und 2012 jährlich als Emissionsrechte kostenlos an die Industrie verteilt hat, damit diese nicht real Emissionen einsparen muss, sondern sie anderweitig „kompensieren“ kann.¹⁴⁵

Landkonflikte in Indonesien

2010, als das Projekt begann, lebten mehrere tausend Menschen im künftigen „Wald der Hoffnung“. Von Beginn an wurde das Projekt von einem Landkonflikt überschattet: Die Batin Sembilan durften ihren Wald nicht mehr auf traditionelle Weise nutzen und auch keine Bäume mehr fällen, um Häuser zu bauen, sie wurden von der Waldpolizei SPORC bedroht und eingeschüchtert. Die KleinbäuerInnen, die sich nach und nach auf von PT Asialog gerodeten Flächen niederließen, wurden als „Holzdiebe“, „illegale Siedler“ und „Eindringlinge“ kriminalisiert. SPORC bedrohte, vertrieb und verhaftete die SiedlerInnen.¹⁴⁶ Verhandlungen zwischen PT REKI und der Menschenrechtsorganisation CAPP, die die Indigenen und SiedlerInnen vertrat, scheiterten immer wieder. Die Situation eskalierte: SPORC zerstörte mit Bulldozern Siedlungen und Barrikaden der BäuerInnen und zerstörte und fackelte das Haus des lokalen KleinbäuerInnenführers von Serikat Petani Indonesia, dem indonesischen Ableger von La Via Campesina, ab. Dianto Bachari von der indonesischen Menschenrechtskommission stellte nach einem anschließenden Besuch vor Ort fest, dass dort Menschenrechte verletzt wurden.¹⁴⁷ Die Batin Sembilan, die sich nicht mehr selbst versorgen konnten, waren dazu gezwungen, sich Jobs zu suchen. Doch nicht für alle Menschen reichten die rund 200 „grünen Jobs“ innerhalb des Projekts – etwa die Aufzucht von Tropenbäumen in der zum Projekt gehörenden Baumschule oder Bastelarbeiten aus Rattan. Und der Lohn reichte nicht zum Leben.¹⁴⁸

An einen anderen Ort konnten die Menschen kaum ziehen: Der Hutan Harapan ist umzingelt von Palmölplantagen. Das Dorf Simpan Macan Luar der Batin Sembilan liegt genau auf der Grenze zu einer Plantage, in der zu dieser Zeit einer der gewalttätigsten Landkonflikte Indonesiens zwischen

¹⁴⁴ <https://www.birdlife.org/worldwide/programme-additional-info/forests-hope>

¹⁴⁵ <https://germanwatch.org/de/1373>

¹⁴⁶ Hartmann 2015; siehe auch: Jonas Hein, Heiko Faust, „Conservation, REDD+ and the struggle for land in Jambi, Indonesia“, Kiel 2013, https://www.researchgate.net/publication/285905921_Conservation_REDD_and_the_struggle_for_land_in_Jambi_Indonesia

¹⁴⁷ Buletin Batin Sembilan, Dezember 2012 (Magazin der indonesischen NGOs CAPP, Perkumpulan Hijau, Setara Jambi und Aliansi Gerakan Reforma Agraria Jambi)

¹⁴⁸ Ebd.

den Suka Anak Dalam und dem Palmölkonzern PT Asiatic Persada tobte, der über Jahre illegal Wald abgeholzt hatte.¹⁴⁹ Matsamin, der Vertreter der Indigenen in Simpan Macan Luar, erzählte im Interview 2014, dass seine Leute aus Armut dazu gezwungen seien, Palmölfrüchte in der benachbarten Plantage zu stehlen, während die Suku Anak Dalam, die ihr gestohlenen Land in der Plantage besetzten, aus Hunger Tiere im nun abgeriegelten Schutzwald jagten.¹⁵⁰

So werden die Menschen vor Ort zwischen Naturschutz und Palmölindustrie zerrieben, während die Konzerne ihr Zerstörungswerk unbehelligt fortsetzen können. „Es ist ein Ökosystem-Syndikat, das unserer Welt in Nationalparks und Plantagen aufteilt und die Bevölkerung einfach ignoriert“, sagt der indonesische Aktivist Feri Irawan, Gründer der NGO Perkumpulan Hijau („Grüne Bewegung“), der die Batin Sembilan unterstützt. In Indonesien werden 70 Prozent der Wälder und des Agrarlandes von Konzernen kontrolliert, Nationalparks und Wälder, die für Restaurierung vorgesehen sind, bilden fast den ganzen Rest. Demgegenüber stehen etwa 50 Millionen Indigene, die von den Wäldern abhängig sind, und 50 Millionen landlose KleinbäuerInnen.¹⁵¹ Mehrere Tausend ungelöste Landkonflikte gibt es deshalb in Indonesien. Am Plantagen-Regime soll jedoch nicht gerüttelt werden, Projekte wie der Hutan Harapan sollen dieses lediglich kompensieren: „Die Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen steigt, Ölpalmen sind am effizientesten“, erklärte Wolfram Lorenz von der Uni Göttingen, der das Harapan-Projekt wissenschaftlich begleitete. Man müsse „der Natur etwas Gutes tun, ohne den ökonomischen Vorteilen im Wege zu stehen“¹⁵². Das trifft die Ideologie des grünen Kapitalismus auf den Punkt.

Manifeste Armut

Wenn es um Ökosystem-Dienstleistungen geht, dann ist für Indigene und KleinbäuerInnen nur Platz, wenn sie sich in die Wertschöpfungsketten von kommerziellen Schutzprojekten (zum Beispiel als Dienende im Ökotourismus) zwingen lassen. Nicht jeder findet dort einen Job und diese sind meist schlecht bezahlt: „In fast jedem Fall werden Indigene an das unterste Ende der Geldwirtschaft geschoben, wo sie als Parkranger, Pförtner, Kellner, Erntearbeiter verpflichtet werden“, schreibt Mark Dowie in seinem Buch „Conservation Refugees“.¹⁵³

Überall im Globalen Süden ist die Armut rund um Nationalparks manifest. Meist werden die Menschen in Gegenden abgeschoben, in denen sie sich nicht selbst versorgen können. Das ist auch der Fall in einem anderen „Wald der Hoffnung“, in dem sich Birdlife engagiert: im Tsitongambarika Forest auf Madagaskar. Hier kompensiert Rio Tinto QMM die Schäden, die seine Titanmine in einem wertvollen Küstenwald anrichtet. Es gilt als Vorzeigeprojekt der Ökosystemkompensation (Biodiversity Offset) und wird auch von der Weltnaturschutzunion IUCN begleitet und unterstützt. Auch hier gibt es einen Landkonflikt mit lokalen Gemeinden, die ihren Wald, der nun geschützt wird, nicht mehr nutzen dürfen, wie sie möchten. Sie wurden auf unfruchtbares Land umgesiedelt, während unter dem Deckmäntelchen der Ökosystemrestauration selbst Rohstoffminen in Gebieten mit hoher Biodiversität dadurch legitimiert werden.¹⁵⁴

Eine kanadische Studie von 2019 hat herausgefunden, dass in Gebieten, die in Australien, Brasilien und Kanada von indigenen Gruppen bewirtschaftet werden, mehr Wirbeltierarten als in Naturschutzgebieten leben – selbst mehr bedrohte Arten.¹⁵⁵ Im Gegensatz dazu schadet Festungsnaturschutz der Natur und der Artenvielfalt. Das ist seit vielen Jahren belegt. Auch Survival International beschreibt in der Studie „Parks need Peoples“, dass sich der Zustand der Nationalparks seit ihrer Gründung erheblich verschlechtert hat. Die Rainforest Foundation und die Universität Helsinki haben bei ihren Recherchen im Kongobecken ebenfalls einen mangelnden Naturschutz in den abgeriegelten Arealen festgestellt: „Während viele Naturschützer dazu neigen, die lokale Bevölkerung als die größte

149 Hartmann 2015; siehe auch: Rettet den Regenwald,  Palmölfirma PT Asiatic Persada 3 Jahrzehnte Landraub, Vertreibung, Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Mord. Eine Chronologie, <https://www.regenwald.org/files/de/Chronik-Asiatic-Persada.pdf>

150 Hartmann 2015

151 Colm O'Molly, „Conservationists v chainsaws: the RSPB's battle to save an Indonesian rainforest“, The Guardian, 3.2.2015, <https://www.theguardian.com/environment/2015/feb/03/conservationists-v-chainsaws-the-rspbs-battle-to-save-an-indonesian-rainforest>

152 Interview der Autorin mit Wolfram Lorenz (2017)

153 Dowie 2011

154 World Rainforest Movement (RM), Re:Common (Hrsg.), Jutta Kill, Giulia Franchi, „Rio Tinto's biodiversity offset in Madagascar. Double landgrab in the name of biodiversity?“, März 2016, https://landmatrix.org/media/uploads/wrmorguywp-content/uploads/201604/riotintobiodiversityoffsetmadagascar_report_en_webpdf.pdf

155 Richard Schuster, Ryan R. Germain et al., „Vertebrate biodiversity on indigenous-managed lands in Australia, Brazil, and Canada equals that in protected areas“, Environmental Science & Policy, Volume 101, 2019, <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S1462901119301042?via%3Dihub#>

unmittelbare Bedrohung für die Schutzgebiete wahrzunehmen, zeigt unsere Studie, dass potenziell viel schädlichere Interessen in Form von groß angelegten extraktiven Industrien weitgehend toleriert und sogar gefördert werden.“¹⁵⁶ Von den 34 in der Studie untersuchten Schutzgebieten haben 62 Prozent Bergbaukonzessionen im Inneren und weitere zwölf Prozent an der Parkgrenze. 39 Prozent enthalten Ölkonzessionen und ein Schutzgebiet hat drei Abholzungskonzessionen innerhalb seiner Grenzen. Weitere 68 Prozent haben Abholzungskonzessionen, die direkt an den Park grenzen. „Die Auswirkungen dieser Rohstoffindustrien auf die biologische Vielfalt sowie auf die Gesundheit und das Wohlergehen der lokalen Gemeinschaften in der Region bleiben unbehandelt und wenig erforscht“, resümieren die AutorInnen.

Der Hutan Harapan auf Sumatra ist heute ebenfalls bedroht. Nach vielen Jahren zäher Verhandlung war es einigen der indigenen Gruppen endlich gelungen, dort Landrechte durchzusetzen. Nun hat die indonesische Regierung eine Straße genehmigt, die mitten durch das Schutzgebiet führen soll – um darauf Kohle zu transportieren.¹⁵⁷



© Lu Guang / Greenpeace

¹⁵⁶ Rainforest Foundation 2016
¹⁵⁷ <https://www.regenwald.org/news/9823/kohlestrasse-zerstueckelt-den-hutan-harapan-auf-sumatra>; <https://wrm.org.uy/articles-from-the-wrm-bulletin/section1/the-road-that-threatens-to-destroy-the-protected-harapan-forest-in-south-sumatra-indonesia>

5. Progressiver Biodiversitätsschutz

Was also sind die Alternativen? Da wäre zunächst die ordnungspolitische Ebene. Wenn privatwirtschaftliche Zertifizierungen und sonstige freiwilligen Maßnahmen wirkungslos bleiben, müssen Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten, Natur- und Klimaschutz per Gesetz verpflichtet werden. Ein starkes **Lieferkettengesetz** könnte Unternehmen die Verantwortung für die Einhaltung von arbeits- und menschenrechtlichen Standards und Umweltauflagen entlang ihrer Produktions- und Lieferketten übertragen. Damit würden sie in die Pflicht genommen, Schäden von vornherein zu vermeiden und falls doch welche entstehen, diese zu beseitigen und die Opfer zu entschädigen. Über alle Fertigungsschritte hinweg und notfalls vor Gericht: Eine zivilrechtliche Haftung ist dafür entscheidend. Ein solches Gesetz ist längst überfällig: Bereits 2011 verabschiedete der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die die völkerrechtliche Pflicht von Staaten festschreiben, BürgerInnen vor Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen zu schützen. Alle Staaten waren dazu aufgerufen, Pläne vorzulegen, wie sie diese Leitlinien umsetzen wollen. Ganze zehn Jahre später will nun die Europäische Union 2021 einen Gesetzesentwurf vorlegen, der auch die Naturzerstörung aufhalten soll. Europas größte Volkswirtschaft Deutschland hat ein solches – von den Lobbyverbänden der Industrie allerdings reichlich verwässertes – Gesetz verabschiedet. Starke nationale Lieferkettengesetze und eine entsprechend weitreichende EU-Initiative würde auch ein UN Treaty vorantreiben, für das die Länder des Südens kämpfen – eine Art globales Lieferkettengesetz.

Ein weitreichendes **EU-Gesetz für globalen**

Waldschutz würde es Unternehmen verbieten, Produkte auf dem EU-Markt zu bringen, die durch ihre Herstellung Wälder oder Ökosysteme zerstört oder Menschenrechte verletzt haben, und wäre somit ein wichtiger Schritt, der Waldvernichtung ein verbindliches Ende zu setzen. Parallel dazu müssen weitere Länder ähnliche Gesetze implementieren und Umwelt- und Arbeitsauflagen verbessert werden. Ein **Hochseeabkommen**, das der Überfischung Einhalt gebietet, ist ebenfalls dringend nötig. Diese Gesetze müssen so gestaltet sein, dass sie sich gegenseitig stärken und ihre Wirkungsweise nicht durch **Freihandelsabkommen** oder **bilaterale Verträge** wieder abgeschwächt werden.

Mehr als überfällig ist es, **umweltschädliche Subventionen** endlich abzuschaffen, die zerstörerische Industrien, Produktionsweisen und Konsummuster künstlich am Leben halten. Das sind einerseits direkte Förderungen von fossilen Brennstoffen, aber es fallen auch andere Begünstigungen im Verkehr, Raumwärme oder anderen Sektoren darunter, die den Verbrauch von Öl, Kohle und Gas attraktiv halten. Seit Jahren steht die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen auf der Agenda: Das Kyoto-Protokoll verlangte die Abschaffung bereits 1997, auch beim Umweltgipfel in Rio 2012 wurde dies gefordert. Das Wirtschaftsprogramm „Europa 2020“ hat die EU-Mitglieder angehalten, umweltschädliche Subventionen bis 2020 auslaufen zu lassen, auch die Aichi-Biodiversitätsziele schreiben dies bis 2020 vor. Zu diesen Subventionen zählen letztlich auch die landwirtschaftlichen Direktzahlungen der EU, sofern sie ausschließlich an die Fläche gekoppelt sind.

Die aktuelle Reform der **Europäischen Landwirtschaftspolitik (GAP)** ist nicht genug: Zahlungen müssen noch viel stärker an Natur- und Klimaschutz geknüpft werden, damit sich ein zukunftsfähiges Agrarmodell durchsetzt. EU-Gelder müssen eine kleinteilige, diverse, ökologisch orientierte und regional organisierte Landwirtschaft unterstützen statt eines intensiven ressourcenvernichtenden Modells. Auch der Ausstieg aus der Intensiv- und **Massentierhaltung zur Produktion von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln**, die nicht nur ökologisch, sondern auch ethisch untragbar ist, ließe sich darüber finanzieren.

Der größte Treiber des Biodiversitätsverlustes ist der Verlust von Lebensräumen für Pflanzen, Tiere und Menschen. Um neben der haltlosen Rodung von Wäldern und der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung auch dem Flächenfraß und der Versiegelung von Böden entgegenzutreten, muss es **verbindliche Höchstgrenzen** der Flächenumwandlung geben. Dazu muss auch vor allem die Raumordnung angepasst werden. Weniger Verbauung, Zersiedelung und auch weniger Straßen, die wertvolle Habitats zerstören, müssen dabei das Ziel sein. Etwa durch Bestandsschutz und Modernisierung von Häusern und Wohnungen statt Neubau sowie eine Stärkung und Investitionen in eine gute lokale Infrastruktur auch in ländlichen Gemeinden: Handwerk und Dorfläden statt Einkaufszentrum und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese. Daneben müssen Ökosysteme mit besonders hoher Artenvielfalt wiederhergestellt werden. Dazu zählt die Renaturierung von Mooren, Auen, Flüssen, Almwiesen und vielen anderen Lebensräumen.

Auch die Logik der Wirtschaft muss sich ändern. Statt einer linearen, extraktiven Produktionsweise mit hohem Rohstoffverbrauch und damit Naturzerstörung muss der **Kreislaufwirtschaft** Vorrang gegeben werden. Nach der Prämisse „**reduce, reuse, repair and recycle**“ muss der Ressourcenverbrauch allgemein reduziert und Standards geschaffen werden, die Produkte möglichst lange haltbar, reparierbar und recyclebar machen. Wir brauchen endlich ein Recht auf Reparatur!

Öffentliche Mittel müssen außerdem in eine **Verkehrswende** investiert werden, die ihren Namen verdient: Statt weiter Geld in den Ausbau von Straße zu stopfen und die Autoindustrie mit direkten und indirekten Subventionen zu unterstützen, muss dieses Geld in den Ausbau eines gut funktionierenden, leistbaren öffentlichen Nahverkehrs fließen, der auch abgehängte ländliche Regionen

erreicht. Und in **autofreie Innenstädte**, in denen Platz ist für FußgängerInnen und Radfahrende, für mehr Grün und soziale Begegnungen.

Diese Beispiele haben sowohl eine soziale als auch eine ökologische Dimension: Wer auf dem Land oder am Stadtrand lebt, kann nur auf das Auto verzichten, wenn Bus und Bahn fahren, und zwar mehrmals am Tag. Es ist eine Form der Bewegungsfreiheit, von der alle profitieren. Zu Beginn der Corona-Pandemie, als in den Städten von heute auf morgen Pop-up-Radwege eingerichtet wurden und Restaurants ihre Terrassen auf Straßen und Parkplätze ausweiteten, wurde für einen kurzen Moment sichtbar, wie absurd es eigentlich ist, es als unhinterfragte Normalität hinzunehmen, dass sich die Städte und das Leben darin den Autos unterordnen sollen. Auf einmal war da Platz für die Idee, dass alles auch ganz anders sein könnte. Gesund und ökologisch hergestellte Lebensmittel gäbe es nicht nur für den dicken Geldbeutel, sondern für alle, wenn sie durch eine **Landwirtschaftswende** von der Ausnahme zum Standard würden. (Und ist es nicht sowieso verrückt, dass wir mit unseren Steuern für eine zerstörerische industrielle Landwirtschaft und die Behebung ihrer Schäden zahlen, dann aber für gesunde und ökologische Produkte noch tiefer in die Tasche greifen sollen?) Der Import von Obst, Gemüse, Palmöl und Futtersoja wäre damit ebenfalls obsolet und hätte im Globalen Süden unmittelbare Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Selbstbestimmung, den Schutz von Klima, Biodiversität und Menschenrechten.

Das **Lieferkettengesetz** wiederum könnte zu einem gewaltigen Hebel für die Demokratisierung der Wirtschaft, die Emanzipation in den Ländern des Südens und für globale Gerechtigkeit werden. Wären Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung zu vermeiden, müssten sie anders und weniger verschwenderisch wirtschaften. Sie müssten ihre Einkaufspraktiken ändern und bessere Preise zahlen und könnten sich auch nicht in ein anderes, noch ärmeres Land verabschieden, wenn die Löhne steigen. Langfristig müssten Unternehmen wie Politik sich Gedanken machen, wie Rohstoffe recycelt werden können, wie Geräte so hergestellt werden, dass sie lange halten oder Module ausgetauscht werden können. Wenn im Globalen Süden Menschen die Möglichkeit bekommen, Firmen zu verklagen, werden sie von Opfern zu AkteurInnen. AktivistInnen würden nicht mehr Gefahr laufen, wegen ihres Engagements für Menschenrechte und Umwelt eingesperrt oder ermordet zu werden,

wenn es ein Recht auf Rechte gibt. Und sie hätten dabei mitzureden, wie und ob ihre Rohstoffe gewonnen, exportiert oder vor Ort verarbeitet werden.

Diese Mitsprache muss freilich auch für **Schutzprojekte** gelten: Menschen vor Ort und Indigene einfach nur in Kenntnis davon zu setzen und sie über solche Projekte zu informieren, wie es Free, prior and informed consent (FPIC)¹⁵⁸ in vielen Klauseln solcher Schutzprojekte vorsieht, reicht nicht aus (und wird ohnehin ständig umgangen) – sie müssen ganz explizit die Möglichkeit haben, „nein“ zu sagen. Und aktiv mitbestimmen, wie und auf welche Weise Natur geschützt wird. Sie sind ja schließlich die ExpertInnen.

All das sind Wege, die in eine ökologisch und sozial gerechte Transformation führen können. Und für alle diese Alternativen lassen sich gesellschaftliche Mehrheiten finden oder es gibt sie bereits: In Deutschland etwa befürworten mehr als 80 Prozent der BürgerInnen ein starkes Lieferkettengesetz. Die Frage ist also nicht: Was ist die Alternative? Sondern: Wer verhindert diese Alternativen und profitiert davon, dass alles so bleibt, wie es ist?

Gerade während der Corona-Krise wurde mehr als deutlich, wer diese Transformation verhindert und wie Lobbyorganisationen und Konzerne – durchaus erfolgreich – versucht haben, die Krise dafür zu nutzen, um ihre Profitinteressen durchzusetzen oder lästige Auflagen wie den Klimaschutz zu verhindern. Zu den ProfiteurInnen gehörte vor allem die Autoindustrie, aber auch die Flugbranche. In Deutschland kam sogar beinahe das Lieferkettengesetz unter die Räder.

Zuletzt ein Appell an NGOs und Institutionen: Sie dürfen sich nicht für die Greenwashing-Kampagnen der Konzerne hergeben und ihre Legitimation und Glaubwürdigkeit in deren Dienst stellen. Sondern ausschließlich in den der Zivilgesellschaft. Nur als starke solidarische Gesellschaft können wir Bündnisse schließen und darauf drängen, dass Alternativen zum „Weiter so“ durchgesetzt werden, die uns und unsere Lebensgrundlagen erhalten und uns vor weiteren existenziellen Krisen schützen. Damit ein gutes Leben für alle, heute und in Zukunft, möglich ist.



© Peter Caton / Greenpeace

¹⁵⁸ <https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/publications/2016/10/free-prior-and-informed-consent-an-indigenous-peoples-right-and-a-good-practice-for-local-communities-fao>

Biodiversitätsabkommen und -ziele

Das internationale **Übereinkommen über biologische Vielfalt (CBD)** der Vereinten Nationen trat im Dezember 1993 in Kraft. Die CBD hatte sich bis 2010 das Ziel gesetzt, „den Verlust der biologischen Vielfalt signifikant zu verlangsamen“, erreichten dieses Ziel jedoch nicht. In der 10. Vertragsstaatenkonferenz 2010 in der japanischen Provinz Aichi haben sich die Staaten dann auf einen neuen strategischen Plan bis 2020 geeinigt, der 20 konkrete, messbare Ziele enthielt, die vor allem die Ursachen des Biodiversitätsverlustes bekämpfen sollte. Die **Aichi-Ziele** beinhalten unter anderem die Ausdehnung der Schutzgebiete, den Abbau schädlicher Subventionen, das Senken der Verlustrate natürlicher Lebensräume wie Wäldern, ein Ende der Überfischung, nachhaltige Produktion und Konsum, die die Auswirkung und Nutzung von natürlichen Ressourcen auf ein verträgliches Maß beschränken soll, sowie die nachhaltige Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen.¹⁵⁹ Keines der Ziele wurde bislang erreicht. Auch die **Sustainable Development Goals (SDG)** der Vereinten Nationen beziehen sich auf Biodiversitätsschutz. Explizit fordern die Entwicklungsziele 12 bis 15 nachhaltige Konsummuster sowie Maßnahmen zum Schutz von Klima, Ozeanen und Landökosystemen.

Auch hier belegt der SDG-Report von 2020, dass kein Land der Welt auf dem Weg ist, alle Ziele bis 2030 zu erfüllen. Den größten Aufholbedarf gibt es bei den Zielen 12 bis 15.¹⁶⁰ Nachdem die EU-Biodiversitätsziele 2020 gescheitert waren, legte die Europäische Union eine neue **EU-Biodiversitätsstrategie 2030**¹⁶¹ auf. Diese enthalten das Ziel, 30 Prozent der europäischen Land- sowie Meeresfläche unter Schutz zu stellen sowie geschädigte Gebiete wiederherzustellen, die ökologische Landwirtschaft zu stärken, den Insektenrückgang zu stoppen, den Einsatz von Pestiziden zu verringern sowie drei Milliarden Bäume zu pflanzen. 20 Milliarden Euro jährlich will die EU dafür investieren und 2021 Maßnahmen dafür beschließen.

¹⁵⁹ <https://biodiv.de/biodiversitaet-infos/konvention-ueber-die-biologische-vielfalt/aichi-biodiversitaets-ziele-2020.html>

¹⁶⁰ <https://unstats.un.org/sdgs/report/2020>
¹⁶¹ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/actions-being-taken-eu/eu-biodiversity-strategy-2030_de

Auf der Ölspur

„Kein Palmöl ist auch keine Lösung“. So kündigte der WWF 2016 seine Studie „Auf der Ölspur. Berechnungen zu einer palmölfreien Welt“ an.¹⁶² Würden in den Produkten statt Palmöl andere Fette wie Kokos-, Soja-, Sonnenblumen- und Rapsöl verwendet, dann würde noch mehr Fläche verbraucht werden, der Ausstoß von Treibhausgasen würde ansteigen und noch mehr Biodiversität wäre gefährdet. Würde Deutschland Palmöl komplett austauschen, wären laut Studie rund 1,4 Millionen Hektar mehr Anbaufläche notwendig, um dort Ersatz-Ölpflanzen anzubauen. Und zwar auch dann, wenn durch den (auch vom WWF geforderten) Ausstieg der EU aus dem Biosprit und ein geändertes Konsumverhalten der Verbrauch von Palmöl halbiert würde. Die WWF-Studie und die Berichterstattung darüber ließen Palmöl als „kleineres Übel“, ja, gar als umweltfreundlichere Alternative erscheinen. Konzerne wie Unilever rechtfertigten aufgrund dieser Studie bis heute ihren hohen Palmölverbrauch.¹⁶³ Keine andere Pflanze würde auf einem Hektar Land so hohe Erträge wie die Ölpalme erzielen. Während Raps, Kokos und Sonnenblume im Durchschnitt nur rund 0,7 Tonnen Öl pro Hektar brächten, seien es bei der Ölpalme rund 3,3 Tonnen pro Hektar. Doch die Konzentration allein auf den Flächen-ertrag, wie sie die WWF-Studie vornimmt, zeichnet

ein falsches Bild. Ölsaaten wie Raps und Soja seien bis zu 15-mal effizienter als Palmöl, heißt es einer Studie der Rights and Resources Initiative. Sie bringen vom ersten Jahr an hohe Erträge, außerdem sind Fruchtwechsel möglich. Ölpalmen müssen erst vier Jahre wachsen, bis überhaupt Palmfrüchte geerntet werden können und sieben Jahre, bis sie Spitzenerträge liefern. Danach sinken die Erträge. Darüber hinaus können die Früchte nur per Hand geerntet werden, eine Mechanisierung ist nicht möglich. Betreiber von Palmölplantagen sind bis zu 25 Jahre auf diesen einen Rohstoff festgelegt.¹⁶⁴ Dies führe zu einem strukturellen Überangebot und drücke die Preise, schreibt Studienautor Matthias Rhein. „Kurz gesagt, die Palmölindustrie erreicht eine Produktionssteigerung nicht durch Produktivitätssteigerungen auf bestehenden Plantagen, sondern durch die Ausweitung der Produktionsfläche.“ Die wiederum führt zur Zerstörung von Wäldern und Torfböden: In Indonesien wächst rund ein Viertel aller Palmölplantagen auf Torfböden. Jeder Hektar Torfand, der für Palmölplantagen trockengelegt wird, setzt bis zu 5.400 Tonnen Kohlendioxid frei. Bis die dort angepflanzten Ölpalmen so viel CO₂ aufnehmen können, müssten sie 650 Jahre wachsen.



© Paul Hilton / Greenpeace

¹⁶² WWF (Hrsg.), „Auf der Ölspur. Berechnungen zu einer palmölfreien Welt“, Juli 2016, https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Studie_Auf_der_OElspur.pdf

¹⁶³ <https://www.unilever.de/nachhaltigkeit/palmoel>

¹⁶⁴ Matthias Rhein, „Industrial Oil Palm Development – Liberia's Path to Sustained Economic Development and Shared Prosperity? Lessons from the East“, in: Rights and Resource Initiative 2015, <http://www.rightsandresources.org/publication/industrial-oil-palm-development-liberias-path-to-sustained-economic-development-and-shared-prosperity-lessons-.from-the-east>

Zertifizierungssysteme

				
Name	International Sustainability and Carbon Certification (ISCC)	Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)	Round Table on Responsible Soy (RTRS)	Forest Stewardship Council (FSC)
Ausgewählte Mitglieder <small>(eine vollständige Liste findet sich auf der jeweiligen Webseite; Link in der Fußnote)</small>	ADM, BASF, Bayer, Cargill, DuPont, Shell, Siemens, Wilmar	ADM, Agrana, Bayer, BASF, Cargill, Conservation International, Manner, Mondelez International, Nestlé, Unilever, Rudolf Ölz Meisterbäcker, Solidaridad, Spitz, Tante Fanny Frischeig, VFI, Wilma, Wewelka, World Resources Institute, WWF International	Aldi, Amaggi, ADM, BASF, Bayer, Bunge, Cargill, Carrefour, Conservation International, Coop, Danone, Shell, SLC Agricola, Solidaridad, Unilever, World Resources Institute, Wilmar, WWF	Ikea, NABU, Lenzing, Rainforest Alliance, unterstützt von WWF International
Entstehungsjahr	entstand als Projekt 2010 in Deutschland (öffentlich gefördert)	2002	2006	1993
Zertifizierter Rohstoff, der im Report behandelt wird, und Menge	Agrotreibstoffe (und Futtermittel, Biomasse) Menge nicht öffentlich zugänglich. 2018 hat Österreich 307.953 Tonnen ISCC-Biodiesel und 72.173 Tonnen Bioethanol sowie 5.561 Tonnen ISCC-Pflanzen auf den Markt gebracht.	17,3 Mio. Tonnen zertifiziertes Palmöl (2020)	4,1 Mio. Tonnen (2,4 in die EU)	Holz und Holzprodukte, 222,8 Mio. Hektar Wald zertifiziert
Einnahmen in Dollar	Bilanz veröffentlicht, aber nicht die GuV (630.000 Gewinn)	13,3 Mio. (2020)	1,3 Mio. (2017)	40 Mio. (2019)

Finanzströme

In Folge der Finanzkrise geriet die Landwirtschaft ins Visier von InvestorInnen und SpekulantInnen. Daraus lässt sich doppelt Profit schlagen: mit der landwirtschaftlichen Produktion und mit der Wertsteigerung des immer knapper werdenden Bodens. Laut der Konferenz Global Aginvesting ist die Anzahl spezialisierter Landfonds von 20 im Jahr 2005 bis auf heute mehr als 130 gestiegen. In diese Fonds sind rund 45 Milliarden Dollar geflossen, das Volumen wächst jedes Jahr um bis zu zehn Prozent.¹⁶⁵ Die Online-Plattform Landmatrix listet rund 50 Millionen Hektar auf, die seit dem Jahr 2000 von InvestorInnen gekauft oder gepachtet wurden, vornehmlich in den Ländern des Südens. Ungezählte Landkonflikte sind die Folge: Die Welthungerhilfe schätzt, dass mehr als 30 Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage verloren haben, weil ausländische Großinvestoren ihre Land- und Wohnrechte missachtet haben. Umgekehrt werden Agrarkonzerne gewichtige Finanzakteure. Laut dem Konzernatlas von Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, BUND, Oxfam und Germanwatch zählen zu den vier größten die US-amerikanischen Konzerne Archer Daniel Midlands (ADM), Bunge, Cargill und das niederländische Unternehmen Louis Dreyfuss. Sie dominieren den globalen Handel mit FERCs wie Mais, Palmöl, Reis, Soja, Weizen und Zuckerrohr. Diese „ABCD-Gruppe“ verarbeitet Rohstoffe, besitzt Häfen und Schiffe, Ölmühlen und Fabriken. Sie beschäftigen Finanzanalysten und haben Tochterunternehmen, die selbst spekulative Geschäfte tätigen. Louis Dreyfuss etwa gehört der Hedgefonds Edesia, der knapp drei Milliarden Dollar verwaltet. Cargill handelt mit Derivaten von Warentermingeschäften. Konzerne verkaufen untereinander Land, um die Preise in die Höhe zu treiben: SLC Agricola, der größte Sojaproduzent Brasiliens, kontrolliert dort eine halbe Million Hektar Land. Auf mehr als der Hälfte wächst Soja. 2015 verdiente SLC Agricola zum ersten Mal mehr Geld mit dem Verkauf von Land als mit dem Soja-Anbau.¹⁶⁶ Diese Machtkonzentration hat zur Folge, dass sich Monokulturen mit FERCs ausbreiten: Die Flächen, auf denen etwa Mais, Palmöl, Soja und Zuckerrohr zur industriellen Verarbeitung wachsen, haben sich in den vergangenen 50 Jahren um 156 Millionen Hektar vergrößert. Diese sogenannten Flexcrops haben InvestorInnen ganz neue Möglichkeiten eröffnet: Sie reduzieren das

Risiko und erhöhen die Aussicht auf Profite, weil InvestorInnen kurzfristig entscheiden können, wie die Rohstoffe verwertet werden. Fallen die Preise für beispielsweise Zucker an der Londoner Börse, kann das Zuckerrohr auch der Bioethanolproduktion zugeführt werden. Verstrickt darin sind auch große Pensionsfonds. Sie haben ein Anlagevermögen von mehr als 40 Billionen Dollar weltweit. Darin spielt Land eine immer größere Rolle: 15 Milliarden Dollar sind in Ackerfonds investiert. Der US-Pensionsfonds der Teachers Insurance and Annuity Association – College Retirement Equities Fund (TIAA-CREF) verwaltet ein Vermögen von mehr als 800 Milliarden Dollar und investiert seit 2007 in Landwirtschaftsflächen und Agrarbeteiligung und hat zwei Agrarfonds mit einem Volumen von insgesamt fünf Milliarden Dollar aufgelegt.¹⁶⁷ TIAA-CREF ist der größte Landbesitzer weltweit: Ihm gehören 700.000 Hektar in fünf Ländern. Auf nur vier Prozent dieser Fläche wachsen Nahrungsmittel. 71 Prozent sind mit Getreide und Ölpflanzen bebaut, ein Viertel mit Zuckerrohr. Der Großteil der Produktion ist bestimmt für die industrielle Verwertung. Beinahe die Hälfte des Landes, das TIAA-CREF besitzt – 300.000 Hektar –, liegt in Brasilien. Dort, wo die Sojamonokulturen für Tierfutter und Zuckerrohrplantagen für unzählige Landkonflikte mit indigenen Gemeinden sorgt. TIAA-CREF soll indirekt in Landraub, Entwaldung und Umweltzerstörung verwickelt sein. Das belegt der Report „The Human and Environmental Cost of Land Business“ von rund 30 globalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter Action Aid, FIAN, GRAIN und La Via Campesina. Sie haben die Auswirkungen der Landfonds in Brasilien untersucht. Danach soll der Fonds ein intransparentes Netz von Firmen und Finanzierung genutzt haben, um an das Land zu kommen. Die brasilianische Regierung hatte ein Gesetz erlassen, das den Landerwerb durch ausländische InvestorInnen erschwert. Die lassen sich umgehen: Grilagem nennt sich die kriminelle Methode, mit der Geschäftsleute lokale Gemeinden von Äckern vertreiben lassen, darauf Farmen errichten, diese mittels Bestechung ins Grundbuch eintragen lassen und so lang weiterverkaufen, bis sie „sauber“ sind. Darüber hinaus leiden Menschen rund um die Monokulturen an Wassermangel, Pestizideinsatz und Nahrungsmittelmangel. TIAA-CREF hingegen wähnt sich an der Spitze nachhaltiger Finanzdienstleister und rühmt sich, die freiwilligen Principles for Responsible Investment der Vereinten Nationen unterzeichnet zu haben.

¹⁶⁵ Stellungnahme von FIAN Deutschland zur Umsetzung der EU-Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAVI-Richtlinie (EU) 2016/2341), https://www.fian.de/fileadmin/user_upload/bilder_allgemein/Publikationen/aktuelles/Stellungnahme_FIAN_Deutschland.pdf

¹⁶⁶ Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, BUND, Oxfam Deutschland, Germanwatch, Le Monde diplomatique (Hrsg.), Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie, Berlin 2017

¹⁶⁷ Ebd.; siehe auch FIAN, „Pensionskassen greifen nach Agrarland“, http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/bilder_allgemein/Presse/Mediathek/FIAN_Infografik_TCGA_quer_final.pdf

Nicht-Erreichung der Aichi-Ziele

<https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/naturschutz/weltweit/globale-biodiversitaetspolitik/28653.html>

Status



erreicht



teilweise erreicht



nicht erreicht

Bekämpfung der Ursachen des Rückgangs der biologischen Vielfalt; Einbezug in alle Bereiche von Staat und Gesellschaft

1. Weltweites Naturbewusstsein



2. Biodiversität im Wirtschaftssystem



3. Ende schädlicher Subventionen



4. Produktion und Konsum nachhaltig



Abbau der unmittelbaren Belastungen auf die biologische Vielfalt und Förderung einer nachhaltigen Nutzung

5. Lebensraumzerstörung gegen null



6. Ende der Überfischung



7. Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft



8. Umweltverschmutzung minimiert



9. Invasive Arten unter Kontrolle



10. Korallenriffe geschützt (bis 2015)



Besserer Zustand der biologischen Vielfalt durch Sicherung von Ökosystemen, Arten und genetischer Vielfalt

11. 17 % Schutzgebiete an Land, 10 % auf See



12. Stopp des Artenschwunds



13. Genetische Vielfalt in der Landwirtschaft



Mehrung der Vorteile durch die biologische Vielfalt und der Ökosystemleistungen für alle

14. Ökosystemleistungen wiederhergestellt



15. Klimaschutz durch Biodiversität gestärkt



16. Vereinbarung gegen „Biopiraterie“ wirksam



Verbesserung der Umsetzung durch partizipative Planung, Wissensmanagement und Kapazitätsaufbau

17. Nationale Aktionspläne



18. Traditionelles Wissen berücksichtigt



19. Wissen verbessert und verbreitet



20. Mehr finanzielle Ressourcen



Weiterführende Literatur und Informationen finden
Sie hier:

[https://artenvielfalt.greenpeace.at/
naturzerstoerung](https://artenvielfalt.greenpeace.at/naturzerstoerung)

oder scannen Sie diesen QR Code:



Impressum

für den Inhalt verantwortlich Greenpeace in
Zentral und Osteuropa

Autorin: Kathrin Hartmann



© Thomas Victor / Greenpeace

GREENPEACE